

**Parlamentssitzung vom 02. Dezember 2019**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19:00 – 22:15 Uhr

**Vorsitz**

Mathias Rickli (Grüne), Parlamentspräsident

**Parlamentsbüro**

Cathrine Liechti (SP), 1. Vizepräsidentin  
Katja Niederhauser-Streiff (EVP), 2. Vizepräsidentin  
Katharina Gilgen-Studer (SVP), Stimmenzählerin  
Lucas Brönnimann (GLP), Stimmenzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Roland Akeret (GLP)  
Dominic Amacher (FDP)  
Tanja Bauer (SP)  
Beat Biedermann (BDP)  
Dominique Bühler (Grüne)  
Adrian Burkhalter (SVP)  
Adrian Burren (SVP)  
David Burren (SVP)  
Claudia Cepeda Fria (SP)  
Vanda Descombes (SP)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Toni Eder (CVP)  
Lydia Feller (SP)  
Beat Haari (FDP)  
Fritz Hänni (SVP)  
Erica Kobel-Itten (FDP)

Andreas Lanz (BDP)  
Michael Lauper (SVP)  
Ruedi Lüthi (SP)  
David Müller (Junge Grüne)  
Matthias Müller (EVP)  
Arlette Münger-Stauffer (SP)  
Heinz Nacht (SVP)  
Christian Roth (SP)  
Tatjana Rothenbühler (FDP)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Simon Stocker (Junge Grüne)  
Casimir von Arx (GLP)  
Käthi von Wartburg (SP)  
Iris Widmer (Grüne)  
Bernhard Zaugg (EVP)  
Reto Zbinden (SVP)

**Gemeinderat**

Annemarie Berlinger-Staub (SP), Gemeindepräsidentin  
Thomas Brönnimann (GLP), Vizegemeindepräsident  
Christian Burren (SVP), Gemeinderat  
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat  
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Gemeinderat

**Fachstelle Parlament**

Verena Remund-von Känel

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Gemeindeschreiber**

Pascal Arnold

**Entschuldigt**

PAR 2019/113

### Traktandenliste und Mitteilungen

1. Traktandenliste und Mitteilungen  
Beschluss
2. Protokoll der Parlamentssitzung vom 4. November 2019  
Beschluss
3. Liebefeld, Thomasweg; Realisierung Schulraum Zyklus 1, Mieterausbau  
Kredit, Direktion Sicherheit und Liegenschaften und Direktion Bildung und  
Soziales
4. V1713 Motion (Grüne, Junge Grüne Köniz) "Ein neues Kulturkonzept für Köniz"  
Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. V1919 Interpellation (Mitte Fraktion BDP, CVP, EVP, glp und Fraktion FDP) "Wie  
unterstützt die Gemeinde Köniz Vereine? Höhe Kulturbeiträge allgemein?"  
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales
6. V1925 Interpellation (Grüne) "Fliessgewässer-, Quell-, Grund- und  
Trinkwasserqualität in der Gemeinde Köniz"  
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
7. V1927 Interpellation (Grüne, SP, Mitte-Fraktion (GLP, EVP, CVP, BDP)  
"Kompetenzregelung Dossier Spez-Sek"  
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen
8. Verschiedenes

### Diskussion

**Parlamentspräsident Mathias Rickli:** Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, lieber Gemeinderat, werte Gäste, ich begrüsse euch recht herzlich zu dieser Dezember-Sitzung.

Beat Biedermann hat eine Süssigkeit auf seinem Tisch gefunden. Im Namen des Parlaments gratuliere ich ihm ganz herzlich zum Geburtstag, welcher in den letzten Tagen stattgefunden hat. Alles Gute von Seiten des Parlaments, gute Gesundheit und viel Gefreutes.

Wir haben keine Entschuldigungen erhalten. Wir gehen davon aus, dass wir heute Abend vollzählig sein werden. Zurzeit fehlen noch einige Leute. Im Moment sind 38 Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Ihr habt es alle in der letzten Woche gehört, dass der Gemeinderat nach Ablehnung der Steuererhöhung im Budget den Parlamentspräsidenten gebeten hat, möglichst schnell eine neue Parlamentssitzung einzuberufen. Wenn es geht, noch in diesem Jahr. Aufgrund eurer Rückmeldungen habe ich entschieden, dass wir diese Parlamentssitzung an unserem zweiten Termin im Dezember abhalten. Aufgrund meiner Beobachtungen gehe ich davon aus, dass wir heute mit der Traktandenliste fertig werden. Das heisst, wir haben am kommenden Montag Zeit um eine Sondersitzung zur Budgetdebatte zu machen.

Ich möchte der Finanzkommission und den Fraktionen bestens für ihre Flexibilität danken, welche sie in dieser Angelegenheit gezeigt haben.

So können wir dem Wunsch des Gemeinderats entgegen kommen und als Parlament im Dezember noch einmal beraten, damit der Gemeinderat im Idealfall im neuen Jahr mit einem genehmigten Budget starten kann.

Zur heutigen Sitzung: Der Aktenversand hat am 7. November stattgefunden. Das Protokoll vom 4. November ist seit dem 18. November online auf der Website aufgeschaltet.

## **Beschluss**

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2019/114

## **Protokoll der Parlamentssitzung vom 4. November 2019** Genehmigung

## **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

## **Beschluss**

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 4. November 2019 wird stillschweigend genehmigt.

Ich begrüße die neu eingetroffenen Gemeinderatsmitglieder. Ebenfalls eingetroffen ist Ronald Sonderegger. Es sind damit 39 Parlamentsmitglieder anwesend.

PAR 2019/115

## **Liebefeld, Thomasweg; Realisierung Schulraum Zyklus 1, Mieterausbau** Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften und Direktion Bildung und Soziales

### **Bericht und Antrag des Gemeinderates an das Parlament**



## 1. Ausgangslage

An der Stationsstrasse 40 im Liebefeld hat die Gemeinde Köniz seit dem Jahr 1963 ein Baurecht für einen Doppelkindergarten. Der verlängerte Baurechtsvertrag ist 2012 ausgelaufen. Die Nutzung konnte bis heute unter den bis dahin geltenden Abmachungen verlängert werden.

Im Rahmen der Ersatzüberbauung am Thomasweg im Liebefeld wurde seit dem Planungsbeginn 2013 der Ersatz des bestehenden und notwendigen Schulraumes für 2 Klassen Zyklus 1 (Kindergarten resp. Basisstufe) vorgesehen. Die Möglichkeit, in der neu entstehenden Überbauung gleichwertigen, zeitgemässen Schulraum zu erstellen, war Voraussetzung für den ganzen Planungs- und Genehmigungsprozess.

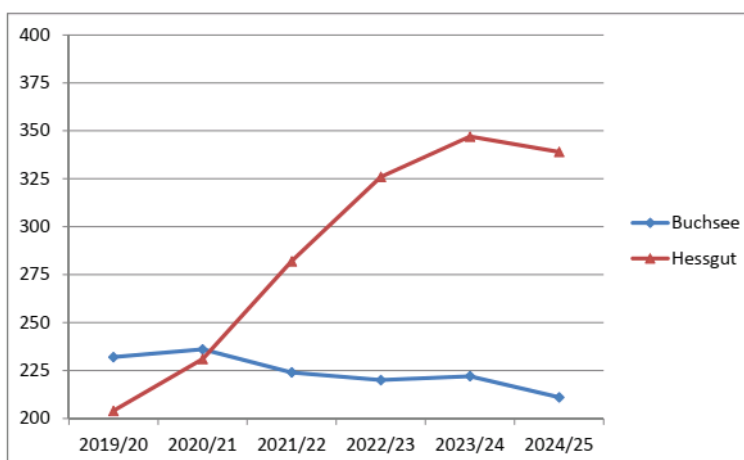
Der durch die Eigentümerschaft veranstaltete Architekturwettbewerb wurde unter Beteiligung politischer Vertreter und von Fachleuten der Gemeinde unterstützt. Für den Bereich des Schulraumes wurde das nachmalige Siegerprojekt der Aebi Vincent Architekten Bern, als das eindeutig vorteilhafteste beurteilt.

Das Projekt der HIG Immobilien Anlage Stiftung Zürich, verdoppelt die Anzahl der heutigen Wohneinheiten auf rund 280. Das erste Drittel der neuen Wohnungen können ab Frühling 2022 bezogen werden.

Gestützt auf die aktuellen und prognostizierten Kinder- resp. Schülerzahlen ist der Schulraum notwendig. Das Erneuerungspotenzial der Wohnbauten in der unmittelbaren Umgebung ist dabei ebenso zu berücksichtigen wie der Generationenwechsel in den nahen Einfamilienhausquartieren. Die Kinder, die bisher an der Stationsstrasse den Unterricht besuchten, konnten vorübergehend in der Schule Hessgut Liebefeld, untergebracht werden. Ab dem Schuljahr 2022/23 fehlt der Schulraum im Hessgut. Ab diesem Zeitpunkt ist an der Stationsstrasse/Thomasweg Raum für die Aufnahme der Kinder im Zyklus 1 dringend notwendig.

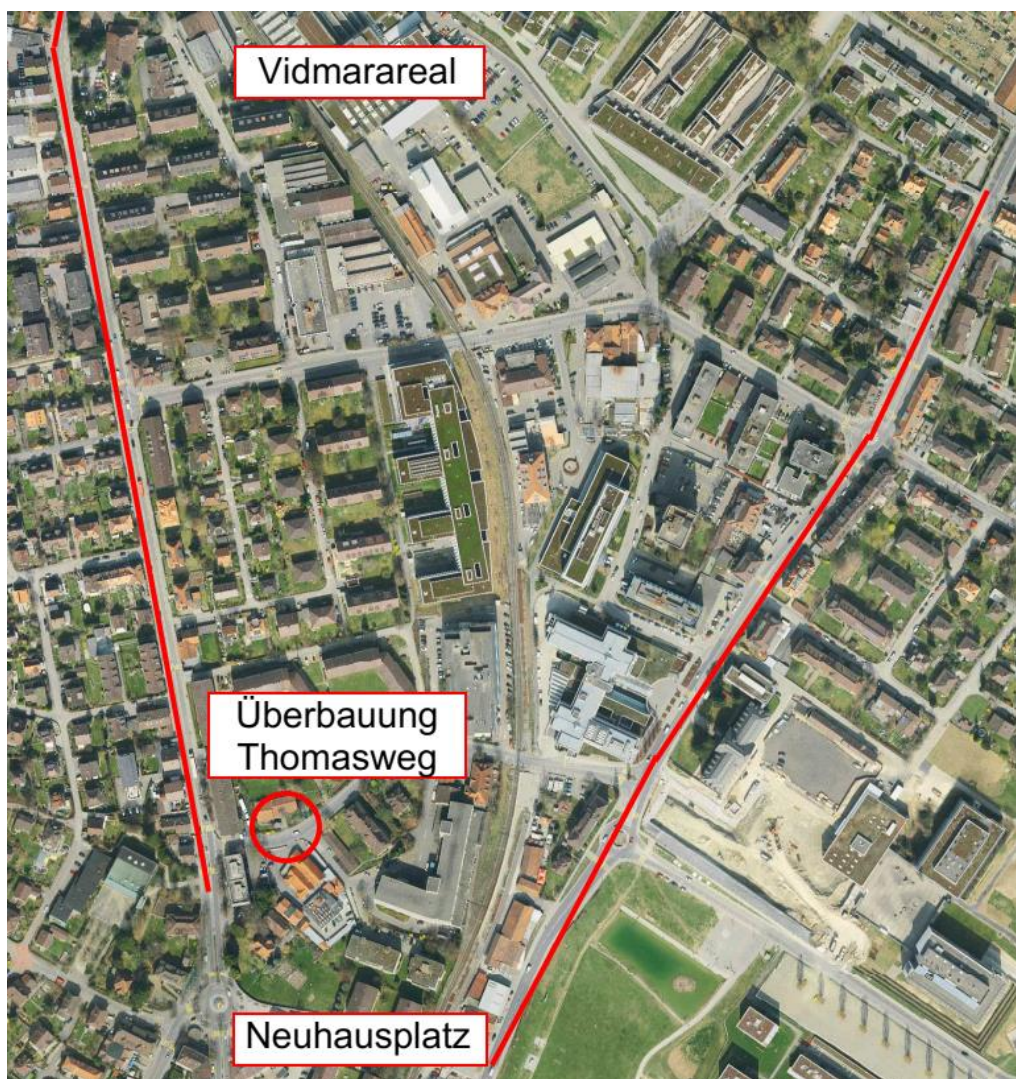
### SuS - Zahlen Buchsee / Hessgut Zyklus 1

Schuljahr	Buchsee	Hessgut
2019/20	232	204
2020/21	236	231
2021/22	224	282
2022/23	220	326
2023/24	222	347
2024/25	211	339



Stand: 19.09.2019

Die Lage am Thomasweg, an der Schnittstelle der Schule Hessgut Liebefeld, und Schule Buchsee Köniz, ermöglicht es den Schulverantwortlichen der beiden kinderreichen Schulkreise, situativ und flexibel die Klassen zu planen und zu nutzen. Zwischen der Köniz- und der Schwarzenburgstrasse ist Schulraum für die 4- bis 8-Jährigen ohne Querung einer stark belasteten Strasse sehr wichtig. Im Rahmen des angestrebten dezentralen Schulraumes ist der Standort in diesem Bereich für das Liebefeld-Quartier essentiell.



Der Grundeigentümer unterstützt den Einbau von Schulraum für die Kleinsten (Zyklus 1: 4- bis 8-Jährige). Nicht zuletzt auf Grund der architektonischen Ausgestaltung (Erdgeschossnutzung eines Wohnblocks) hat man sich auf einen langjährigen Mietvertrag geeinigt. Der Abschluss eines Bauvertrages wurde von der Eigentümerschaft grundsätzlich abgelehnt.

In der Botschaft zur Gemeindeabstimmung über die Überbauungsordnung vom 5. Juni 2016, als auch beim Architekturwettbewerb 2017 war die Weiterführung des Schulunterrichts mit entsprechendem Raumbedarf auf dem Areal enthalten. Bei den inzwischen erfolgten weiteren Planungsschritten wurden die Vorgaben der Gemeinde zum Schulraum mitberücksichtigt.

Die Grundlagen und Bedürfnisse für einen zeitgemässen Schulunterricht im Zyklus 1 wurden auch mit dem Abschluss des Infrastrukturvertrages weiter präzisiert.

Die UeO (planerische Grundlage) ist seit März dieses Jahres rechtskräftig. Nach Genehmigung des Infrastrukturvertrages durch den Gemeinderat konnte die Baubewilligung für die Ersatzneubauten am Thomasweg und der Stationsstrasse rechtskräftig erteilt werden.

Die Nutzung des Grundstückanteils und des Rohbaus wurde mit einem Mietvertrag über 20 Jahre mit einer Option von zusätzlichen 10 Jahren (die gem. Bundesgerichtsentscheid 1988 maximal als üblich geltende Mietdauer) gesichert.

## 2. Projekt

Die Neuüberbauung des Areals zwischen Thomasweg, Stations- und Könizstrasse erfolgt umfassend durch die HIG Immobilien Anlage Stiftung. Die bestehenden Gebäude werden in 3 Etappen zu je 2 Wohnblöcken entsprechend der Überbauungsordnung und dem Siegerprojekt des Wettbewerbs ersetzt.

Der Schulraum ist Teil der ersten Etappe. Die Anordnung im Erdgeschoss des 5-geschossigen Wohnbaus mit der Orientierung nach Süden zur Stationsstrasse hin ist bezüglich Immissionen und Erschliessung optimiert. Die Raumgrössen der Haupt- und Nebenräume entsprechen dem Schulraumkonzept der Gemeinde Köniz.

Das Projekt wurde unter Einbezug der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport, der Schulleitung Hessgut und der Abteilung Gemeindebauten begleitet und entspricht den gestellten Anforderungen.

Der Standard entspricht den in den letzten 2 Jahren realisierten Schulbauten im Hessgut (Malabar) und Wabern (Zündhölzli).

Die zwei Unterrichtsräume für den Zyklus 1 werden über einen gemeinsamen Eingangsbereich mit Garderoben erschlossen. Gemeinsam genutzte Sanitär- und Infrastrukturräume und ein Mehrzweckraum für den Spezial- und Förderunterricht ergänzen den Schulbereich. Die Räumlichkeiten sind so konzipiert, dass auch eine Ganztageschule mit Mittagstisch angeboten werden kann. Gegenüber den darüber liegenden Wohneinheiten ist der Schulraum völlig unabhängig.

Der Grundausbau, der Rohbau und die Gebäudehülle werden vom Grundeigentümer erstellt. Der Mieterausbau mit den Installationen und dem Innenausbau erfolgt im Auftrag und auf Rechnung der Gemeinde. Zur Vermeidung von unnötigen Schnittstellen soll die Ausführung dieser Bauarbeiten zeitgleich und mit den gleichen Unternehmungen wie das übrige Gebäude realisiert werden.

## **2.1 Grundausbau**

Als Rohbau werden durch den Eigentümer die tragenden Elemente und die Erschliessungszonen sowie die Steigschächte für die darüber liegenden Wohnungen erstellt. Auch die gestalterisch der Gesamtüberbauung entsprechende Fassade inklusive dem aussenliegenden Sonnenschutz gehört zum Grundausbau.

## **2.2 Installationen**

Die Haustechnik entspricht den üblichen Vorgaben der Gemeinde bezüglich Energieeffizienz, Raumtemperatur, Luftqualität und Wasserverbrauch. Für die Beleuchtung werden durchwegs LED-Leuchtmittel eingesetzt. Eine entsprechend der Raumtemperatur gesteuerte Fussbodenheizung und eine dem Minergiestandard entsprechende Komfortlüftung sorgen für ein bedürfnisgerechtes Raumklima. Die sanitären Installationen entsprechen dem aktuellen Stand der Technik und sind mit wassersparenden Armaturen ausgerüstet.

Sämtliche Unterrichtsräume inklusive einer Nasszelle sind hindernisfrei gestaltet.

Die Eigentümerin plant umfangreiche Photovoltaikanlagen auf den Dächern ihrer Immobilien. Für die Nutzung ist eine Eigenverbrauchsgemeinschaft vorgesehen, zu welcher die Gemeinde als Mieterin beitreten wird.

## **2.3 Innenausbau**

Für alle Bau- und Einrichtungsarbeiten sind schadstofffreie Materialien gemäss ECO-Devis vorgeschrieben. Der Akustik und dem Schallschutz wird der jeweiligen Raumnutzung entsprechend Rechnung getragen.

## **2.4 Umgebung**

Entsprechend dem Wettbewerbsergebnis soll auch ein für den Schulraum und die Öffentlichkeit attraktiver Aussenraum geschaffen werden.

Die Gestaltung und die Einrichtung entsprechen den für den Zyklus 1 gestellten Anforderungen. Sie ist koordiniert mit der übrigen Umgebung der Wohnbauten.

Der ebenfalls auf die ganze Umgebung abgestimmte, an der Stationsstrasse geplante Zierlauf Sulgenbach, wird in einem separaten Antrag durch die Direktion Umwelt und Betriebe beantragt. Das Areal der Schulumgebung wird vom geplanten Bachlauf sowohl aus betrieblichen wie auch aus Sicherheitsgründen abgezaunt.

Die Nutzung des Spielplatzes ist, wie in den anderen Schulanlagen auch, während den Unterrichtszeiten der Schule vorbehalten, steht aber in der übrigen Zeit der Öffentlichkeit und damit dem Quartier zur Verfügung.

## 2.5 Möblierung

Die in den bisherigen Räumen verwendete Möblierung ist in der Hauptsache abgelebt. Eine teilweise Neueinrichtung sowie Ergänzungen sind entsprechend der üblichen Möblierung der Schulräume notwendig.

## 3. Finanzen

Die Mietkosten von CHF 75'175.00 enthalten einen Grundstückanteil (832m<sup>2</sup>) und den nutzungsneutralen Rohbau. Für das Gebäude beträgt der Mietpreis CHF 150.00/m<sup>2</sup> (435m<sup>2</sup>) und für die Umgebung CHF 25.00/m<sup>2</sup>. (397m<sup>2</sup>) Kapitalisiert entspricht die Miete einer Investitionssumme von rund CHF 1.7 Mio. (Gemäss Vorgaben zu HRM2: Verzinsung zu 4.5%).

Der Ausbau zu Schulraum ist durch die Gemeinde direkt zu finanzieren. Die Kosten wurden durch den vom Grundstückseigentümer beauftragten Generalplaner ermittelt und mit den Kosten für die Möblierung ergänzt.

Mit einer vertraglich gesicherten Nutzungsdauer von 30 Jahren (Mietdauer 20 Jahre + Option 10 Jahre) kann von einer ordentlichen Abschreibung ausgegangen werden.

Die Kosten entsprechen, unter Berücksichtigung der Miete des Grundausbau, vergleichbaren Räumen für die Schullnutzung in der Gemeinde.

Mieterausbau Gebäude CHF 825'000.00 ergibt CHF 1897.00/m<sup>2</sup>; Umgebung CHF 92'000.00 ergibt CHF 232.00/m<sup>2</sup>.

Direkte Vergleichsobjekte sind aufgrund der speziellen Rahmenbedingungen nicht aussagekräftig. Die detaillierte Aufschlüsselung der Gebäudekosten zwischen vom Vermieter bezahlten Rohbaukosten und von der Gemeinde finanzierten Ausbaukosten entspricht keinem Standard; ebenso ist der Landkostenanteil bei normalerweise frei stehenden Schulräumen kaum vergleichbar.

Als Möglichkeit bietet sich daher ein Mietzinsvergleich an:

Die Fläche des Schulraumes entspricht vier 4<sup>1/2</sup>-Zimmerwohnungen. Mit einem m<sup>2</sup>-Preis für Neubauwohnungen von 240.00/m<sup>2</sup> entspricht das einem Mietzins von CHF 2'175.00 pro Monat und Wohnung. Aufgerechnet auf den Jahresmietzins für 4 Wohnungen sind das CHF 104'400.00.

Entsprechend aufgerechnet die Kosten für den Schulraum ohne Umgebung: Miete 65'250.00 plus die Verzinsung des aufgewendeten Kapitals ohne Rückbau, Umgebung und Möblierung (CHF 875'000 à 4.5% gem. HRM2) CHF 39'375.00; Total CHF 104'625.00.

### 3.1 Anlagekosten ohne Grundausbau

Kostenvoranschlag SIA +/- 10%; (Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland, Stand 1.4.2019 100.2 Punkte)

<b>BKP 1 Rückbau bestehender Kindergarten</b>	<b>CHF</b>	<b>53'000.00</b>
BKP 2 Gebäude (ohne Rohbau und Gebäudehülle)	CHF	825'000.00
BKP 4 Umgebung	CHF	92'000.00
BKP 5 Nebenkosten Reserve	CHF	50'000.00
BKP 9 Möblierung	CHF	130'000.00
<b>Total</b>	<b>CHF</b>	<b>1'150'000.00</b>

### 3.2 Finanzierung

Die ordentliche Abschreibung des Investitionskredites gemäss HRM 2 kann mit dem langjährigen Mietvertrag eingehalten werden.

Die Kosten für den Mieterausbau inkl. Umgebung und Möblierung sind im Investitionsplan 2020/2021 mit 1,2 Millionen enthalten.

Für die Realisierung des Mieterausbaus kann ein Betrag von CHF 100'000.00 der Spezialfinanzierung „Ausgleich von Planungsvorteilen“ Konto Nr. 29300.00033 entnommen werden.

Zu berücksichtigen gilt, dass bei gemeindeeigenen Bauten in der Regel keine Grundstückskosten in der Folgekostenberechnung enthalten sind.

Ohne Berücksichtigung der Abschreibungs- und Mietkosten entsprechen die Folgekosten (Betrieb, Hauswartung) dem bisherigen Aufwand für den zu ersetzenden Schulraum inklusive Umgebung (s. Beilage 2).

Der Mehrzweckraum kann unabhängig der beiden Schulräume genutzt und auch vermietet werden. Ein allfälliger Ertrag ist im Moment nicht abschätzbar.

#### 4. Termine

Die Vergebung der Arbeiten durch den Investor HIG Immobilien Anlage Stiftung ist für Ende 2019 geplant. Der Baustart soll im Frühling 2020 erfolgen. Der Bezug der Räumlichkeiten für die Schule ist für Frühling 2022 geplant. Die nachfolgenden Bauetappen sind so geplant, dass die Überbauung 2026 abgeschlossen ist.

Etappierungsplan



#### 5. Folgen bei Ablehnung des Geschäftes

Im Raum Liebefeld Köniz fehlt für die Zukunft Schulraum für 2 Klassen im Zyklus 1.

Die Quartiere in der Umgebung haben mit der neuen Bauordnung Verdichtungspotenzial. Bei Verzicht auf den Schulraum an der Stationsstrasse verliert die Gemeinde die Möglichkeit, für die Kleinsten in unmittelbarer Nähe der Wohnquartiere das Schulangebot aufrecht zu erhalten.

#### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für den Mieterausbau des Schulraums (Zyklus 1) in der Überbauung Thomasweg, Liebefeld wird ein Kredit von CHF 1'150'000.00 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5040.1253, Schulraum Zyklus 1 Liebefeld Thomasweg, Mieterausbau bewilligt.

Köniz, 23. Oktober 2019

Der Gemeinderat

#### Beilagen

- 1) Grundriss des geplanten Schulraumes
- 2) Folgekostenformular

## Diskussion

**Parlamentspräsident Mathias Rickli:** Es geht hier um einen Kredit aus den Direktionen Sicherheit und Liegenschaften sowie Bildung und Soziales. Als Sitzungsakten haben wir den Bericht und den Antrag des Gemeinderats. Wir gehen in diesem Geschäft wie folgt vor: Zuerst haben die beiden GPK-Referenten das Wort, je zuständig für die verschiedenen Direktionen. Wir hören danach die Voten aus den Fraktionen, dann die Einzelvoten aus dem Parlament und kommen dann zur Abstimmung.

**GPK-Referent Adrian Burren, SVP:** Seit 1963 hat die Gemeinde einen Doppelkindergarten an der Stationsstrasse. Das ehemalige Baurecht aus dem Jahr 1963 wurde damals für CHF 6'000 abgeschlossen und lief 1996 aus. Stillschweigend wurde dieses erneuert, zum Schluss für einen Betrag von CHF 18'000 pro Jahr. Ob und welcher Schulraum benötigt wird, erläutert Adrian Burkhalter in einem zweiten Referat.

Die neuen Grundeigentümer, welche diese Liegenschaft im Jahr 2003 gekauft haben, wollten mit der Gemeinde kein Baurecht mehr weiterführen und nur noch eine Miete eingehen. Darum hat die Gemeinde einen Mietvertrag für 20 Jahre ausgehandelt. Dieser ist für die besagten 20 Jahre fix, einzig die Teuerung kann aufgerechnet werden. Nach diesen 20 Jahren muss dieser Mietvertrag für weitere 10 Jahre neu ausgehandelt werden.

Der Verwendungszweck für das Gebäude gemäss Mietvertrag ist der Betrieb von Schulräumen für Klassen des Zyklus 1, sprich Kindergarten sowie 1. und 2. Klasse. Im Falle einer Kündigung sind die Räume wieder in den Rohbau zurück zu führen. Hierfür ist im Antrag kein Geld eingerechnet.

Der vorliegende Antrag beinhaltet den Grundausbau mit einer Fläche von 435m<sup>2</sup> Innenraum und 397m<sup>2</sup> Aussenraum. Die Miete beträgt CHF 150 pro m<sup>2</sup> Innenraum und Jahr und im Aussenraum CHF 25 pro m<sup>2</sup> und Jahr. Dies ergibt CHF 75'175 pro Jahr ohne Nebenkosten. In der Miete eingeschlossen sind der Rohbau - also das nackte Haus - und der Boden. Weiter muss die Gemeinde den Innenausbau selber erstellen. Hierfür habt ihr einen Kostenvoranschlag nach SIA +/- 10% im Betrag von CHF 970'000 für BKP 1 bis 2 - also ohne Rohbau und Gebäudehülle - zusätzliche Reserven BKP 5 von CHF 50'000 und zusätzliche Möblierung für CHF 130'000 unter BKP 9. Total CHF 1.15 Mio.

Rechnet man nach HRM2 25 Jahre Abschreibungsdauer, ergibt dies einen Mietzins im Betrag von CHF 1.88 Mio. Plus CHF 1.15 Mio., so ergibt dies Kosten von nahezu CHF 6'400 pro m<sup>2</sup> Geschossfläche innen und CHF 625 pro m<sup>2</sup> im Aussenbereich. Dies wäre inkl. Bodenpreis. Normalerweise werden bei Schulhausbauten diese Kosten so nicht eingerechnet.

Es sollen zwei Klassenzimmer mit Teeküche, ein Mehrzweckraum mit Küche, Garderobe, WC's und Nebenräume entstehen. Varianten wurden keine aufgezeigt. Es handelt sich hier um ein fertig ausgehandeltes wie auch geplantes Projekt unter dem Vorbehalt – steht auch so im Mietvertrag – dass das Parlament das Geld hierfür noch sprechen muss.

Der Gemeinderat will dies mit einer Erhöhung der Hypothek bezahlen abzüglich CHF 100'000 für die Aussenraumgestaltung. Dort will er einen Spezialfinanzierungstopf ausgleich für Planungsvorteile anzapfen. Belasten wird das vorliegende Projekt die Gemeindekasse ab 2022 während 25 Jahren mit jährlich CHF 141'475 Abschreibungen, Verzinsungen, Unterhalt und Miete oder eben CHF 388 pro Tag – Samstag und Sonntag eingerechnet.

Nach längerer Diskussion in der GPK empfiehlt die Geschäftsprüfungskommission dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**GPK-Referent Adrian Burkhalter, SVP:** Ich fasse mich sehr kurz, Adrian Burren hat das Meiste bereits gesagt: Warum dieser Standort dort an der Stationsstrasse 40? Da hatte man ja bereits seit 1963 ein Baurecht für einen Doppelkindergarten. Man hat diesen gebraucht und hat diesen ausgenutzt. Man hatte jetzt lange etwas anderes darin und hat nun in der Schule Hessgut ab 2022/23 Platzprobleme. Die Schülerzahlen werden bis dahin steigen und man hat dort ein Platzproblem. Darum kam man darauf, dass man die Stationsstrasse 40 für eine Basisstufe Zyklus 1 weiter betreiben möchte. Der Zyklus 1 betrifft Kinder im Alter zwischen 4 und 8 Jahren.

Wir haben in der GPK wirklich auch diskutiert, ob es sinnvoll ist, dort einen Standort zu haben, denn nach meinem Wissen werden gewisse Aktivitäten trotzdem im Hessgut Schulhaus gemacht. Das ist also nicht ganz ohne.

Würden wir dieses Geschäft ablehnen, hätte dies eine Verengung im Hessgut-Schulhaus zur Folge resp. man müsste hier andere Lösungen suchen. Darum hat die GPK diesem Geschäft so zugestimmt.

**Parlamentspräsident Mathias Rickli** hält fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

**Fraktionssprecherin Arlette Münger, SP:** Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, für den Mieterausbau des Schulraums in der Überbauung Thomasweg einen Kredit für CHF 1.15 Mio. zu sprechen.

Die SP-Fraktion hat die Höhe des Betrages kontrovers diskutiert. Erschwert wurde die Diskussion vor allem dadurch, dass die Gemeinde ja normalerweise eigenen Schulraum erstellt. Jetzt soll zum ersten Mal Schulraum gemietet werden. Ein Vergleich war daher schwierig. Auch die Tatsache, dass die Eigentümerschaft abgelehnt hat, einen Baurechtsvertrag abzuschliessen, wurde von einigen der SP-Fraktion bedauert.

Aber die positiven Aspekte sind unbestritten und überwiegen: Der Schulraum wird dringend benötigt und es ist zu begrüßen, dass der Mieterausbau in der ersten Bauetappe realisiert wird. Die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg war ja bereits kürzlich erst das Thema hier im Parlament. Die Köniz- und Schwarzenburgstrasse sind gerade für die 4 bis 8jährigen Schulkinder eine besondere Herausforderung, um dies mal milde zu formulieren. Und gerade deshalb ist der Standort dieses Schulraums in der Überbauung Thomasweg sehr zu begrüßen. So müssen doch die 4 bis 8jährigen Kinder, diese stark belasteten Strassen nicht mehr überqueren.

Die SP-Fraktion wertet auch die Gestaltung des Aussenraums positiv. Er wird ausserhalb der Schulzeiten auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein. So bekommt das Quartier einen Spielplatz und auch das ist etwas, was in diesem Teil des Liebefelds fehlt. Die nächsten öffentlichen Spielplätze sind im Liebefeld Park oder im Steinhölzliwald. Und da sind wir wieder bei stark befahrenen Strassen.

Ich mache es kurz: Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit für den Mieterausbau in der Überbauung Thomasweg einstimmig zu. Den Antrag der SVP konnten wir leider innerhalb der Fraktion so kurzfristig nicht mehr diskutieren.

**Fraktionssprecherin Heidi Eberhard, FDP:** Besten Dank den beiden Direktionen Sicherheit und Liegenschaften sowie Bildung und Soziales für den ausführlichen Bericht. Es geht hier nicht um die Frage, ob wir in diesem Quartier Schulraum erstellen oder nicht. Diese Frage ist bereits geklärt. Das kann man in der Botschaft zur Gemeindeabstimmung über die Überbauungsordnung aus dem Jahr 2016 nachlesen. In der damaligen Abstimmungsbotschaft war als Pro geschrieben: „... mit dem geplanten Raum für Kindergarten oder Basisstufen kann die Vorlage punkten“. Das hat sie damals auch gemacht.

Die planerische Grundlage ist seit März dieses Jahres rechtskräftig. Die Weiterführung des Schulunterrichts mit entsprechendem Raumbedarf war nicht nur in der Überbauungsordnung sondern auch im Architekturwettbewerb enthalten gewesen.

Das Projekt der HIG Immobilien Anlage Stiftung Zürich, welche die Siedlung, wie dies der GPK-Sprecher bereits gesagt hat, im Jahr 2005 erworben hat, verdoppelt die Anzahl der heutigen Wohneinheiten auf rund 280. Das erste Drittel ist ab 2022 beziehbar. Es werden nebst den jungen Paaren und Einzelpersonen sicher auch Familien mit schulpflichtigen Kindern in die neuen Wohnungen kommen. In der unmittelbaren Umgebung, so können wir lesen, steht im Einfamilienhausquartier ein Generationenwechsel an. Auch hier wird es Familien mit Kindern geben, welche im ersten Zyklus 4 bis 8jährig sind. Bereits heute ist der Schulraum knapp. Schüler der Stationsstrasse konnten zwar vorübergehend ins Schulhaus Hessgut gehen, aber dort brauchen sie den Raum nun selber. Diese Option steht nicht mehr zur Verfügung. Es ist also dringend notwendig, dass man den Thomasweg ausbaut.

Wie wir dem Bericht und dem Antrag des Gemeinderats entnehmen können, konnte ein langjähriger Mietvertrag gesichert werden. 20 Jahre ab 2022 mit der Option von 10 Jahren. Ich glaube nicht, dass dann nochmals gross verhandelt werden wird und es nochmals teurer wird. Ich denke das sind anständige Leute bei der HIG Immobilien Anlage Stiftung und diese sind relativ sozial und werden nicht nochmals aufschlagen. Den Abschluss eines Baurechtsvertrags haben sie auf alle Fälle abgelehnt.

Die Neuüberbauung ist in drei Etappen geplant. Der Schulraum im Erdgeschoss des fünfstöckigen Wohnbaus ist Teil der ersten Etappe. Das Projekt ist unter Einbezug der Abteilung Bildung und Soziales, der Schulleitung Hessgut und der Abteilung Gemeindebauten entstanden und entspricht dem Schulraumkonzept der Gemeinde Köniz und den gestellten Anforderungen. Details zu den zwei Unterrichtsräumen des Zyklus 1 können dem Bericht entnommen werden. Gemeinsam genutzte Sanitär- und Infrastrukturräumen sowie ein Mehrzweckraum für den Spezial- und Förderunterricht ergänzen den Schulbereich. Die Räumlichkeiten sind zudem so konzipiert, dass auch eine Ganztageschule mit Mittagstisch angeboten werden könnte.

Der Mieterausbau mit Installationen und Innenausbau erfolgt im Auftrag und eben auch auf Rechnung der Gemeinde. Details zum Projekt vom Grundausbau über Installationen, Innenausbau, Umgebung und last but not least Möblierung sind unter Punkt 2 bis 2.5 im Bericht beschrieben. Ich lege dies nicht nochmals im Detail dar. Der Ausbau zum Schulraum ist durch die Gemeinde direkt zu finanzieren. Aufgrund der speziellen Rahmenbedingungen gibt es keine direkten Vergleichsobjekte. Es ist auch müssig, eventuelle Vergleiche heranzuziehen. Die Aufschlüsselung der Gebäudkosten zwischen dem vom Vermieter bezahlten Rohbau und dem von der Gemeinde finanzierten Ausbau entspricht keinem Standard. Wir haben hier einen Einzelfall.

Wir haben in der Fraktion eingehend diskutiert, ob und wo allenfalls Optimierungen bei den aufgeführten Kosten möglich wären. Eventuell beim BKP 1 „Rückbau bestehender Kindergarten“? Oder bei BKP 2 „Gebäude“? Bei BKP 4 „Umgebung“ – was macht man hier denn alles? Oder bei BKP 5 – was ist alles in diesen Nebenkostenreserven enthalten? Oder allenfalls bei BKP 9, der Möblierung? Bei diesem Punkt sind wir zum Schluss gekommen, dass wir in die neuen Schulräume keine abgelebten Möbel reinstellen wollen. Kosten für den Mieterausbau inkl. Umgebung sind im Investitionsplan 2020/21 enthalten. Der Mehrzweckraum kann unabhängig der beiden Schulräume genutzt und auch vermietet werden. Es kann also allenfalls auch ein Ertrag verbucht werden. Wir sind optimistisch.

Die Vergabe der Arbeiten durch den Investor HIG ist für Ende 2019 vorgesehen. Der Baustart ist im Frühling 2020 und der Bezug der Räumlichkeiten im Frühling 2022 vorgesehen. Wie eingangs erwähnt, ist ab dem Schuljahr 2022/23 der Schulraum für die Kinder im ersten Zyklus an der Stationsstrasse/Thomasweg dringend notwendig.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen unterstützt den Antrag des Gemeinderats und stimmt dem Kreditantrag für Mieterausbau des Schulraums in der Überbauung Thomasweg Liebefeld, für CHF 1.15 Mio. einstimmig zu. Den Antrag der SVP konnten wir auch noch nicht gross studieren, aber ich gehe davon aus, dass wir diesen allenfalls ablehnen werden.

Tatjana Rothenbühler trifft ein. Es sind 40 Parlamentsmitglieder anwesend.

**Fraktionssprecherin Kathrin Gilgen, SVP:** Uns liegt hier ein spezielles Geschäft vor, welche den bisherigen Kindergarten in diesem Überbauungsgebiet Thomasweg/Stationsstrasse ersetzt - angepasst an die heutigen Verhältnisse mit Möglichkeiten für Basisstufe und Tagesschule. Trotz der ausführlichen Informationen bleiben für uns Fragen offen. Die SVP begrüsst und unterstützt dezentrale Schulstandorte. Hier handelt es sich aber nicht um einen solchen, sondern um einen Satellitenschulstandort.

Dessen Berechtigung mit der Begründung des bisherigen Standorts Stationsstrasse und einem kurzen Schulweg für die Kleinsten zu untermauern ist zwar verständlich und nachvollziehbar, aber es könnte auch dazu führen, dass vermehrt weitere solche Satellitenschulen in grösseren Überbauungsgebieten gefordert werden. Das wäre aber eine Entwicklung in die falsche Richtung und auch finanziell nicht tragbar.

Aufhorchen lässt uns auch die Aussage auf Seite 1, dass beim momentanen Ersatzstandort für die Schüler der Stationsstrasse in der Schule Hessgut Liebefeld ab dem Jahr 2022/23 der Schulraum fehlt. Ist denn beim letzten Schulraumkonzept die Möglichkeit, dass dieses Projekt Thomasweg nicht zustande kommen könnte oder eventuell verzögert werden könnte, nicht einkalkuliert worden? Wir fragen uns, wie visionär das Schulraumkonzept eigentlich ist und wie viel dieses überhaupt taugt. Oder wird einfach davon ausgegangen, dass jedem Schulprojekt durch das Parlament und eventuell auch durch das Stimmvolk bedenkenlos zugestimmt wird? Kann sich Kōniz dies leisten? Wir kennen alle die Antwort.

Im Weiteren haben wir uns gefragt, wie und wo die zukünftigen Schulkinder vom Thomasweg ihren Turnunterricht abhalten. Fragen tauchen aber vor allem auch bezüglich der ganzen Verhandlungen mit dem Grundeigentümer auf. Wir lesen, dass ein Baurechtsvertrag seitens der Eigentümerschaft grundsätzlich abgelehnt worden ist. Okay, ein langfristiger Mietvertrag über 30 Jahre ist hier zum Teil eine Alternative. Die Höhe des Mietzinses für dieses Objekt im Rohbau, festgelegt für die nächsten 20 Jahre, empfinden wir aber als zu hoch. Wir können diesem Verhandlungsgeschick keine guten Noten geben. Die Eigentümerschaft profitiert von diesem Ausbau nicht unerheblich: Zusätzlich zu diesen rund 280 Wohneinheiten erlaubt das Schulraumprojekt einen Ausbau und die Nutzung eines Wohnblockerdgeschosses. Die ganze Überbauung gewinnt mit dem Schulstandort an Wert und Attraktivität. Besonders Familien oder Paare mit Kinderwunsch werden sich diesen Umstand etwas kosten lassen. Zusätzlich erhalten die Bewohner einen mietbaren Mehrzweckraum und einen gepflegten Spielplatz.

Alles positive Aspekte, welche einen Mehrwert für die ganze Überbauung, also für den Eigentümer generieren. Somit hätte es eigentlich gute Argumente und Druckmittel gegeben, eventuell doch noch einen Baurechtsvertrag abschliessen zu können oder den Mietzins etwas zu drücken.

Zusätzlich wird von Seiten Gemeinde ein moderner und teurer Innenausbau finanziert, womit wir jetzt beim brisantesten Thema angelangt wären: Vor zwei Wochen hat das Könizer Stimmvolk das Budget mit der Steuererhöhung abgelehnt. Wenn man in der Bevölkerung herumhört, werden sehr häufig die sehr hohen Investitionen und die teuren Bauprojekte und Sanierungen kritisiert. Diese sind auch ein Grund, für dieses Nein. Auch die SVP-Fraktion kritisiert hier in diesem Saal regelmässig die hohen Kosten dieser Bauprojekte. Leider finden wir nicht immer Gehör. Doch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Gemeinde Köniz haben das Recht auf Gehör und somit muss gehandelt werden.

Die SVP-Fraktion stellt einen Abänderungsantrag mit der Forderung um eine Reduktion des Kredits um CHF 180'000. Kürzungen werden bei den BKP 2, 5 und 9 eingefordert. Ihr seht dies auf der Tischvorlage. Wir haben zuerst auch eine Rückweisung des Geschäfts in Betracht gezogen. Wir belassen es nun aber bei einer Kürzung. Sollte aber keine Kreditkürzung zustande kommen, behalten einige von uns sich vor, dieses Geschäft abzulehnen. Der Standard solcher Aus- und Sanierungsbauten muss in Zukunft wirklich günstiger werden, sonst werden Projekte verschoben werden müssen oder wir können diese gar nicht mehr verwirklichen. Es braucht pragmatische Bauten für den Alltag und nicht überrissene teure Vorzeigeprojekte.

Ich bitte das Parlament, erneut ein Zeichen zu setzen und dieser Kreditkürzung zuzustimmen.

**Fraktionssprecherin Dominique Bühler, Grüne:** Dass es im Liebfeld einen Bedarf an Schulraum gibt, das ist unbestritten. Alleine schon im Areal Thomasweg/Stationsstrasse entstehen über 280 neue familienfreundliche Wohnungen. Die Grüne-Fraktion ist mit der Vorlage nicht glücklich. Das Parlament wird wieder einmal mehr vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir können bei diesem Projekt im Grunde nur „ja“ sagen und werden somit für die nächsten 20 bis 30 Jahre stolze Mieterin eines Rohbaus. Falls das Geschäft abgelehnt wird, wird auf dem Areal keine Basisstufe realisiert. Mit einem „nein“ würden wir quasi den Volkswillen, welcher im Jahr 2016 die Arealentwicklung am Thomasweg/Stationsstrasse mit Kindergarten Basisstufe gefordert hat, missachten.

Es ist nicht in unserem Sinne, dieses Projekt zu verhindern, allerdings sind wir unzufrieden, dass wir im jetzigen Zeitpunkt das Projekt nicht mehr beeinflussen können, obwohl wir mit den Kosten und dem Mietvertrag nicht glücklich sind. Dass der Eigentümer bei den Verhandlungen einen Baurechtsvertrag ausschliesst, ist zu seinem Vorteil und ist aus wirtschaftlicher Sicht verständlich. Uns scheinen aber die Voraussetzungen für eine faire Verhandlung auf Augenhöhe nicht gegeben zu sein. Der Gemeinderat hat sich bemüht, dem Volkswillen gerecht zu werden. Dass die Basisstufe auf dem Areal realisiert wird, ist nach dem Ja an der Urne klar gewesen. Unsere Karten lagen also auf dem Tisch.

Bei der Aufarbeitung dieses Geschäfts haben wir uns einige Fragen gestellt: Hätte das Parlament im Jahr 2016 dieses Geschäft in so hohen Tönen gelobt, wenn bekannt gewesen wäre, dass anstelle eines Baurechtsvertrags ein Mietvertrag ausgehandelt wird? War der Standort der Basisstufe im Areal überhaupt ausschlaggebend für das Ja an der Urne? Oder wäre das Areal auch ohne Kindergarten/Basisstufe angenommen worden? Und zuletzt die Frage, welche wir uns jedes Mal stellen: Gibt es keine bessere Alternative? Für uns ist wichtig, dass das Parlament bei solchen Projekten kein Abnickergremium ist. Es wäre daher wünschenswert, wenn sich ein ThinkTank in Form einer parlamentarischen Planungskommission der Schulraumplanung und der entsprechenden Kosten, welche daraus entstehen, annehmen würde. Wir sehen dies als grossen Vorteil für Parlament und Gemeinderat. Dies gilt im Übrigen nicht nur für Schulraum, sondern auch für Strassenbauprojekte. Das Parlament könnte bei den Planungsvorhaben mitarbeiten und würde nicht jedes Mal von einzelnen Geschäften überrollt werden. Der Gemeinderat erhält auch so frühzeitig Feedback von Seiten des Parlaments.

Die Grüne-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats grossmehrheitlich zu. Ein Teil unterstützt den Abänderungsantrag der SVP, weil die Kosten für den Innenausbau sehr hoch sind und für die Begründung der hohen Kosten keine Vergleichszahlen geliefert wurden, sondern lapidar gesagt wird, dass die Kosten im Rahmen des Üblichen liegen. Das ist definitiv zu wenig.

**Fraktionssprecherin Mitte-Fraktion, Sandra Röthlisberger, glp:** Mitten in der neuen Überbauung Thomasweg wird Schulraum für zwei Basisstufen als Ersatz für den Doppelkindergarten Neuhaus erstellt. Die Liegenschaft wird im Rohbau gemietet, der Rück- und Ausbau kostet CHF 1.15 Mio. und wird über die Mietdauer von 20 plus optional plus 10 Jahre ordentlich abgeschrieben. Der Antrag betrifft nur den Mieterausbau. Die Miete und die wiederkehrenden Mietkosten im Betrag von jährlich rund CHF 75'000 sind im Antrag umschrieben.

Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung haben wir in der Mitte-Fraktion nicht nur den Bau sondern auch den Bedarf, die Lage und die Gesamtkosten beurteilt. Die Bedarfszahlen zeigen auf, dass in den nächsten Jahren zusätzlicher Schulraum benötigt wird, insbesondere im Schulkreis Hessgut. In Buchsee geht man eher von rückläufigen Schülerzahlen aus. Die SuS-Prognose ist der entscheidende Faktor in der Schulraumentwicklung. Wird der Bedarf angemeldet, nimmt das Projekt fünf bis sieben Jahre in Anspruch. Das heisst, wenn die Annahmen falsch sind, haben wir in fünf Jahren zu wenig oder zu viel Schulraum. Der Bedarf an Schulraum und die pädagogisch funktionalen Aspekte der Gebäude müssen die Nutzer benennen und die Baufachleute umsetzen. Es ist also eine interdisziplinäre Zusammenarbeit wichtig. Beim Zurückblättern auf den Antrag Schulraumentwicklung oder –erweiterung Hessgut aus dem Jahr 2016 zum Beispiel, waren in der Prognose 370 Schülerinnen und Schüler im Zyklus 1 für das Schuljahr 2021 enthalten. Dies inklusive der Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen der Quartiere Thomasweg und Carba Nord. Im aktuellen Antrag sind genau diese Schülerzahlen bei ca. 280 für das nächste Schuljahr prognostiziert und die Spitze von knapp 350 Schülerinnen und Schüler würde im Jahr 2023/24 erreicht. Was ich damit sagen will ist, dass der Unterschied der Prognose aus dem Jahr 2016 zu heute bei drei bis vier Klassen liegt. Neu erstellter Schulraum für eine Klasse kostet im Durchschnitt CHF 1.5 Mio. Kurz, die Schulraumplanung ist enorm kostenrelevant und nicht der Innenausbau. Dem Parlament steht die Rolle der Genehmigungsinstanz der Ausführungsprojekte zu, wir haben es heute schon gehört. Aber anders gesagt, in der Bedarfsplanung liegt der Hund begraben.

Darum zurück zum Antrag: Die Lage am Thomasweg ist sehr gut. Im aufgezeigten Spickel Köniz und Schwarzenburgstrasse liegen die grossen Siedlungsentwicklungsgebiete. Schulraum als öffentliche Infrastruktur mitten drin an zentraler Lage wertet diese Siedlung und das Umfeld klar auf und schafft Nachbarschaften. Das ist letztlich in vieler Hinsicht im Interesse aller, nicht nur von dieser Siedlung und deren Bewohner und schon gar nicht nur vom Grundeigentümer. Es wird ein Ort im Erdgeschoss geschaffen, welcher die Siedlung und das Umfeld aufwertet. Es zeugt von einer vorausschauenden Raumplanung, wenn öffentliche Bauten im Entwicklungsgebiet integral miteingeplant werden und nicht einfach danach noch irgendwo zu stehen kommen müssen.

Zum Schulraumstandard: Dieser soll so sein wie im Malabar und Zündhölzli. Das ist sinnvoll, denn Neubauprojekte sollen den gleichen Standard aufweisen, wenn sie in derselben Dekade entstanden sind. Wir alle kennen die roten Klinkerböden in den Schulhäusern aus den 80er Jahren. Dass der Schulraum ganztagestauglich ist, ist umso besser.

Und jetzt zu den Kosten: Die dezentralen Schulstandorte sind natürlich teurer zu betreiben, nur schon deshalb weil man die Nebenräume nicht gleich auslasten kann, wie in zentralen Schulhäusern. Das Hessgut liegt 700 Meter entfernt, die Turnhalle wird dort genutzt. Die Wegstrecken werden natürlich begleitet zurückgelegt und das hat immerhin noch einen pädagogischen Wert.

Zum Mieterausbau selber: Wie gesagt, das ist nicht relevant, wenn man davon spricht, ob man Schulraum braucht oder nicht, aber bei diesem Mieterausbau sind die Vergleichszahlen schwierig beizuziehen, das haben wir auch so festgestellt. Doch unserer Einschätzung zufolge sind diese Kosten vertretbar. Auffallend sind allenfalls die Rückbaukosten im Betrag von rund CHF 50'000, welche in der Regel, wenn ein Heimfall eines Baurechts passiert, von der Grundstückeigentümerin bezahlt wird und nicht vom vormaligen Baurechtsnehmer.

Bei der Kostenfrage stellt sich auch immer die Frage der Alternativen: Die Villa Graber vis-à-vis ist neu im Eigentum der Gemeinde Köniz. Klar, das ist neu dazu gekommen und das hatte man noch nicht gewusst. Doch trotzdem die Frage, wäre dies nicht eine Alternative? Die Nutzfläche auf zwei Geschossen wäre allenfalls ausreichend für zwei Klassen? Der Umschwung ist sicherlich kindergerecht, der bauliche Zustand erinnert aber eher an das Schulhaus Mengestorf und der Unterhaltstau ist offensichtlich. Dies wäre sicherlich keine günstigere Lösung, zumal man einen Schulstandort nicht so schnell wieder loswerden würde. Sprich die Entwicklung des Graber-Areals soll man nicht vorweg nehmen. Und selber bauen? Wäre das günstiger? Verdichtungspotential hat weder das Hessgut noch das Buchseegut. Zudem muss dabei berücksichtigt werden, dass die Verwaltung ihre Ressourcen braucht, sogar dann, wenn es darum geht, teure Provisorien zu erstellen.

In diesem Sinne nach allen Abwägungen erscheint uns diese Mietlösung für zwei Basisstufenklassen an optimaler Lage gut und richtig. Damit kann man auch auf die schwankenden Schülerzahlen reagieren und das alles hat seinen Preis. Die Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp, unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Zum Antrag der SVP beantragen wir einen Sitzungsunterbruch.

**Adrian Burren, SVP:** Vielleicht noch eine kleine Erklärung zu unserem Abänderungsantrag der SVP. Ihr müsst diesen wie folgt verstehen: Die SVP will nur gewährleisten, dass die Kosten eingehalten werden.

Ihr müsst euch vorstellen, die CHF 1.15 Mio., welche auf dem Tisch liegen haben ein +/- 10%. Sprich wir bewilligen im Grunde CHF 1.265 Mio., wenn dies der Gemeinderat ausreicht. Wenn wir jetzt sagen, BKP 1 bis 4, dort wo die Gemeinde einen Kostenvoranschlag nach SIA-Norm im Betrag von CHF 970'000 hat, wenn wir diesen um CHF 100'000 kürzen und wir die +/- 10% zuschlagen, muss die Gemeinde nicht einmal sparen, aber die Kosten müssen eingehalten werden. Das gleiche gilt bei der Reserve BKP 5. Dies ist nur Angstreserve. Wenn man die Kosten im Griff hat, braucht es diese nicht und man kann den gleichen Standard ausbauen. Und am Schluss bei den Mobilien hatten wir das Gefühl, CHF 2'000 pro Schulplatz sollten doch eigentlich ausreichen. Darum dort bei BKP 9 minus CHF 30'000, was CHF 100'000 ergibt.

**Casimir von Arx, glp:** Ja, die Goldranddiskussion – Kathrin Gilgen hat es gesagt – diese ist ein Thema in der Bevölkerung und wir im Parlament haben nun bald bei jedem Geschäft eine solche Diskussion über den Standard, welcher aber nicht stufengerecht ist. Braucht es einen Blitzableiter? Hat man die richtige Farbe verwendet? Wie lüftet man am besten? Das sind Fragen über den Ausbaustandard, welche wichtig sind, aber nicht hier im Parlament.

Die Diskussion über den Goldrand, über die Standards darf und soll man führen, da teilen wir die Haltung mit vielen hier. Aber die Mitte-Fraktion ist der Ansicht, dass dieses Gefäss hierfür nicht geeignet ist. Es braucht ein anderes Gefäss, da sind wir mit Dominique Bühler einig und auch wir sind zum Schluss gekommen, dass es eine zusätzliche Kommission hierfür braucht. Es haben in diesem Zusammenhang ja auch schon Gespräche mit Mitgliedern aller Fraktionen stattgefunden. Und zwar braucht es eine Kommission, welche sich mit Hoch- und Tiefbauangelegenheiten befasst oder vielleicht kann man auch sagen eine „Investitionskommission – nicht ständig“. Die heutige Diskussion zeigt den Bedarf aus meiner Sicht erneut. Es ist zwar nicht üblich hier Vorstösse anzukündigen, aber ich mache es hier für einmal trotzdem: Wir werden uns bemühen, diesen Vorstoss umgehend fertig zu formulieren und werden dann auf euch zukommen, damit wir diese Art von Geschäften zukünftig wieder etwas zielgerichteter abwickeln können.

**Thomas Brönnimann, Gemeinderat:** Ich danke für diese gute Diskussion. Sie ist angeregt wie immer in letzter Zeit, wenn wir über Schulbauten reden.

Vielleicht als einleitende Bemerkung: Ja, die Gemeinde hat wirklich schon unter meinem Vorgänger und auch unter mir alles probiert, damit wir hier ein Baurecht erhalten. Wenn wir in den heutigen Zeiten von kurzfristigen Negativ-Zinsen im Eigentum etwas realisieren können, dann ist es natürlich offensichtlich, dass uns dies viel günstiger kommt, wenn wir selber investieren, als wenn wir zu mieten. Ich kann euch versichern, man hat mit dem Eigentümer alles versucht, aber es ist in der Schweiz so, dass Eigentum ein starkes Recht ist und dass schlussendlich der Eigentümer das letzte Wort hat.

Wir haben dann, das wurde auch gesagt, unseren Schulraumbedarf in der Überbauungsverordnung gesichert. Das war das, was wir machen konnten. Danach konnten wir hart verhandeln, vor allem, als es darum gegangen ist, wie gross der Mieterausbau ist, welchen wir selber realisieren können. Dort hatten wir aus der gleichen Logik heraus das Interesse, möglichst viel selber zu investieren, damit im Gegenzug die Miete relativ günstig ist. Darum machen wir einen ziemlich ausgedehnten Mieterausbau. Doch jetzt hier salopp zu sagen, wir hätten nicht hart verhandelt und uns beinahe zu unterstellen, dass dies nicht professionell gewesen sei, da muss ich mich einmal mehr dagegen verwehren. Es wurde noch gesagt, dass der Eigentümer ja einen massiven Mehrwert habe. Das stimmt, doch wir schöpfen dort auch einen massiven Mehrwert ab. Mit dem Geld, welches wir abschöpfen – das ist die Idee dieser Mehrwertabschöpfungen – werten wir den Aussenraum in diesen Quartieren auf. Wir haben im Gemeinderat intensiv diskutiert, wie weit wir gehen können. Wir sind zum Schluss gekommen, dass ein Teil des Spielbereichs aus der Mehrwertabschöpfung, also aus diesem Fonds, finanziert werden kann. Doch der Schulraum selber geht nicht. Diesen bereit zu stellen ist eine öffentliche Aufgabe.

Es wurde von Kathrin Gilgen gesagt, man frage sich, was das Schulraumkonzept taue. Dazu sagt dann wohl noch Hans-Peter Kohler etwas. Ich halte einfach fest, dass von Seiten Gemeindebauten sich in diesem Ortsteil nichts geändert hat. Wir haben die maximale Verdichtung, welche möglich war, im Liebfeld Hessgut realisiert und ihr seht es in den Zahlen, das sind alles Kinder, welche bereits auf der Welt sind. Dies sind keine Prognosen im Stil, vielleicht zieht noch jemand hier hin. Die Zahlen steigen enorm. In der Zwischenzeit ist es möglich, dass wir die Kinder, welche im ehemaligen Kindergarten waren, umplatzieren. Doch es ist tatsächlich absehbar, dass wir im Liebfeld diesen Platz nicht mehr haben werden und dann sehr froh sind, wenn der Eigentümer jetzt schon in der ersten Etappe zusätzlichen Schulraum für das Quartier erstellt. Ich verwehre mich auch noch dagegen, dass im Votum des DBS-GPK-Referenten angetönt worden ist, dass wir beinahe etwas überrascht worden seien.

Das wurden wir nicht und wir sind nicht spontan auf die Idee gekommen, dort Schulraum zu schaffen. Denn dezentrale Schulstandorte, haben auch Vorteile, vor allem für die Kleinsten, hauptsächlich aus Gründen der Schulwegsicherheit. Man könnte auch noch weiter gehen und sagen, auch aus finanziellen Gründen. Denn wenn die Schulwegsicherheit nicht mehr gewährleistet ist, dann müssen wir bei den ganz Kleinen Schultransporte machen und das wird dann schnell mal teurer, als lokal Schulraum zu schaffen.

Ich bestreite nicht, dass dieses dezentrale Schulraumkonzept bei den Investitionen etwas kostet, aber das ist Teil der Bildungsstrategie – war es immer schon – welche von der Schulkommission - nicht etwa vom Gemeinderat - überarbeitet worden ist. Die Bildungsstrategie wurde vom Gemeinderat bestätigt und vom Parlament zur Kenntnis genommen. Da ist rein gar nichts neu daran. Alleine schon die Tatsache, dass wir uns dies auch gesichert haben zeigt, wie der Schulraum dort von langer Hand geplant wurde. Und jetzt sind wir am Zeitpunkt, an welchem das Geschäft parlamentsreif wird. Und Dominique Bühler, es ist nicht so, dass ihr nichts dazu sagen könnt. Ihr könnt hier *nein* sagen. Ob dies ein kluger Entscheid wäre, da können wir darüber diskutieren. Ob die Bevölkerung dies dort akzeptieren würde, auch da können wir darüber diskutieren. Aber es ist möglich, dass wir plötzlich mit Provisorien im Hessgut werden arbeiten müssen. Das ist im Bereich des Möglichen. Wir haben euch da nicht etwas vorweg genommen und ihr könnt nicht mehr entscheiden. Aber wir haben soweit geplant, dass es reif ist und wir haben ja gerade zuvor noch von Adrian Burren gehört, dass es Teile gibt, welche sich wünschten, dass es noch genauer wäre, als +/- 10%. Aber mehr können wir einfach nicht bieten. Es gibt Parlamente, welche über Schulraumprojekte in der Planungsphase entscheiden, bei welchen es +/- 25% lautet. Wir wissen alle, dass das Minus mehr statistischer Natur ist. Aber wir haben hier ein wirklich weit fortgeschrittenes Projekt, welches einen Genauigkeitsgrad hat, damit man es hier im Parlament verabschieden kann.

Sandra Röthlisberger hat noch etwas von Alternativen gesagt: Ich bin einverstanden. In diesem Gebiet Liebefeld haben wir nicht grosse Alternativen. Das Buchsee-Schulhaus ist weit weg, das Liebefeld-Hessgut haben wir innen schon verdichtet. Du hast noch die Stationsstrasse erwähnt. Der Gemeinderat hat das Grundstück aus strategischen Gründen erworben. Nicht mit dem Ziel dort Schulraum zu erstellen. Grundsätzlich ausgeschlossen wäre es nicht, aber es liegt nicht auf der Hand und bis man dort irgendetwas planerisch und architektonisch realisierbar hätte, da würden Jahre vergehen. Das ist daher keine Alternative. Es ist eine Tatsache, wir haben im Moment keine Alternative, wenn ihr jetzt ablehnen würdet. Dann müssten wir irgendwie mit Provisorien im 2022 hantieren und da zeigen einfach die Erfahrungen, dass das meistens nicht günstiger kommt.

Vielleicht noch zum Kürzungsantrag der SVP: Habe ich das richtig gehört? Die CHF 50'000 seien eine „Angstreserve“? Ich würde einfach sagen, dass es zu einer professionellen Planung gehört, dass wenn man einen Planungsstand +/- 10% hat, man eine Reserve einplant.

Der Verwaltung oder dem Gemeinderat zu unterstellen, dass wenn wir einen höheren Kredit haben, wir diesen einfach ausreizen würden und dass alles teurer wird, da äussere ich mich lieber nicht dazu. Doch wenn man in der Vergangenheit schaut, dann sind die Gemeindebauten in Köniz weder unter meinem Vorgänger noch unter mir nicht damit aufgefallen, dass sie mit riesigen Kostenabweichungen vor das Parlament gekommen wären. Man kann das theoretisch streichen, wenn ihr mutig seid und keine Angst habt. Dann seht ihr, wie es herauskommt. Doch so eine Nebenkostenreserve gehört eigentlich in eine solche Planung.

Zu den beiden anderen Punkten, da habe ich auch noch mit der Verwaltung und den Fachleuten Rücksprache genommen. Ich sage euch hier die Aussage der Fachleute: Beim Rohbau CHF 100'000 einzusparen, erachtet man aus fachlichen Gesichtspunkten als schlichtweg nicht seriös. Und bei der Möblierung, da habe ich es mehr mit Heidi Eberhard: Das ist einfach auch eine Frage, welche ihr euch stellen müsst. Sollen wir bei den Gemeindebauten schauen, ob wir irgendwo auf den Dachböden Tische und Stühle finden und die neuen Schulzimmer dann damit möblieren? Oder kann sich Köniz auch nach einem abgelehnten Budget noch den Standard leisten, dass wenn zwei neue Schulzimmer gebaut werden, dass diese auch noch neu ausrüstet werden. Ich bin der Meinung ja, obwohl ich nicht der Finanzchef bin.

Die Annahme von Kathrin Gilgen, dass das Budget abgelehnt wurde, weil wir bei den Investitionen überborden würden, ist etwas sehr gewagt. Aufgrund dieser Logik müssten wir all diese Schulhäuser zurückstellen und nicht bauen und das nächste Budget würde mit einem haushohen Mehr durchgehen - das glaube ich aber nicht. Aber jetzt befinde ich mich beinahe etwas auf fremdem Terrain und schliesse und übergebe noch meinem Gemeinderatskollegen Hans-Peter Kohler das Wort.

**Hans-Peter Kohler, Gemeinderat:** Noch einige Ergänzungen, es sind auch noch einige Fragen gestellt worden: Wegen der Schülerzahlen. Bleiben diese gleich, steigen diese oder sinken diese?

Generell sinken sie in Köniz natürlich nicht und was man noch beachten muss ist, dass ab 2022 die zu erwartenden Kinder der neuen Überbauung, welche dort einziehen werden, noch nicht eingerechnet sind. Da gibt es zum Teil Erfahrungswerte, doch genau voraussagen kann dies noch niemand. Dies ist noch nicht enthalten und wir brauchen den Schulraum unbedingt.

Und dann kann ich noch bestätigen, dass wenn die Kinder in einem anderen Schulhaus etwas machen müssen, zum Beispiel Turnen, dann wird der Zyklus 1 natürlich geführt und begleitet. Es wurde auch richtigerweise genannt, die zwei Strassen sind dort wirklich ein Sandwich und nicht ungefährlich. Die Kinder werden deswegen natürlich begleitet.

Kathrin hat noch wegen weiterer Satellitenschulen gefragt: Nein, diese sind nicht geplant und das ist ein Standort, welchen es bereits gibt. Ich und der Gemeinderat stehen natürlich weiterhin für die dezentralen Schulstandorte – und ich gehe davon aus, die grosse Mehrheit oder eine satte Mehrheit hier auch. Ich muss auch immer wieder sagen, dass die dezentralen Standorte, auch ein Standortvorteil für die Gemeinde Köniz sind. Das ist sehr beliebt.

Jetzt noch zum Schulraumkonzept und wie visionär dieses ist und auch die Wertigkeit dieses Konzepts: Wir können nicht hellsehen und diese Zahlen genau festlegen, das ist auch in anderen Gemeinden so. Aber die Abteilung ist geübt und manchmal wird man auch überrascht, weil man mit weniger gerechnet hat, doch wir versuchen hier wirklich nach bestem Wissen und Gewissen die Zahlen einigermaßen richtig zu erheben. Diejenigen zu erheben, welche bereits in Köniz wohnen, das ist noch das Einfachste, doch jene, welche zuziehen, da sind wir auch immer wieder mal überrascht. Die Wertigkeit ist nicht schlecht. Das Schulraumkonzept wird übrigens auch ständig überarbeitet.

**Heinz Nacht, SVP:** Ich spreche hier für einen Teil der SVP. Versteht uns nicht falsch, wir sind überhaupt nicht gegen dieses Projekt. Wir sehen auch ein, dass es Schul- und Kindergartenraum braucht. Aber, werte Kollegen, werte Kolleginnen, es kann doch nicht sein, wenn unser Chef, und das ist das Volk, vor einigen Wochen gesagt hat, dass es nicht mehr Steuern zahlen möchte. Liebe Gemeinde, ihr müsst schauen, dass ihr mit dem Geld, das ihr habt, auskommt. Und wir sollen bereits beim ersten Projekt, welches jetzt auf dem Tisch liegt einfach sagen, dass alles gut ist? Können wir es uns wirklich leisten, bei einem Projekt, welches so genau ist, bei welchem nicht irgendwo Wasser eintreten kann, bei welchem eigentlich nichts schiefgehen kann, denn der Rohbau ist da, locker CHF 50'000 Sicherheit einzubauen, um die Sicherheit noch zu versichern? Denn die Sicherheit sind ja die 10%. Ich selber kann dies absolut nicht begreifen.

Ich appelliere an euch Parlamentarier, wir müssen dem Volk da draussen zeigen, dass wir etwas sparen wollen. Dass wir mithelfen wollen und nicht einfach das nächstbeste Geschäft einfach durchwinken. Und wie ich am Anfang gesagt habe, es ist nicht gegen das Projekt.

Ich selber werde kämpfen, dass man dies kostengünstiger machen kann, über den Preis können wir zusammen verhandeln, aber es muss einfach günstiger werden, sonst kann ich und ein Teil unserer Fraktion diesem Projekt in dieser Form nicht zustimmen.

**Sandra Röthlisberger, glp:** In der Mitte-Fraktion sind wir geteilter Meinung, was diesen Antrag betrifft. Es werden Leute zustimmen, einzelne werden ablehnen. Die Argumente zur Ablehnung von meiner Seite sind, dass wir hier ein Kostendach bewilligen werden. Ein Kostendach heisst, dass die Reserve von +/- 10%, welche in diesem Kostenstand noch vorhanden sind, als Reserve eingerechnet werden. Das heisst nicht, dass man 10% darüber gehen kann, sondern wir genehmigen ein Kostendach. Wir glauben auch, dass die Fachleute durchaus sparsame Lösungen anstreben und kurzfristig sparen heisst auch nicht im Betrieb langfristig sparen. Gerade bei den Möbeln, welche in einem Kindergarten sehr stark beansprucht sind. Wir möchten lieber die Frage öffnen und substantielle Beträge sparen, wo vielleicht eine politische Haltung dahinter ist. Und darum möchten wir nochmals auf den Hinweis für diese Planungs- und Baukommission eingehen, welche vielleicht in Zukunft diese Goldranddiskussion führen kann und zwar phasengerecht zu einem Zeitpunkt, wo man nicht über Möblierung und um +/- 10% diskutieren muss. Wie gesagt, es wird auch einzelne Stimmen geben, welche den Antrag annehmen werden.

**Christian Roth, SP:** Ich hatte ursprünglich nicht vorgehabt etwas zu sagen, denn unsere Fraktionsansprache war definiert, aber lieber Heinz Nacht, das kann ich so nicht stehen lassen: Das Könizer Volk hat entschieden, das ist richtig und das ist absolut bindend für unseren Entscheid. Es hat *nein* zum Budget und zur Steuererhöhung gesagt. Aber Heinz Nacht, wir sind nicht Befehlsempfänger vom Volk in diesem Sinne. Das Volk hat gesagt, es gibt das Budget nicht so und keine Steuererhöhung, okay, das ist entschieden. Wir müssen nächsten Montag darüber diskutieren, wie wir diesen Rahmenbedingungsentscheid, welchen das Volk uns vorgibt umsetzen müssen.

Wir müssen entscheiden, ist dies nun die einzige mögliche Antwort, welche wir geben können, indem wir jetzt überall 10% oder 20% rücsparen, selbst wenn uns der Gemeinderat und seine Fachleute sagen, wir können nicht einfach CHF 100'000 im Rohbaubereich wegsparen. Das ist nicht seriös und das ist nicht realistisch. Unsere Aufgabe ist, dass die Könizer Finanzen seriös eingesetzt werden, das ist unser Job, da streiten wir ja auch immer wieder intensiv darüber.

Ich teile die Einschätzung meiner Vorrednerin, welche sagt, dass es wichtig ist, dass man seriös investiert, so dass wir nicht später Folgeschäden oder Folgekosten haben. Ich erachte es als wichtig, dass wir jetzt hier die verschiedenen Stufengerechtigkeiten nicht aus dem Auge verlieren. Ich widerspreche explizit der Einschätzung, dass wir jetzt vom Volk einfach den Auftrag haben zu sparen. Meine Einschätzung ist ja, das ist eine wichtige Diskussion, ich höre die Voten auch, dass die Investitionsthema sind, aber die Alternative dazu ist nicht *nicht* zu investieren, sondern immer gut zu überlegen, auch in den nächsten Diskussionen. Wie können wir den Könizerinnen und Könizer erläutern und besser darlegen, dass es in Köniz schlichtweg auch mehr Einnahmen braucht? Wir sind nicht provinziell unterwegs. Man hat ein Budget von CHF 220 Mio. Wir sind eine grosse Gemeinde – die viertgrösste Gemeinde – wir müssen uns diese Diskussion leisten, dass wir besser finanziert sind. Ich teile die Meinung nicht, dass es darum geht, jetzt bei jeder Vorlage noch CHF 10'000 oder 10% weg zu sparen.

Wir haben in unseren Augen eine seriöse Vorlage des Gemeinderats, die Argumentation überzeugt die SP und ich kann in diesem Moment auch gleich für die SP sagen, dass wir diesen Antrag der SVP ablehnen werden.

**Heidi Eberhard, FDP:** Der guten Ordnung halber sage ich auch, dass wir bei der FDP ebenfalls dieses Kostendach diskutiert haben, wie Sandra Röthlisberger dies bereits gesagt hat. Ein Teil wird diesen Antrag der SVP unterstützen, andere nicht. Wir haben Stimmfreigabe entschieden.

## Beschluss

Das Parlament beschliesst die Sitzung zu unterbrechen.  
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

## Beschluss Abänderungsantrag SVP

Folgender Antrag der SVP wird abgelehnt:

1. Für den Mieterausbau des Schulraums (Zyklus 1) in der Überbauung Thomasweg, Liebefeld wird ein Kredit von CHF 970'000.00 inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 3750.5040.1253, Schulraum Zyklus 1 Liebefeld Thomasweg, Mieterausbau bewilligt.
2. Die Reduktion des Kredits um CHF 180'000 ist wie folgt vorzunehmen:
 

BKP 2 Gebäude (ohne Rohbau und Gebäudehülle)	CHF 100'000
BKP 5 Nebenkostenreserve	CHF 50'000
BKP 9 Möblierung	CHF 30'000

(Abstimmungsergebnis: 15 dafür, 22 dagegen)

## Beschluss Schlussabstimmung

Für den Mieterausbau des Schulraums (Zyklus 1) in der Überbauung Thomasweg, Liebefeld wird ein Kredit von CHF 1'150'000.00 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5040.1253, Schulraum Zyklus 1 Liebefeld Thomasweg, Mieterausbau bewilligt.  
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

PAR 2019/116

## **V1713 Richtlinienmotion (Grüne, Junge Grüne Köniz) „Ein neues Kulturkonzept für Köniz“** Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

### **1. Ausgangslage**

Die am 26. Juni 2017 von den Grünen und den Jungen Grünen Köniz eingereichte Motion 1713 «Ein neues Kulturkonzept für Köniz» wurde vom Parlament am 6. November 2017 erheblich erklärt (> *Beilage 1*).

### **2. Das Kulturkonzept 2020**

Wie in seiner Antwort auf die Motion 1713 festgehalten, war es dem Gemeinderat ein Anliegen, das [Kulturkonzept](#) von 2007 zu überarbeiten. Die damals umfassend gemachte Bestandesaufnahme des Könizer Kulturlebens verdient nach wie vor grossen Respekt, denn sie war für Erarbeitung des Kulturkonzepts 2007 entscheidend. Ein Konzept in diesem Umfang ist jedoch weder gut zu lesen noch für die tägliche Arbeit hilfreich. Kultur hält sich nicht an Papiere, sondern lebt und bewegt sich täglich. Was heute aktuell ist, ist morgen unter Umständen schon wieder vorbei. Ein detailliertes Konzept mit vielen Zielen und Massnahmen taugt als Arbeitsinstrument wenig.

#### **Vier Leitsätze und drei Handlungsfelder**

Das neue Kulturkonzept (> *Beilage 2*) gibt in vier Leitsätzen vor, woran sich die Kulturförderung der Gemeinde Köniz in den kommenden vier Jahren orientieren muss. Die Leitsätze sind offen formuliert und lassen den nötigen Spielraum, um flexibel auf die sich ständig verändernde Kulturlandschaft reagieren zu können. Bedürfnisse der Kulturschaffenden und Wünsche der Kulturkonsumierenden können leichter aufgenommen und nach Möglichkeit umgesetzt werden, wenn die Grundlagen allgemein gehalten sind.

Die vier Leitsätze des Kulturkonzepts werden in den Handlungsfeldern «Kulturförderung», «Kulturvermittlung» und «Kulturerbe» umgesetzt. Den drei Handlungsfeldern entsprechend hat der Gemeinderat Schwerpunkte beschlossen, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. Für die Jahre 2022-2024 soll beispielsweise im Bereich «Kulturförderung» schwerpunktmässig ein Projekt im Bereich Integration unterstützt werden. Die Einladung zum Einreichen von Projektideen erfolgt im Verlauf des Jahres 2020.

### **3. Vorgehen**

#### **Partizipation – ja oder nein?**

Entgegen seiner Antwort auf die Motion 1713 hat der Gemeinderat darauf verzichtet, das neue Kulturkonzept in einem breit angelegten partizipativen Prozess zu erarbeiten. Der Aufwand für eine konstruktive Mitwirkung der Öffentlichkeit ist erheblich und macht dort Sinn, wo auf Anregungen und Wünsche der Bevölkerung eingegangen werden kann. Die in der Kultur engagierten Akteure haben vielfältige Ideen, entwickeln kreative Projekte und bereichern mit ihrer Tätigkeit das kulturelle Leben in der Gemeinde Köniz. Zur Finanzierung ihrer Projekte sind sie aber in mehr oder weniger grossem Umfang auf die Unterstützung Dritter angewiesen. Und fast immer ist die öffentliche Hand eine wichtige Anlaufstelle. Wenn die massgebenden Akteurinnen ihre Wünsche und Vorstellungen zum Kulturleben einbringen können, tun sie das mit der Erwartung, dass zumindest Teile davon auch umgesetzt werden, was mit grösster Wahrscheinlichkeit finanzielle Auswirkungen hätte. In der aktuellen finanzpolitischen Lage erachtet der Gemeinderat eine substantielle Erhöhung des Kulturbudgets als unrealistisch. Er hat deshalb beschlossen, vom finanziellen Status Quo auszugehen und das Kulturkonzept intern zu überarbeiten.

#### **Unterstützung von kulturellen und soziokulturellen Institutionen**

Die Gemeinde Köniz unterhält Leistungsvereinbarungen mit Institutionen, die kulturelle und/oder soziokulturelle Veranstaltungen durchführen. Der Kulturhof Schloss Köniz und der Verein BeJazz werden über das Budget der Direktion Präsidiales und Finanzen DPF unterstützt. Zudem richtet die DPF Programmbeiträge an die Heitere Fahne, den Kulturraum gepard 14, die Musikgesellschaften und das Jugendorchester Köniz aus. Die Direktion Bildung und Soziales DBS unterstützt das Schulmuseum, die Villa Bernau und die Könizer Bibliotheken.

Einen substantiellen Beitrag leistet die Gemeinde Köniz zudem an die Finanzierung von aktuell 11 Kulturinstitutionen von «regionaler Bedeutung» (ab 2020 13 Institutionen), die gemäss Kantonalem Kulturfördergesetz gemeinsam von den Standortgemeinden, dem Kanton Bern und der Regionalkonferenz Bern-Mittelland subventioniert werden (KKFG Art. 18 Abs. 1). Die jährlichen Ausgaben für Kultur- und Soziokultur belaufen sich auf rund 2,4 Mio Franken. Für die Kunstsammlung und die Ortsgeschichtliche Sammlung sowie für die freie Projektförderung stehen weitere CHF 125'000 zur Verfügung (> *Beilage 3*). Total gibt die Gemeinde Köniz pro Jahr rund CHF 2,5 Mio für die Förderung von Kultur und Soziokultur aus – rund 1% des kommunalen Budgets.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass eine Erhöhung der für die Kulturförderung eingestellten Mittel durchaus gerechtfertigt wäre. Zusätzliche Gelder würden erlauben, neue Institutionen wie zum Beispiel die Heitere Fahne besser unterstützen und flexibler auf Initiativen und Projekte reagieren zu können. In der aktuellen finanzpolitischen Situation der Gemeinde erachtet es der Gemeinderat jedoch als nicht opportun, das Kulturbudget wesentlich zu erhöhen oder einzelne Budgetposten umzuverteilen.

#### 4. Blick in die Zukunft

Der Gemeinderat wird sich einmal pro Legislatur über die Umsetzung des Kulturkonzepts informieren lassen und entscheiden, ob die Ziele immer noch gültig sind. Andernfalls kann er Anpassungen oder eine totale Überarbeitung in Auftrag geben. Der Gemeinderat anerkennt, dass der Einbezug der Öffentlichkeit in diesem Fall wünschenswert ist. Bei der nächsten Überarbeitung soll ein partizipativer Prozess von Anfang an ins Auge gefasst werden.

#### 5. Abschreibung

Gemäss dem Geschäftsreglement des Parlaments werden Motionen mit Richtliniencharakter nach der traktandierten Behandlung der gemeinderätlichen Berichterstattung im Parlament stillschweigend abgeschrieben.

Köniz, 30.10.2019

Der Gemeinderat

#### Beilagen

- 1) Motion 1713 «Ein neues Kulturkonzept für Köniz» - Beantwortung
- 2) Kulturkonzept 2020
- 3) Kulturausgaben

#### Diskussion

**Erstunterzeichnerin Iris Widmer, Grüne:** Ich möchte als erstes meine Interessensbindung bekannt geben: Ich bin auch Mitglied des Vereins Kulturhof Schloss Köniz und dort im Vorstand. Die Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für das überarbeitete Kulturkonzept. Das letzte Kulturkonzept datierte aus dem Jahr 2007 und es ist unbestritten, dass dieses wieder einmal überarbeitet werden musste. Das alte Konzept umfasste rund 117 Seiten. Das neue Konzept hat gerade mal 7 Seiten. Darum ein nicht repräsentativen Vergleich: Das Konzept der Stadt Bern hat 65 Seiten, die Kulturstrategie des Kantons Bern zählt 18 Seiten, das Konzept von Langnau im Emmental hat 31 Seiten, das der Gemeinde Uetendorf 12 Seiten. Das Könizer Kulturkonzept ist für eine der grössten Gemeinden der Schweiz, wie dies prominent im Vorwort von der Gemeinderätin betont wird, beispielhaft kurz. Was will ich damit sagen? Ich will damit nicht sagen, dass ein gutes Konzept lang sein muss. Man kann auch auf vielen Seiten nichts sagen. Was ich damit aber sagen will ist, dass es bei uns nach einer lebhaften Diskussion so etwas wie Ratlosigkeit zurückgelassen hat. Für uns bleibt unklar, was wir mit diesem Konzept jetzt gewonnen haben. Es ist insgesamt wenig konkret und wenig griffig. Wir sehen durchaus positive Ansätze, aber auch Inkonsistenzen und Unklarheiten. Es ist zum Beispiel unklar, warum gewisse Institutionen explizit genannt werden und andere nicht - ich werde darauf zurückkommen.

Klar, Konzepte sind immer auf einem hohen Abstraktionsgrad verfasst und der Weg zwischen Abstraktion und genügender Konkretisierung zu finden ist nicht einfach. Hier aber ist es unseres Erachtens nicht ganz gelungen.

Einige Punkte, welche uns aufgefallen sind. Zuerst zum Formalen:

- Wir bedauern es sehr, dass entgegen des Auftrags kein partizipativer Prozess stattgefunden hat. Die Begründung, aufgrund der finanziellen Lage sei dies nicht sinnvoll, ist nicht überzeugend. Gerade wenn wenig oder zu wenig Geld zur Verfügung steht, ist es doch wichtig, dass die Verteilung der knappen Mittel breit abgestützt ist. Unseres Erachtens muss der Gemeinderat auch wissen, was eigentlich die Anliegen und Sorgen spezifisch der Kulturschaffenden in Köniz sind. Dafür braucht es eine Partizipation oder doch zumindest eine Konsultation. Partizipation ist unseres Erachtens auch ein Zeichen der Wertschätzung und darum ist es schade, dass diese nicht stattgefunden hat.
- Was uns an der Argumentation des Gemeinderats auch sehr gestört hat ist, dass die Kultur rein als Kostenfaktor dargestellt wird, welche die Gemeindefinanzen belastet. Angesichts der konstitutiven Bedeutung der Kultur einer Gemeinschaft, wie das aus dem Konzept und auch aus der UNESCO-Definition herauskommt, ist dieses Argument schlicht nicht nachvollziehbar. Weiter übersieht der Gemeinderat, dass die sogenannte Kreativwirtschaft sehr wohl ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist und dass man mit Kulturförderung auch Wirtschaftsförderung betreibt.

Jetzt zum Inhalt:

- Im Vorwort wird gesagt, dass dieses Konzept festhält, „in welchem Rahmen sich das Könizer Kulturschaffen entwickeln soll“. Aber gerade dieser Rahmen, nämlich die Einbettung in die rechtlichen Vorgaben des Bundes, des Kantons und der Gemeinde, die Verpflichtungen aus der Regionalkonferenz und der Zusammenhang zwischen Leistungsverträgen, das Zusammenspiel zwischen Konzept, Kanton und Gemeinde, das wird alles sehr unklar dargelegt und ist für Personen, welche mit dieser Materie nicht vertraut sind, sehr schwierig zu verstehen.
- Ich komme zum Kern dieses Papiers, nämlich Seite 7 „Schwerpunkte der Gemeinde Köniz“: Die Grüne-Fraktion unterstützt die gesetzten Schwerpunkte bei der Kulturförderung. Integration ist ein zentrales Thema für uns. Es entzündet sich aber daran zwei Fragen:
  1. Die Gemeinde Köniz hat auch ein Integrationskonzept und wir fragen uns, wie sich die beiden Konzepte zueinander verhalten?
  2. Unklar ist auch, was eigentlich mit „Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund“ genau gemeint ist. Wir hätten hier verstanden, dass gemeint ist, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln hier speziell berücksichtigt werden sollen. Aber es ist im Grunde nicht wirklich klar. Man könnte sich auch fragen, sind Arbeitslose, Ausgesteuerte oder schwierige Jugendliche gemeint? Wir bitten den Gemeinderat, hierzu noch etwas zu sagen.
- Dann begrüßen wir es sehr, dass das Kulturschaffen von Frauen bewusst ins Zentrum gestellt wird und auch Projekte für ältere Menschen. Unklar ist aber, warum es bei Projekten für ältere Menschen nicht analog den Projekten für Frauen heisst „Projekte für *und mit* älteren Menschen“. Ihr seht also, wir haben dies sehr genau gelesen und uns fallen solche sprachliche Nuancen auf. Gerade wenn das Konzept nur 7 Seiten umfasst.
- Zu Fragen Anlass gegeben hat auch, was das jetzt genau bedeutet, wenn diese Projekte besonders gefördert werden. Geht die Gemeinde auf die Kulturschaffenden zu oder wartet man einfach, bis ein entsprechender Antrag eintrifft? Was ergreift der Gemeinderat für Massnahmen in diesen Bereichen, falls die Ziele nicht erreicht werden können? Wir bitten auch hier den Gemeinderat um klärende Ausführungen dazu.
- Bei der Kulturvermittlung gehen wir bei der Ziffer 2 davon aus, dass die Heitere Fahne angesprochen ist. Unseres Erachtens geht es aber bei der Heiteren Fahne nicht alleine um Kulturvermittlung, sondern ganz grundsätzlich um Teilhabe. Das heisst sie macht Projekte für *und mit* Menschen mit Beeinträchtigungen und darum sollte es eben auch analog dieser Ziffer 2 oben so bezeichnet werden. Falls wir dies falsch verstanden haben, bitten wir den Gemeinderat dies zu berichtigen.
- Beim Kulturerbe, da sind wir auch überzeugt, dass es für eine kulturelle Entwicklung wichtig ist, sich an die Vergangenheit zu erinnern. Die wenigen Mittel, welche hier aber zur Verfügung stehen, die sollten unseres Erachtens spezifisch für Köniz eingesetzt werden. Es erhellt sich darum für die Grüne-Fraktion nicht, warum das Schulmuseum, welches sogar mit einem Leistungsvertrag gefördert wird, gerade bei der Gemeinde Köniz angesiedelt ist. Die historische Dokumentation der Schulentwicklung gehört unseres Erachtens auf Kantonsebene gefördert.
- Dann komme ich wieder zurück zur Einleitung: In der Einleitung heisst es „Kultur erhalten, fördern und regeln“.

Der letzte Punkt „regeln“ ist unseres Erachtens ein Widerspruch zur Aussage, dass sich die kommunale Kulturförderung den Veränderungen im Kulturschaffen selber anpassen muss, wie dies gerade im ersten Absatz heisst. Und sind wir ehrlich, wollen wir mit einem Kulturkonzept tatsächlich Kultur *regeln*? Jedenfalls bleibt auch beim Weiterlesen völlig unklar, was der Gemeinderat mit dem Begriff „Regelung“ meint.

- Dann will sich das Kulturkonzept - so in der Einleitung weiter – von den kulturellen Angeboten der Direktion für Bildung und Soziales abgrenzen. Gemeint sind die Musikschule, Bibliothek und Schulmuseum. Wir stellen ganz grundsätzlich in Frage, dass es sinnvoll ist, Kultur nach Direktionen abzugrenzen und befürworten eine ganzheitliche Betrachtung. Diese Abgrenzung widerspricht der Breitendefinition der UNESCO, wie dies auf Seite 5 steht, und die künstliche Abgrenzung lässt sich im Konzept selber auch nicht stringent durchziehen, was wir wieder auf Seite 7 sehen, wo eben das Schulmuseum, die Bibliothek und die Musikschule genannt werden.
- Weiter zum Kapitel „Neue Bedingungen, neues Konzept“: Hier wäre es hilfreich gewesen, wenn dargelegt worden wäre, welche Bedingungen sich hier geändert haben und was der Gemeinderat als *neu* betrachtet. So bleiben die Zielsetzungen im neuen Konzept nicht nachvollziehbar.
- Dann zum Punkt „Tradition und Neues fördern“: Unter Ziffer 3 wird auf die zentrale Bedeutung des Schlossareals hingewiesen - eine zentrale Bedeutung als Kultur- und Begegnungsort. Ein klares Bekenntnis zum Kulturhof Schloss Köniz fehlt hier aber. Man fragt sich, warum er hier nicht genannt wird? Und es zeigt sich an dieser Stelle wieder ganz klar, dass es inkonsistent ist, an dieser Stelle Institutionen nicht zu nennen, aber weiter hinten, dann eben doch.

Abschliessend noch eine Anregung: Wir haben auch eine Idee für das Graber-Areal. Zentral für Kulturschaffende ist, dass Räume zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Wir wollen dem Gemeinderat mitgeben zu prüfen, inwiefern im Graber-Areal Räume zur Verfügung gestellt werden könnten, falls der Kindergarten dort jetzt doch nicht hinkommt.

Die Grüne-Fraktion dankt der Fachstelle Kultur für ihren täglichen Einsatz für das Könizer Kulturschaffen und wir freuen uns wie jedes Jahr auf den Jahresbericht und bitten den Gemeinderat die eine oder andere Frage doch gerne zu präzisieren.

**Fraktionssprecherin Cathrine Liechti, SP:** Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für das neue Kulturkonzept. Dieses ist kurz, prägnant und dynamisch. Es muss nicht, wie das frühere, immer angepasst werden, wenn es Änderungen gibt. Dadurch wirkt es leider aber auch etwas oberflächlich oder besser gesagt, allgemeingültig. Es beinhaltet keine Verbindlichkeiten, wie zum Beispiel was zwingend gefördert werden muss oder sogar etwas von einem Budgetrahmen. Das fehlt einem Teil der SP-Fraktion.

Den Förderschwerpunkt im Konzept erachtet die SP als sehr wichtig und begrüsst diesen sehr.

Die SP-Fraktion bedauert es aber auch, dass es leider keinen partizipativen Prozess zur Erarbeitung gegeben hat. Eine fundierte Diskussion wäre wünschenswert gewesen, damit die Bevölkerung in die Kulturpolitik integriert ist und dass diese gelebt werden kann. Doch was hätte ein solcher partizipativer Prozess überhaupt gekostet? Und was wäre überhaupt der Mehrwert gewesen? Wie wir alle wissen, ist Kultur etwas sehr breites, sehr unterschiedliches und es gibt unzählige verschiedene Meinungen. Ob diese überhaupt auf einen gemeinsamen Nenner hätten gebracht werden können, ist unklar. Und ob nicht eher Hoffnungen wären erweckt worden, welche dann infolge unterschiedlicher Meinungen oder beschränkter Finanzen im Konzept nicht hätten erfüllt werden können? Schlussendlich ist die Gemeinde Köniz nicht Besteller der Kultur, sondern sie fördert diese. Die Bevölkerung soll also sagen, was sie gerne hätte und die Gemeinde soll entsprechend dem Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Genau dort ist der partizipative Prozess am richtigen Ort und auch sehr wichtig. Schlussendlich soll die Energie und das Geld in die Kultur selber investiert werden und nicht in aufwändige Konzepte.

**Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger:** Vielen Dank für die zwei Rückmeldungen. Ich hoffe, die anderen Fraktionen haben sich auch die Mühe gemacht und das Konzept angeschaut. Wenn ihr jetzt keine dezidierte Meinung äussert, wie dies aus der Grünen-Fraktion kam, dann gehe ich davon aus, dass ihr grossmehrheitlich das, was wir hier vorgelegt haben, als gut befunden habt.

Als wir im Jahr 2018 angetreten sind, kam die Fachstelle Kultur relativ schnell mit dem Auftrag zu mir, dass das Kulturkonzept mit einem partizipativen Prozess überarbeitet werden soll. Wir haben uns dann lange darüber unterhalten, wie viel Sinn es macht, so einen grossen Prozess zu starten. Wir sind dann zum Schluss gekommen, dass sich dies hier nicht lohnt. Und sich zwar aus dem Grund nicht lohnt, wenn wir schauen, was für Beträge wir für die einzelnen Projekte in Köniz effektiv brauchen. Ich spreche hier nicht von Leistungsverträgen oder von den grossen Beträgen an die Regionalkonferenz - ihr seht dies hinten in der Tabelle - wir sprechen hier von CHF 140'000 bis 150'000.

Wenn man einen partizipativen Prozess sauber machen will, dann spricht man sehr schnell von einigen CHF 10'000. Ich habe das nicht einfach so aus dem Ärmel geschüttelt, sondern wir haben die Aufwendungen in Bern nachgefragt, welche dies vor ein paar Jahren sehr sorgfältig gemacht hat. Dann haben wir dies auf die Gemeinde Köniz heruntergebrochen und sind zwischen CHF 30'000 und CHF 40'000 gelandet. Angesichts des Betrags, welchen wir jährlich zur Verfügung haben, sind wir zum Schluss gekommen, dass dies so nicht geht. Wir wollen nicht alle Leute anhören und beschäftigen - das sage ich jetzt mal so, weil so eine Mitarbeit gibt auch zu tun - und danach muss man zum Schluss sagen, dass es einem leid tut, denn eigentlich haben wir ja gar kein Geld, um dies alles zu finanzieren.

Wir haben aber trotzdem an einen oder anderen Ort nachgefragt. So zum Beispiel bei den Ortsvereinen und wir haben auch eine ganz kleine Umfrage in der Bevölkerung gemacht. Aber ich stehe dazu, wenn wir schlussendlich nur so viel zur Verfügung haben, lohnt es sich nicht, so viel zu investieren für ein Konzept.

Es wurde verschiedentlich gesagt, das Konzept sei wenig konkret und wenig griffig. Die Könizer Kultur funktioniert so, dass wir das aufnehmen, was aus der Bevölkerung kommt. Das sind Gesuche, welche gestellt werden, in welchen Leute mit einem Bezug zu Köniz eine Idee, ein Projekt haben und sie sich beruflich oder auch nur als Laie damit beschäftigen. Wir haben die Möglichkeit, das aufzunehmen, was von unten kommt. Wir sind nicht Besteller von kulturellen Leistungen, das liegt schlicht nicht drin. Wir haben versucht, mit dem Konzept gewisse Richtungen aufzuzeigen und ja, wenn ich der Sprecherin der Grünen zuhöre, kann man sprachlich durchaus diskutieren, ob die Förderschwerpunkte nicht noch etwas präziser hätten formuliert werden können. Ich glaube das, was wir hier abbilden, vermittelt doch immerhin die Richtung, in welche wir gehen wollen und das soll auch ein Ansatzpunkt für die Kulturschaffenden in der Gemeinde sein.

Zur Flughöhe: Das hat auch damit zu tun, dass wir nicht explizit unsere Ideen hier den Kulturschaffenden ausdrücken wollten. Wir befahlen nicht, man solle jetzt das oder das machen, hierfür muss die Kultur nach meinem Verständnis viel freier sein, als dass hier die öffentliche Hand etwas bestellen kann. Sondern wir sind diejenigen, welche meist private Initiativen unterstützen und da hat es in Köniz sehr viel Gutes. Wichtig ist auch, dass es nicht nur professionelle Kultur ist, welche Köniz unterstützt, sondern durchaus auch sogenannte Laienkultur. Und dies obwohl so etwas nicht üblich für ein Gemeindewesen ist und da hätte ich gerne, dass dies gewürdigt wird. Dies erachte ich als einen ganz wichtigen Teil für dieses Konzept.

Ich weiss, dass ich vielleicht nicht ganz alle Fragen im Detail beantworten konnte. Ich mache dies gerne noch im Gespräch 1:1. Aber ich freue mich auf das, was in den nächsten Jahren daraus entsteht und auf das, was regelmässig oder Jahr für Jahr aus der Könizer Kulturszene kommt und uns allen auf die eine oder andere Art Freude macht – manchmal auch ärgert.

Aber auch das soll Teil der Kultur sein, dass sie anregt, um uns mit Sachen auseinanderzusetzen, über welche wir sonst nicht unbedingt stolpern.

**Parlamentspräsident Mathias Rickli:** Der Vorstoss hat den Charakter einer Richtlinie. Ich stelle die stillschweigende Abschreibung fest (Art. 62, Abs. 2, GRP).

PAR 2019/117

### **V1919 Interpellation (Mitte Fraktion BDP, CVP, EVP, glp und Fraktion FDP) „Wie unterstützt die Gemeinde Köniz Vereine? Höhe Kulturbeiträge allgemein?“**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

#### **Vorstosstext**

#### **Ausgangslage**

Köniz unterstützt unzählige Vereine in höchst unterschiedlichen Ausmassen, Arten und Formen. Die Unterstützung der grundsätzlich sehr wertvollen Arbeit der verschiedensten Organisationen ist über die Jahre gewachsen. Viele Leistungen scheinen freiwillig und zufällig zu erfolgen - andere sind ansatzweise im Kultur-Konzept der Gemeinde Köniz aus dem Jahr 2008 geregelt.

Beispielsweise Kapitel 3 "Finanzielles" als Kulturausgaben ausgewiesene Gemeindebeiträge sowie regelmässige Ausgaben, jedoch nicht direkt als Kulturausgaben ausgewiesen. Oder auch im Kapitel 6 "Förderbeiträge an Kulturprojekte und Kulturveranstaltungen (auf Gesuch)".

Das Konzept ist zwischenzeitlich in die Jahre gekommen.

Die Kriterien wie ein Verein oder eine andere Körperschaft in den Kreis der Begünstigten gelangt und wie das Ausmass der Unterstützung festgelegt wird ist nicht immer nachvollziehbar und erweckt den Eindruck der Willkür.

Es erscheint zudem sinnvoll, dass die Gemeinde die einzelnen Vergabungen an soziale Institutionen, Vereine, etc. transparent und kohärent darlegt.

Der Gemeinderat wird angefragt folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Organisationen, Personen oder Personengruppen erhalten neben den Vereinen Unterstützung der Gemeinde Köniz?
2. Wie viele Vereine, Personen oder andere Körperschaften erhalten Unterstützung der Gemeinde Köniz?
3. Wie gross ist der Betrag welcher pro Jahr transferiert wird und in welchen Bandbreiten erfolgt dieser?
4. Gibt es auch andere, indirekte, nicht monetäre Leistungen (z.B. Mitgliedschaften, Dienstleistungen etc.) welche durch die Gemeinde Köniz ausgerichtet werden?
5. Wie hoch schätzt der Gemeinderat diese erbrachten Leistungen monetär ein?
6. Existieren bezüglich der Vergabe der diversen Leistungen Verträge, Reglemente, Checklisten, Raster etc.?
7. Wie werden die nicht mit einem Leistungsvertrag gewährten Unterstützungen auf ihre Wirksamkeit und Rechtmässigkeit überprüft? Gibt es Unvereinbarkeitsregeln?
8. Besteht ein überarbeitetes Konzept bei diesen (freiwilligen) Leistungen?
9. Wenn bei Frage 8 ein "JA" resultiert, wann wird das überarbeitete Konzept dem Parlament zur Kenntnis gebracht?

## **Eingereicht**

24.06.2019

## **Unterschrieben von 27 Parlamentsmitgliedern**

Matthias Müller, Bernhard Zaugg, Casimir von Arx, Sandra Röthlisberger, Roland Akeret, Katja Niederhauser, Vanda Descombes, Heidi Eberhard, Michael Lauper, Reto Zbinden, Erica Kobel, Dominic Amacher, Lydia Feller, Christian Roth, Adrian Burren, Andreas Lanz, Beat Biedermann, Toni Eder, Ronald Sonderegger, Mathias Robellaz, Beat Haari, Ruedi Lüthi, Astrid Nusch, Franziska Adam, David Müller, Kathrin Gilgen, Lucas Brönnimann

## **Antwort des Gemeinderates**

- 1. Welche Organisationen, Personen oder Personengruppen erhalten neben den Vereinen Unterstützung der Gemeinde Köniz?**

### **Direktion Bildung und Soziales**

Die Fachstelle Alter, Jugend und Integration unterstützt nebst Vereinen andere Jugendorganisationen durch jährliche Pro-Kopf-Beiträge für die jugendlichen Mitglieder und beteiligt sich an der Bereitstellung des Berner Ferienpasses/Fägers. Die Spielgruppen werden zusätzlich zu den Pro-Kopf-Beiträgen durch Infrastrukturbeiträge unterstützt. Für Kinder bis zum dritten Lebensjahr wird den Eltern der Pro Juventute Elternbrief gratis zugestellt. Auf Gesuch hin erhalten weitere Organisationen Beiträge für bestimmte Projekte.

Von der Fachstelle Anlagen und Sport werden folgende Anlässe auf Anfrage finanziell unterstützt:

- Gurten Classic, Bärner Loufcup, Wabernlouf, Steinhölzlilouf, Schnellster Chönizer
- Gezielte Unterstützung von Einzelveranstaltungen, spezielle Teilnahmen an Auslandturnieren
- Betrag für spezielle Leistungen (z.B. Meisterfeier)

- Spezialveranstaltungen (spezielle Meisterschaften, Veranstaltungen), Jubiläen
- Hallo Velo
- Nationalligavereine (aktuell für Floorball Köniz und Volley Köniz)

Vom Schulsport Köniz erhalten Vereine bei den jährlichen Sportehrungen einen Beitrag für ihre ausserordentlichen Leistungen (offizieller Schweizermeister-Titel).

Der Schulsport beteiligt sich zudem mit 50% an der Raummiete des Judokai Köniz in den VIDMARhallen, da in keiner Schul- und Sportanlage eine dafür notwendige Infrastruktur angeboten werden kann. Diese Unterstützung endet im Frühling 2020 (Massnahmen Aufgabenüberprüfung).

### **Direktion Präsidiales und Finanzen DPF**

Die Fachstelle Kultur richtet im Rahmen der Kulturförderung auf Gesuchsbasis jährlich Beiträge an rund 80 Personen und Organisationen aus und listet diese im Anhang zum Jahresbericht auf S. 17ff auf. Beiträge erhalten darüber hinaus die Heitere Fahne, der Verein gepard14, die Musikgesellschaften und das Jugendorchester Köniz.

### **Direktion Planung und Verkehr DPV**

Die Abteilung Verkehr und Unterhalt, AVU, unterstützte die Mitglieder der freiwilligen Elternpatrouillengruppe des Schuljahres 2018/19 im Spiegel mit 17 Mitgliedern wie folgt:

- 1x jährlich Dankeschönapero mit Besichtigung Werkhof Areal 101
- Übergabe eines Dankeschöngutscheines im Wert von CHF 100.00 von Bern City an alle Mitglieder

### **Direktion Umwelt und Betriebe (DUB)**

In ihren Aufgabenfeldern unterstützt die Abteilung Umwelt und Landschaft, AUL, verschiedene Institutionen. Dabei ist anzumerken, dass die Unterstützung meist mit einer klar definierten Gegenleistung verbunden ist.

Abfallbewirtschaftung und Deponie:

- Unterstützung der IG Kompost Köniz; finanziell, mit Material und mit Weiterbildung
  - Die IG Kompost betreibt mit ihren Mitgliedern die Quartierkompostplätze in der Gemeinde.
- Pfadi Köniz; finanzielle Unterstützung
  - Die Pfadi führt im Auftrag der Gemeinde eine Papiersammlung im Oktober durch.

Landschaft:

- Mitgliedschaft im Verein IZ Eichholz; finanziell, Mitarbeit im Vorstand; Schnittstelle zur Gemeinde
  - Pflege des Areals der alten Fischzucht

Der Verein ist in Abklärungen mit Naturschutzorganisationen für eine längerfristige Zusammenarbeit bzw. Trägerschaft ab 2020. Für die Jahre 2018/2019 wurde der Verein von der Gemeinde mit einem ausserordentlichen Betriebsbeitrag unterstützt.

Folgende „Beiträge“ an Organisationen und Institutionen sind in der obenstehenden Auflistung nicht aufgeführt:

- Institutionen und Vereine, mit denen die Gemeinde einen Leistungsvertrag abgeschlossen hat.
- Aufträge zur Erbringung einer präzise - in der Regel in einem Pflichtenheft - umschriebenen Leistung: z.B. Bauaufträge, Werkverträge, Beratungsmandate;
- Aufgabenerbringung durch einen Gemeindeverband: z.B. RKZ-BBM, ARA Sensetal;
- Institutionen, bei denen die Gemeinde Eigentümerin oder massgeblich Beteiligte ist, z.B. Spo-HaWe AG, Farb AG;
- Aufgaben, die von Gesetzes wegen durch eine Drittinstitution erbracht werden und die durch eine gesetzliche Regelung detailliert umschrieben werden;

## **2. Wie viele Vereine, Personen oder andere Körperschaften erhalten Unterstützung der Gemeinde Köniz?**

Die Gesamtzahl an unterstützten Personen oder Personengruppen kann von Jahr zu Jahr stark variieren. Zudem erhalten bestimmte Organisationen teilweise Beiträge von verschiedenen Stellen für verschiedene Projekte oder Aufgaben.

So erhalten beispielsweise Musikvereine einerseits Jahresbeiträge der Fachstelle Kultur oder die Pfadi eine Entschädigung für die jährliche Papiersammlung wie auch Pro-Kopf-Beiträge für jugendliche Mitglieder.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass jährlich ca. 120 bis 150 Vereine, Organisationen oder Personengruppen mit finanziellen Beiträgen unterstützt werden.

Die Anzahl einzelner Personen, die von diesen Leistungen profitieren, kann nicht eruiert werden. Genaue Zahlen existieren diesbezüglich im Bereich der Pro-Kopf-Beiträge, da diese pro Kopf, also pro jugendliches Mitglied erstattet werden. Im Jahr 2019 wurden 3'180 Kinder und Jugendliche in insgesamt 50 Vereinen/Organisationen mit Pro-Kopf-Beiträgen unterstützt.

### **3. Wie gross ist der Betrag welcher pro Jahr transferiert wird und in welchen Bandbreiten erfolgt dieser?**

Insgesamt werden im Umfang von rund CHF 580'000.00 Unterstützungen an die verschiedenen Vereine, Organisationen und Personen geleistet.

Im Einzelnen teilt sich dieser Betrag wie folgt auf:

Fachstelle Alter, Jugend und Integration:

Pro-Kopf-Beiträge	CHF 159'000.00
Könizer Jugendgruppenorganisation KJGO	CHF 7'200.00
Infrastrukturbeiträge	CHF 32'510.00
Berner Ferienpass/Fäger	CHF 28'000.00
Jugendparlament	CHF 24'000.00
Pro Juventute Elternbriefe	CHF 12'000.00

Fachstelle Anlagen und Sport:

Bei folgenden Veranstaltungen wird zurzeit ein Betrag von insgesamt CHF 45'000 transferiert mit einer Bandbreite von CHF 3'000 bis CHF 10'000:

– Gurten Classic, Bärner Loufcup, Wabernlauf, Steinhölzlilouf, Schnellster Chönizer	CHF 10'000.00
– Gezielte Unterstützung von Einzelveranstaltungen, spezielle Teilnahmen an Auslandturnieren	CHF 3'000.00
– Betrag für spezielle Leistungen (z.B. Meisterfeier)	CHF 6'000.00
– Spezialveranstaltungen (spezielle Meisterschaften, Veranstaltungen), Jubiläen	CHF 4'000.00
– Unterstützung Hallo Velo	CHF 10'000.00
– Unterstützung Nationalligavereine (aktuell Floorball Köniz und Volley Köniz); CHF 20 pro Aktivmitglied	CHF 12'000.00

Weitere Beiträge sind:

– Betriebsbeitrag an den Verein Kunsteisbahn Schwarzwasser	CHF 40'000.00
– Anschaffungen für Vereine und Institutionen: Möbel und Infrastruktur, die weder zu Unterhalt gehören noch von den Schulen finanziert werden (z.B. prov. Kunstrasen Liebefeld, Möblierungen für Aula, zusätzliche Fussballtore, mietbare Stellwände etc.)	CHF 35'000.00

Schulsport:

- Bei den Sportehrungen erhalten Vereine nach ausserordentlichen Erfolgen je nach Teamgrösse und Leistungsaspekten angepasste Beträge zwischen CHF 250.00 und CHF 1'000.00. Insgesamt werden je nach Anzahl Berechtigter Beiträge in der Höhe von CHF 300.00 bis CHF 2'000.00 geleistet.
- Der jährliche Unterstützungsbeitrag an die Raummiete des Judokai Köniz beläuft sich auf CHF 16'360.00. Wie erwähnt, endet diese Unterstützung im Frühling 2020 (Massnahmen Aufgabenüberprüfung).

#### Fachstelle Kultur:

Das Budget für die Kulturförderung auf Gesuchsbasis beträgt 2019 CHF 90'000.00, Beiträge wurden bisher in der Höhe zwischen CHF 500.00 (Spiegelbühne) und CHF 25'000.00 (Regiotheater Heute Hier) gesprochen. Die Heitere Fahne erhielt zudem CHF 35'000.00, der Verein gepard14 CHF 10'000.00, die Musikgesellschaften und das Jugendorchester Köniz insgesamt CHF 34'000.00.

#### Abfallbewirtschaftung und Deponie:

- Unterstützung der IG Kompost Köniz im Umfang von rund CHF 18'000.00
- Pfadi Köniz Entschädigung für Papiersammlung 2018 CHF 16'246.70.

#### Landschaft:

- Verein IZ Eichholz
  - Betriebsbeitrag; Übergangsfinanzierung 2018 und 2019 Total CHF 40'000.00.
  - Gesamte Entschädigung für die Pflege und den Unterhalt des Reservats von CHF 3'000.00 pro Jahr

#### **4. Gibt es auch andere, indirekte, nicht monetäre Leistungen (z.B. Mitgliedschaften, Dienstleistungen etc.) welche durch die Gemeinde Köniz ausgerichtet werden?**

Nein. Bei Grossanlässen werden die Dienstleistungen der Gemeinde in Rechnung gestellt (intern oder extern). Ausnahmen müssten speziell durch den Gemeinderat bewilligt werden. Allfällige administrative Leistungen werden nicht explizit erfasst.

#### **5. Wie hoch schätzt der Gemeinderat diese erbrachten Leistungen monetär ein?**

Siehe Beantwortung Frage 4

#### **6. Existieren bezüglich der Vergabe der diversen Leistungen Verträge, Reglemente, Checklisten, Raster etc.?**

##### Stabsabteilung:

Für Leistungsverträge mit Institutionen, bei welchen die Gemeinde für eigene Aufgaben (Gemeindeaufgaben) die Erbringung von Leistungen von einer Leistungserbringerin einkauft, hat der Gemeinderat eine Weisung mit Vorgaben für die Aufsicht durch die Gemeinde Köniz erlassen. Zudem enthält diese Weisung einen Mustervertrag und eine Checkliste für die (im Minimum) jährlichen Aufsichtsgespräche.

Für nicht unter diese Weisung fallende Verträge mit ähnlichem Inhalt oder Leistungsverträge mit einem Beitrag von jährlich unter CHF 20'000.00 dient die Weisung als Orientierungshilfe.

Darüber hinaus existieren folgende allgemein gültige Weisungen:

- Weisung HW 4: Jubiläumsgeschenke und andere Beiträge an Vereine, Apérospenden
- Weisung RW 4: Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Arbeit
- Richtlinie HW 7: Richtlinien für die Behandlung von Infrastrukturbeiträgen an Sportvereine

##### Fachstelle Kultur:

Gesuche um Kulturförderbeiträge müssen neben einem Projektbeschrieb und Budget einen detaillierten Finanzierungsplan enthalten. Beiträge werden nach inhaltlichen Kriterien, dem Gesamtbudget und den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln gesprochen. Auch die Beiträge an die Heitere Fahne und den Verein gepard14 unterliegen diesen Bedingungen. Die Beiträge an die Musikgesellschaften und das Jugendorchester Köniz werden nach Einreichen der Jahresrechnung und des Jahresberichts ausbezahlt.

##### Schulsport:

Konzept Ehrung von Verdiensten im Sportbereich

##### Fachstelle Alter, Jugend und Integration:

Grundsätze über die Ausrichtung von Pauschalbeiträgen (Pro-Kopf-Beiträge) für Kinder und Jugendliche.

## **7. Wie werden die nicht mit einem Leistungsvertrag gewährten Unterstützungen auf ihre Wirksamkeit und Rechtmässigkeit überprüft? Gibt es Unvereinbarkeitsregeln?**

Für nicht mit einem Leistungsvertrag gewährte Unterstützungen gilt der unter Antwort 6 erwähnte Muster-Leistungsvertrag der Gemeinde als Orientierungshilfe. Im Mustervertrag sind u.a. Bestimmungen zu Wirkungsmessung, rechtmässige Verwendung der Mittel, Compliance, Berichtswesen und Aufsicht durch die Gemeinde aufgeführt. Im Rahmen der Compliance-Regeln wird auf die Ausstandsregeln der Gemeindegesetzgebung (Art. 47 Gemeindegesetz) sowie auf die Regelung zum Umgang mit Geschenken und Vorteilen (Art. 36 Personalreglement) verwiesen. Die Bestimmungen werden, sofern angemessen, im Einzelfall aufgenommen. Eine spezifische „Unvereinbarkeitsregel“ für nicht mit einem Leistungsvertrag gewährte Unterstützungen gibt es nicht.

In Bezug auf die Pro-Kopf-Beiträge an Vereine und Organisationen im Bereich Kind/Jugend verweist der Gemeinderat auf die Beantwortung der Interpellation V1920 (SP) „Beiträge für Kinder- und Jugendvereine.“

## **8. Besteht ein überarbeitetes Konzept bei diesen (freiwilligen) Leistungen?**

Bei der Fachstelle Kultur ist das „Kulturkonzept Köniz 2020“ zurzeit in Erarbeitung. Dieses wird in absehbarer Zeit dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt werden. Ein Gesamtkonzept über alle von den verschiedenen Gemeindestellen geleisteten Beiträge existiert zurzeit nicht.

## **9. Wenn bei Frage 8 ein "JA" resultiert, wann wird das überarbeitete Konzept dem Parlament zur Kenntnis gebracht?**

Siehe Frage 8.

Köniz, 23. Oktober 2019

Der Gemeinderat

## **Beschluss**

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.  
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

## **Diskussion**

**Erstunterzeichner Matthias Müller, EVP:** Die Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp und auch die Fraktion FDP. Die Liberalen, danken dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation.

Die lang ersehnte Liste der freiwilligen Aufgaben, welche über mehrere Legislaturen vom Parlament gewünscht wurde, liegt allerdings immer noch nicht vor. Immerhin wird jetzt ein Teil der freiwilligen Ausgaben quantifiziert bezüglich der Unterstützung von Vereinen, Personen und Personengruppen. Die Decke wurde etwas abgedeckt, der Schleier etwas gelüftet und wir sehen ein ganz komplexes und kompliziertes filigranes Gewusel, wie Köniz in einer hohen Variabilität mit verschiedenen Ausprägungen Geld an verschiedene Anspruchsgruppen verteilt. Es ist deutlich erkennbar, dass der Zusammensetzung der Vergaben vermutlich zum ersten Mal gemacht worden ist. Und dato heute qualifizieren wir dieses Vergabewesen als Durcheinander im Fadenkorb.

Ich weiss nicht, wie es euch ergangen ist, ich persönlich habe, wie ich bereits das letzte Mal an der Sitzung gesagt habe, beim ersten Mal lesen keine Durchsicht erhalten. Auch bei den weiteren Besprechungen mit der Co-Autorin Heidi Eberhard und auch der Fraktion haben sich die Gesetzmässigkeiten der Vergaben nicht intuitiv erschlossen. Mit Hilfe einiger Highlighter, diese farbigen Stifte, wurde eine gewisse Systematik erkennbar. Doch es ist und bleibt das Bild vom Durcheinander im Fadenkorb.

Ich möchte folgende Erkenntnis mit euch teilen:

1. Einig sind wir mit dem Gemeinderat am Schluss bei Antwort 8. Es existiert zurzeit kein Gesamtkonzept über alle von den verschiedenen Gemeindestellen geleisteten Beiträge.

Wir können in Antwort Punkt 1 auch lesen, dass vier von fünf Direktionen Gelder verteilen. Immerhin eine Direktion verteilt keine Gelder.

2. In Antwort 2 wird davon ausgegangen, dass zirka 120 bis 150 Vereine mit finanziellen Beiträgen unterstützt werden und zudem einige sogar von verschiedenen Stellen gleichzeitig.
3. In der Antwort 3 ist kein System erkennbar. Es handelt sich bei diesem Punkt um eine Auflistung, welche nur bedingt eine Logik erkennen lässt. Es ist darum auch nicht erstaunlich, dass die verteilten Gelder, notabene die Summe ohne Leistungsvertragszahlungen, mit rund CHF 580'000 beziffert werden. Die Probe auf das Exempel habe ich gemacht und siehe da, eine simple Addition der Summen unter Antwort 3 ergibt mit gewissen erforderlichen Annahmen und Leuchttift nicht dieselbe Summe. Das ist etwas erstaunlich und wir wünschen und hier noch mehr Klarheit.
4. In der Antwort 6 wird die Weisung Leistungsverträge erwähnt. Diese Weisung gilt für Beträge grösser als CHF 20'000. Darunter gilt die Weisung als Orientierungshilfe. Wir sehen aber Beitragsempfänger ohne Leistungsvertrag mit grösseren Summen als CHF 20'000 pro Jahr und es ist nicht klar, ob es Regeln gibt, wie diese Summen ausgerichtet werden. Es wäre zudem hilfreich gewesen, die mit einem Leistungsvertrag ausgestatteten Institutionen, also jene, welche in der Hackordnung ganz oben stehen, auch aufzulisten. Ein Vergleich zwischen diesen und den anderen Institutionen wäre aus meiner Sicht wichtig.
5. Bei der Formulierung der Interpellation hatten Heidi Eberhard und ich etwas Angst, dass bei der Vergabe Willkür herrscht. Wir haben in den Antworten keinen scharfen Hinweis oder ein Eingeständnis hierfür gefunden. Bei der Antwort 7 erscheint uns aber das Vergabewesen trotzdem wenn nicht willkürlich, so doch zufällig und sicher über Jahrzehnte gewachsen und darum eher chaotisch. Wenn ich mich als ehrenamtlich tätiger Vereinsverantwortlicher frage, ob und in welcher Form ich von der Gemeinde Unterstützung erhalten könnte, so kann ich nicht sicher sagen, was sehr wahrscheinlich möglich wäre und wo ich fragen sollte. Wünschenswert wären klare Kriterien und einen kohärenten Prozess für alle.

Beantwortet wurde die Interpellation durch die Direktion Bildung und Soziales. Es könnte auch sinnvoll sein, wenn das Verteilen von Geldern im Bereich Finanzen und Präsidiales passieren würde. Auf jeden Fall scheint es keinen klaren Lead oder Koordination bei der Verteilung zu geben.

Ich stelle fest und fasse zusammen: Es besteht kein Gesamtkonzept. Es gibt kein einheitliches System. Es existiert keine innere Logik und Konsequenz. Und es hat keine Kategorisierung und wenig Vergleichbarkeit. Niemand hat erkennbar den Lead.

Diese Art von Verteilung von Geldern und auch das Ausmass kommt gerade vor dem Hintergrund der verlorenen Volksabstimmung eine neue Bedeutung. Ohne Konzept und Rechtssicherheit stehen Vergabungen und andere freiwillige Leistungen in Gefahr weggekürzt zu werden. Alles in allem hätten wir uns klarere Antworten gewünscht und weil die Beantwortungsfrist ja noch extra verlängert worden ist, ist dies unschön. Ich frage mich, wie die Antwort vor drei Monaten ausgesehen hätte? In dieser Form befriedigt die Antwort des Gemeinderats nicht.

Zum Schluss noch einige Widersprüche, nicht beantwortete Fragen oder wünschenswerte Punkte:

1. Unter Punkt 4 wird die Frage nach anderen indirekten Leistungen negativ beantwortet. Es werden keine gewährt, auch keine Mitgliedschaften, wie es im Titel gefragt ist. Mindestens bezüglich der Mitgliedschaft beim IZ Eichholz widersprechen sich die Antworten 1 und 4. Es bleibt offen, ob es noch weitere Mitgliedschaften gibt und ich bin ehrlich gesagt darum auch skeptisch, ob das klare Nein und damit auch die Antwort 5 korrekt sind.
2. Warum wurde die Weisung Leistungsvertrag, aber auch der Leistungsvertrag Mustervertrag, die Checkliste und auch die drei weiteren Weisungen HW 4, RW 4, HW 7 der Antwort nicht beigelegt oder angehängt? Ich habe dies vermisst und vielleicht kann man dies dem Parlament noch nachreichen.
3. Beinahe der wichtigste Punkt für mich: Eine einfache Excel Liste anstelle der ausführlichen Prosa unter Punkt 1 wäre hilfreich gewesen. Man könnte eleganterweise darin dann auch auf die Rechtsgrundlagen verweisen.

Als Interpellant bin ich und mit mir die Mitte-Fraktion BDP, CVP, EVP, glp und die FDP mit der Antwort des Gemeinderats nur teilweise zufrieden. Wir wünschen uns, dass sich der Gemeinderat wenn möglich noch heute mündlich äussert und seine schriftliche Antwort kurz validiert und uns mitteilt, wie diese ungünstige Sachlage verbessert werden kann. Und als Schlusssatz in der adventlichen Zeit sicherlich statthaft: Wir wünschen uns in aller Kürze und Klarheit zeitnah ein pragmatisches Gesamtkonzept und die einfache Zusammenstellung wie Köniz Geld verteilt, damit in unserem Fadenkorb kein Durcheinander mehr herrscht. Wir erwägen, diesen Wunsch auch in Form eines Vorstosses Wirklichkeit werden zu lassen.

**Claudia Cepeda, SP:** Wir von der SP begrüßen es grundsätzlich sehr, wenn zum Thema Beiträge an Vereine und Kultur generell mehr Transparenz geschaffen wird. Danke auch dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. An dieser Stelle ein kurzer Einschub zum Ausdruck „Freiwilligkeit“ im Zusammenhang mit diesen Beiträgen. Im Leitbild der Gemeinde Köniz steht unter anderem folgendes:

„Köniz ist mittendrin zwischen urbaner Vielfalt und ländlichem Ursprung  
– mit lebendiger Kultur, die Tradition und Neuem Raum bietet.

Köniz nutzt die Chancen, die Veränderungen eröffnen  
– mit der Unterstützung privater innovativer Ideen und Projekte,  
– mit der Verstärkung von Netzwerken junger und älterer Menschen

Köniz nutzt die immensen Ressourcen, die in seiner Bevölkerung vorhanden sind  
– mit der Förderung des Vereinswesens durch gute Infrastrukturen und Vernetzungen“

Dieses Leitbild enthält nicht nur schöne Worte, welche man vergessen kann, wenn es gerade nicht so einfach ist. Das Leitbild ist ein Auftrag, in Köniz das Vereinswesen zu unterstützen und Kultur zu fördern. Und eben nicht freiwillig, im Gegenteil.

Deswegen ist es uns ein grosses Anliegen, dass die Antwort des Gemeinderats nun nicht dazu verleitet, gerade im Rahmen der aktuellen Budgetdebatte einzelne Beiträge herauszubrechen und zu hinterfragen. Dies wäre absolut nicht zielführend. Wir begrüßen es aber, dass man den Mechanismus der Vergabe hinterfragt, damit das Geld die richtigen Stellen erreicht. Offenbar werden die meisten Beiträge auf Gesuch oder auf Anfrage ausgerichtet. In gewissen Bereichen liegen hier auch klare Kriterien vor, wie offenbar im Bereich Fachstelle Kultur. In anderen Bereichen eher nicht. Ein Durcheinander im Fadenkorb.

Ein Gesamtkonzept wäre für die Vergabe der Beiträge mit klaren Kriterien von daher sehr wünschenswert, denn wir wollen Organisationen, Personen und Personengruppen unterstützen, welche durch ihre Beiträge unsere vielseitige Gemeinde für alle sozialen Schichten aufwerten und lebenswert machen. Wir wollen die Richtigen unterstützen.

**Reto Zbinden, SVP:** Auch wir danken dem Gemeinderat für die Antworten. Zusammen mit der Interpellationsantwort zu den Pro Kopf-Beiträgen aus der letzten Sitzung konnten wir uns selber eine gute Auslegeordnung zusammenstellen, wohin das überall Geld verteilt wird.

Dies ist auch richtig, denn die Wertschätzung für die Vereine ist auch sehr wichtig. Und wir haben gesehen, dass dies auch nicht immer finanziell sein muss: So eine Idee, wie mit den Gutscheinen, welche erwähnt ist, finde ich sehr interessant, allerdings sollten es dann auch Gutscheine von Könizer Unternehmungen sein.

Die Antwort lässt aber vermuten, dass es in jeder Direktion etwas anders gehandhabt wird. Bei gewissen Antworten liegt beinahe schon ein Graben und nicht nur eine Bürotür zwischen den Direktionen. Eine bessere Koordination zwischen den Direktionen und Abteilungen wäre sicherlich wünschenswert, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Eine vermehrt direktionsübergreifende Zusammenarbeit in solchen Angelegenheit würden wir uns wünschen, vielleicht auch ein prozessorientiertes Arbeiten.

Im Gegensatz zu den Pro Kopf-Beiträgen, wo wir bei der Unterstützung dieser Freikirche doch ein grosses Fragezeichen setzten, ist mir heute nichts aufgefallen, was gar nicht geht. Auch das soll erwähnt sein. Es stellt sich aber auch weniger die Frage nach der Höhe der Beiträge als vielmehr, was wir denn dafür bekommen? Welchen Nutzen wir und die Könizer Bevölkerung davon haben? Diese Frage wird leider etwas zu wenig beantwortet. Ob jetzt ein kaum genutzter Jugendtreff wirklich einen höheren Nutzen bringt, als ein beliebtes Angebot wie MidnightSports, bezweifle ich.

Ich hoffe auch, dass bei den Vereinen nicht noch mehr der Rotstift angesetzt wird angesichts der schwierigeren Situation, welche uns bevorsteht, insbesondere auch nicht bei den Beiträgen in der oberen Gemeinde. Wir konnten in der Antwort sehen, dass nur ein sehr, sehr kleiner Anteil der Beiträge in die obere Gemeinde geht.

Fazit: Die Unterstützungsbeiträge an Vereine, Organisationen und Infrastruktur, sind in einem überschaubaren Rahmen. Die Vergabekriterien sollten fairer und einheitlicher gestaltet werden und auf dem Buckel der Vereine und insbesondere des Sports zu sparen, ist nicht zielführend. Wo wir Sparmöglichkeiten sehen, haben wir im vorherigen Traktandum mitgeteilt.

**Heidi Eberhard, FDP:** Wir können die Voten, welche Matthias Müller gesagt hat, voll unterstützen.

Wir sind teilweise befriedigt, das hat er bereits gesagt. Auch wir hätten uns, wenn nicht gerade ein Gesamtkonzept, so doch zumindest einen Leitfaden oder einfach Rahmenbedingungen gewünscht. So dass beispielsweise die Frage eines Vereins, Clubs oder Organisation, ob die Möglichkeit einer Unterstützung besteht, bereits mit dem Lesen eines solchen Leitfadens geklärt gewesen wäre.

Die Antwort des Gemeinderats ist ein Gewirr und enthält sehr viele Empfänger. Wenn man den Faden erwischen könnte um das Ganze zu entwirren, wäre dies auch schon sehr gut.

Unsere Erkenntnis ist ebenfalls so gefallen: Wir haben fünf Direktionen, bei vier von fünf können auch die Abteilungen oder Fachstellen Gelder sprechen. Wir konnten keine Systematik oder Methodik erkennen. Wir haben weiter zum Beispiel auch nicht erfahren, auf welcher Basis zum Beispiel Darlehen für Vereine oder Clubs gesprochen werden. Ist dort eine Rückzahlung fällig? Welche Kriterien werden hierbei berücksichtigt? Wir können uns vorstellen, dass in einem Leitfaden, es braucht nicht ein Gesamtkonzept zu sein, auch diese Besonderheiten enthalten wären.

**Gemeinderat Hans-Peter Kohler:** Der Gemeinderat hat hier ein bisschen das Zwei am Rücken, wenn ich hier offen sein darf. Alles andere wäre schön geredet. Was ich damit sagen möchte ist, dass wir aus diesem Vorstoss heraus natürlich auch einiges gelernt haben.

Ja, wir haben kein Gesamtkonzept. Ja, wir haben auch keine richtige Systematik in diesem Ganzen. „Der Schleier habe sich noch nicht ganz gehoben“ – „ein Durcheinander im Fadenkorb“ – „ein Gewusel“, dieses Wort kannte ich als berndeutsches Wort noch nicht, aber ich habe jetzt wieder eines gelernt.

Es ist so: Das DBS hat diesen Vorstoss erhalten und ich habe bei allen Direktionen nachfragen lassen. So ist diese Antwort zustande gekommen. Dies zum Mechanismus. Jede Direktion konnte sich hierzu äussern. Es ist effektiv so, dass das Ganze über viele Jahre hinweg gewachsen ist. Das Ganze ist auch zu einer durchaus wichtigen Auslegeordnung für den Gemeinderat geworden, wodurch wir sehen, dass hier Handlungsbedarf besteht, da gebe ich euch Recht. Ich bin trotzdem zufrieden, dass ihr wenigstens teilweise zufriedengestellt seid. Wir haben uns wirklich Mühe gegeben, das Ganze zusammen zu stellen. Doch schön reden können wir hier nichts.

Auf der anderen Seite muss man es auch positiv sehen: Wir versuchen dort, wo wir das Gefühl haben, dass eine Unterstützung Sinn macht, das Möglichste zu machen. Dies wurde auch nicht in Abrede gestellt. Allerdings sollte es besser koordiniert sein und wir sollten einen entsprechenden Leitfaden und ein Gesamtkonzept haben. Ich habe etwas von einem Vorstoss hierzu gehört, welcher kommt. Wie gesagt: Wir haben jetzt schon mal eine Auslegeordnung und wir haben den Handlungsbedarf entdeckt.

Ich gehe nun bewusst nicht auf weitere Fragen ein, denn die Interpellation ist ja beantwortet und man sollte nicht weitere Fragen stellen. Doch das was ich jetzt gesagt habe, sagt aus, dass ihr Recht habt und dass der Vorstoss wichtig war. Wir als Gemeinderat werden hier nun hinschauen müssen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

PAR 2019/118

## **V1925 Interpellation (Grüne) „Fließgewässer-, Quell-, Grund- und Trinkwasserqualität in der Gemeinde Köniz“**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

### **Vorstosstext**

Grundwasser ist der wichtigste Trinkwasserlieferant in der Schweiz und gemäss Bericht «Zustand und Entwicklung Grundwasser Schweiz» (publiziert am 15.8.2019), ist die Grundwasser Qualität gefährdet durch Nitrat sowie Rückstände künstlicher langlebiger Substanzen, wie von Pflanzenschutzmitteln, halogenierten Kohlenwasserstoffen oder Abwasserinhaltsstoffen. Kleinere Fließgewässer sind auch stark beeinträchtigt und weisen eine ungenügende Wasserqualität auf in Bezug auf Schadstoffen aus Landwirtschaft, Industrie, Haushalt und Verkehr (siehe AWA Fakten Zustand der Gewässer – 2015 und 2016). Im Weiteren werden natürliche Quelllebensräume welche wertvolle Übergangsbereiche zwischen Grundwasser und Oberflächengewässer darstellen, vermehrt zerstört.

Die Gemeinden sind vermehrt gefordert Vorsorgliche- sowie Vollzugsmassnahmen zu ergreifen, denn liegt eine Verunreinigung vor, dauert es lange, bis die Wasser Qualität verbessert werden kann.

Angesichts dieser Problematik wird der Gemeinderat gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Werden chemische (inklusive Pflanzenschutzmittel, Biozide und andere chemische Wirkstoffe) und biologische Messungen von Grundwasser, Fliessgewässern, Trinkwasser, Quell-Lebensräume in der Gemeinde Köniz durchgeführt? Wenn ja, wie entwickelte sich die Wasserqualität in den vergangenen zehn Jahren, und wie beurteilt der Gemeinderat diese Entwicklung? Wenn nein, was ist die Begründung? Werden die Messungen öffentlich publiziert?
2. Welche (vorsorgliche) Massnahmen sind geplant, um die Wasserqualität von Trink- und Grundwasser, Fliessgewässern und Quell-Lebensräume zu verbessern?
3. Haben die Revitalisierungsmassnahmen der Bäche wie z.B. Scherlibach, Gravenriedbach etc. Wirkung gezeigt? Welche Indikatoren wurden erfasst?
4. Im Geoportal des Kantons Bern sind in der Gemeinde Köniz ca. 95 Quellen erhoben. Nur noch ein Drittel dieser Quellen hat den Status «natürlich» erhalten, der Rest hat den Status «beeinträchtigt», «zerstört» oder «zerstört gefasst». Werden Quellen in der Gemeinde Köniz als Teil der Inventarisierung der Quell-Lebensräume des Kantons Bern oder durch andere Massnahmen revitalisiert? Wenn nein, wieso nicht?
5. Hat sich der Gemeinderat mit den Auswirkungen der Wasserqualität der Fliessgewässer und Grundwasser auf die Trinkwasserversorgung auseinandergesetzt (zum Beispiel höhere Kosten durch mehr/andere Wasseraufbereitung, welche nötig wird?)
6. Unternimmt der Gemeinderat Vollzugsmassnahmen, um den Gewässerschutz zu gewährleisten? Wenn ja, welche?

## Eingereicht

19. August 2019

## Unterschrieben von 19 Parlamentsmitgliedern

Dominique Bühler, Christina Aebischer, David Müller, Simon Stocker, Iris Widmer, Ruedi Lüthi, Christian Roth, Tanja Bauer, Lydia Feller, Markus Willi, Vanda Descombes, Franziska Adam, Astrid Nusch, Ronald Sonderegger, Andreas Lanz, Beat Biedermann, Heidi Eberhard, Cathrine Liechti, Mathias Rickli

## Antwort des Gemeinderates

1. **Werden chemische (inklusive Pflanzenschutzmittel, Biozide und andere chemische Wirkstoffe) und biologische Messungen von Grundwasser, Fliessgewässern, Trinkwasser, Quell-Lebensräume in der Gemeinde Köniz durchgeführt? Wenn ja, wie entwickelte sich die Wasserqualität in den vergangenen zehn Jahren, und wie beurteilt der Gemeinderat diese Entwicklung? Wenn nein, was ist die Begründung? Werden die Messungen öffentlich publiziert?**

### Fliessgewässer

Die Gemeinde ist gemäss kantonalem Wasserbaugesetz und Wasserbauverordnung zuständig für den Gewässerunterhalt, den Wasserbau und die Revitalisierungen. Die Überprüfung und Messungen der Fliessgewässer sind Sache des Kantonalen Amtes für Wasser und Abfall (AWA). Das AWA, Gewässer- und Bodenschutzlabor (GBL) untersucht gestützt auf die kantonale Gewässerschutzverordnung das Grundwasser, (Grundlage für die Trinkwasserversorgung), das Abwasser (Abwasserqualität), den Boden (Schadstoffe und Belastungen nach VBBo), die Oberflächengewässer (physikalischen, chemischen, biologischen sowie ökomorphologischen Zustand).

Das GBL hat zwei Messstellen (Schwarzwasser und Scherlibach) in der Gemeinde eingerichtet, welche die biologische und chemische Zusammensetzung messen. Von den beiden Messstellen stehen die folgenden Resultate zur Verfügung:

Schwarzwasser: [„Biologische Untersuchungen von Kalter Sense, Sense, Schwarzwasser, Saane und Lyssbach“](#) aus dem Jahr 2010. Die biologische Gewässergüte der Sense auf Höhe Sensematt war demnach gut bis sehr gut und hat sich gegenüber 1992 verbessert.

Scherlibach: Keine biologischen Daten vorhanden, diese werden 2019/20 erhoben. Chemischen Messdaten finden sich in Beilage 1. In der Messperiode 2009 – 2010 waren die Werte mit Ausnahme bei den Orthophosphaten (unbefriedigend) und beim Gesamtphosphat (schlecht) unterhalb der Grenzwerte. In der Messung von Anfang September 2019 sind alle gemessenen Werte unterhalb der Grenzwerte.

#### Quell-Lebensräume

Die Quellen bilden die Grenze zwischen Grundwasser und Oberflächengewässer. Da die Einzigartigkeit und ihre grosse Gefährdung kaum bekannt sind, hat das GBL im 2014 die Inventarisierung des "Lebensraums Quellen" gestartet. Alle Detailinformationen zu den kartierten Quellen auf Könizer Boden sind in der, durch das GBL betreuten kantonalen Quelledatenbank aufgeführt. ([Geoportal Kanton Bern → Kartenangebot → Gewässerqualität](#))

#### Trinkwasser

Das Trinkwasser der Könizer Wasserversorgung wird regelmässig im Rahmen der Selbstkontrollpflicht auf seine Qualität kontrolliert. Diese Kontrollen beschränken sich in der Regel auf die mikrobiologischen, chemischen und weiteren Anforderungen gemäss Verordnung über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV) des Bundes. Diese Parameter bestätigen über einen langen Zeitraum die konstant gute Qualität des Könizer Trinkwassers. Eine systematische Überwachung auf organische Spurenstoffe fehlte bis anhin. Organische Spurenstoffe, oft auch als Mikroverunreinigungen bezeichnet, kommen im Bereich von Nanogramm bis Mikrogramm pro Liter in den Gewässern und im Grundwasser vor. Sie werden z.B. in der Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, in Gärten, in den Haushalten oder in der Human- und Tiermedizin verwendet. Ein weiterer bedeutender Emittent ist der Strassenverkehr.

Die Wasserversorgung Köniz hat 2018/2019 ihre Wasserfassungen auf alle relevanten Spurenstoffe geprüft, angelehnt an das Messprogramm des Bundes NAQUA sowie das kantonale Überwachungsprogramm. Zusätzlich wurde das Wasser auch auf die Problemstoffe „Glyphosat“ und „Chlorothalonil“ untersucht. Glyphosat konnte in keiner Fassung nachgewiesen werden. Spuren der Industriechemikalie Benzotriazol (u. a. als Silberschutz in Geschirrspülern eingesetzt) und des künstlichen Lebensmittelzusatzstoff Acesulfam fanden sich in äusserst geringer Konzentration (<0.05 Mikrogramm/Liter). Zu beiden im Siedlungsraum vorkommenden Stoffen existieren keine Höchstwerte, weil sie als unbedenklich gelten. Hingegen weist aktuell die Gummerslochquelle bei einem relevant eingestuften Chlorothalonil-Metaboliten Werte leicht über dem zulässigen Höchstwert auf. Sofort nach Erhalt dieses Resultats wurde die Quelle vom Trinkwassernetz getrennt. Vom als nicht relevant eingestuften Metaboliten Metolachlor-ESA fanden sich in einer Quelfassung ebenfalls geringe Rückstände (<0.1 Mikrogramm/Liter). Die detaillierten Ergebnisse und weitere Informationen sind auf der Homepage der Gemeinde aufgeschaltet (<https://www.koeniz.ch/verwaltung/umwelt-und-betriebe/gemeindebetriebe/wasserversorgung/trinkwasserqualitaet.page/974>). Die aufwendigen und teuren Zusatzuntersuchungen sollen künftig in regelmässigen Abständen von wenigen Jahren durchgeführt werden.

## **2. Welche (vorsorgliche) Massnahmen sind geplant, um die Wasserqualität von Trink- und Grundwasser, Fliessgewässern und Quell-Lebensräume zu verbessern?**

#### Fliessgewässer:

Die Chemikalien Restrisikoverordnung des Bundes (ChemRV) hält fest, welche Abstände beim Ausbringen von Dünger (3 m) und Pflanzenschutzmitteln (6m) gegenüber den Fliessgewässern, von der Mittelwasserlinie an gemessen, einzuhalten sind. Köniz hat im Baureglement von 1994 bereits einen Minimalabstand von 5m (von der Wasserlinie aus gemessen) festgelegt. Mit der Ortsplanungsrevision wurde bei allen Fliessgewässern ein Gewässerraum von mindestens 11 m ausgeschieden. Im Gewässerraum ist das Ausbringen von Dünger und Pflanzenschutzmitteln verboten.

Bei Revitalisierungsmassnahmen werden Strukturen geschaffen, die für Fauna und Flora eine positive Auswirkung haben. Des Weiteren wird bei Revitalisierungen in einem gewissen Masse die Eigenreinigungskraft der Fliessgewässer verbessert.

Für die Fliessgewässer erarbeitet die zuständige Abteilung Umwelt und Landschaft (AUL) aktuell einen Aktionsplan Renaturierung Fliessgewässer, gemäss dem Legislaturziel 3.3 der aktuellen Legislaturplanung 2018 – 2021: Köniz wertet seine Aussenräume auf und sichert die Qualität der Natur- und Kulturlandschaften. Der Aktionsplan soll aufzeigen, welche Fliessgewässer in der Gemeinde durch den Kanton revitalisiert werden und wo die Gemeinde bei weiteren Fliessgewässern Potential für eine Revitalisierung sieht. Im diesem Rahmen wird geprüft, ob auch gewisse Quellen als Revitalisierungsmassnahmen aufgenommen werden können.

#### Grundwasser, Trinkwasser:

Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen nach TBDV ist Voraussetzung, dass die Gemeinde Trinkwasser abgeben darf. Entsprechend plant und setzt die Wasserversorgung alle erforderlichen vorsorglichen Massnahmen um. So verfügen die kommunalen Fassungen über rechtsgültig ausgeschiedene Grundwasserschutzzonen in welchen besonders strenge Auflagen an die Bewirtschaftung und Nutzung der Flächen gelten. Bei der Grundwasserfassung Sensematt-Au wurden mit den Landeigentümern und Bewirtschaftern der Schutzzone Vereinbarungen getroffen, welche zum Schutz der Ressource über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Die zusätzlichen Einschränkungen werden entsprechend jährlich entschädigt. Bei der Grundwasserfassung Selhofen-Zopfen gehören zudem grosse Flächen der Grundwasserschutzzone der Wasserversorgung. Hier werden dem Pächter gezielt Auflagen gemacht. Aktuell wird in diesem Sinne der Pachtvertrag neu verhandelt.

Falls es zu Überschreitungen von Höchstwerten kommen sollte (Bsp. Gummerslochquelle, August 2019), setzt die Wasserversorgung umgehend Massnahmen zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten um. In diesem Fall wurde die Quelle umgehend vom Leitungsnetz getrennt.

Die wünschbare Reduktion von Spurenstoffeinträgen in die Gewässer im Sinne der Ursachenbekämpfung liegt in der Kompetenz von Bund und Kantonen. Die Änderung der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV, SR 814.201) verpflichtet seit dem 1. Januar 2016 alle grossen und exponierten Abwasserreinigungsanlagen (ARA) zum Schutz der Wasserlebewesen und Trinkwasserressourcen Massnahmen zur Elimination von organischen Spurenstoffen umzusetzen. Beide ARA, in welche die Gemeinde Köniz Abwasser zur Reinigung ableitet und an denen sie beteiligt ist, ara region bern ag und ARA Sensetal Gemeindeverband, sind massnahmenpflichtig. Beide Unternehmen sind aktuell an der Projektierung der erforderlichen vierten Reinigungsstufe und beabsichtigen möglichst bald entsprechende Projekte zur Entlastung der Vorfluter Aare und Saane zu realisieren.

Die Gemeinde nimmt zudem mit ihrem Fachbereich Siedlungsentwässerung und Gewässerschutz (DZ Abwasser) grosse Anstrengungen für einen sicheren Betrieb und kontinuierlichen Unterhalt/Werterhalt der kommunalen und privaten Abwasserinfrastrukturen. Damit Leitungen und Anlagen nicht zu Boden- und Gewässerverschmutzungen führen, müssen ihre Dichtigkeit im Unterhalt sichergestellt werden. Hierfür investiert die Gemeinde selbst pro Jahr rund CHF 2 Mio. (GEP-Massnahmen). Weiter prüft sie im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht den Zustand der privaten Hausanschlussleitungen und setzt wo erforderlich Sanierungen durch (Detailausführungen siehe Frage 6).

### **3. Haben die Revitalisierungsmassnahmen der Bäche wie z.B. Scherlibach, Gravenriedbach etc. Wirkung gezeigt? Welche Indikatoren wurden erfasst?**

An folgenden Fliessgewässern wurden in den letzten Jahren Revitalisierungs- und Hochwasserschutzprojekte umgesetzt:

- Gurtendörfli, Gurtendorbach 1. Etappe 2003/2004, 2. Etappe 2005
- Schlatt, Gaselbach 2008/2009
- Thörishaus, Sensematt Scherlibach, Pendelrampe
- Oberscherli, Scherliau, Scherlibach 2012
- Thörishaus, Sensematt Scherlibach 2017
- Aktuell in Umsetzung: Buebebach (Gäu, Thörishaus)

Es wurden weder vor noch nach der Revitalisierung Messungen durchgeführt. Es können somit keine Aussagen auf der Basis von Messdaten gemacht werden.

Bei den oben aufgeführten Revitalisierungen stand oder steht eine allfällige Verbesserung der Gewässerqualität auch nicht im Vordergrund.

Bei den meisten Projekten wurden Verbesserungen beim Hochwasserschutz, bei der Vernetzung und bei der Biodiversität angestrebt. Die gesteckten Ziele konnten bei allen Projekten erreicht werden.

- 4. Im Geoportail des Kantons Bern sind in der Gemeinde Köniz ca. 95 Quellen erhoben. Nur noch ein Drittel dieser Quellen hat den Status «natürlich» erhalten, der Rest hat den Status «beeinträchtigt», «zerstört» oder «zerstört gefasst». Werden Quellen in der Gemeinde Köniz als Teil der Inventarisierung der Quell-Lebensräume des Kantons Bern oder durch andere Massnahmen revitalisiert? Wenn nein, wieso nicht?**

Der Kanton Bern hat die Quell-Lebensräume inventarisiert und als Information aufgeschaltet ([Geoportail Kanton Bern → Kartenangebot → Gewässerqualität](#)). In der Könizer Ortsplanungsrevision wurden diese Naturobjekte nicht in den Schutzplan aufgenommen.

Im Rahmen der Erarbeitung des Aktionsplans Fliessgewässer Renaturierung prüft die Abteilung Umwelt und Landschaft, ob und wie die Quell-Lebensräume in den Plan aufgenommen werden können.

- 5. Hat sich der Gemeinderat mit den Auswirkungen der Wasserqualität der Fliessgewässer und Grundwasser auf die Trinkwasserversorgung auseinandergesetzt (zum Beispiel höhere Kosten durch mehr/andere Wasseraufbereitung, welche nötig wird?)**

#### Fliessgewässer

Die Gemeinde hat mit der Festlegung der Gewässerräume im Schutzplan eine wichtige Grundlage zur Prävention von Gewässerverschmutzungen erstellt. Mit gezielten Revitalisierungen und Renaturierungen kann dies weiter verbessert werden. (siehe auch Antwort auf Frage 2)

#### Wasserversorgung

Es gehört zu den Standardaufgaben einer Gemeinde mit eigener Wasserversorgung, sich mit den relevanten und sich dauernd verändernden Rahmenbedingungen, welche auf die Trinkwasserqualität Einfluss haben können, auseinander zu setzen. Situation, Kosten, Bedingungen, usw. werden regelmässig analysiert und wenn nötig Strategien und Massnahmen erarbeitet. Oberstes Ziel ist es, Trinkwasser als Naturprodukt ohne oder nur mit minimalster Aufbereitung zur Verfügung zu stellen. Wie erwähnt musste in diesem Sommer Folge dessen die Gummerslochquelle vom Netz genommen werden. Wird das verursachende Pestizid nicht kurzfristig von Bund oder Kanton verboten, wird die Gemeinde eigene Massnahmen prüfen, damit die auch punkto Energieverbrauch und Notversorgung wertvolle Quelle bald wieder für die Wasserversorgung genutzt werden kann.

- 6. Unternimmt der Gemeinderat Vollzugsmassnahmen, um den Gewässerschutz zu gewährleisten? Wenn ja, welche?**

#### Fliessgewässer:

Wie bereits weiter oben beschrieben, wurde mit der OPR die Gewässerräume bei den Fliessgewässern gestützt auf die Gewässerschutzverordnung des Bundes festgelegt. Aufgrund der Bewirtschaftungseinschränkungen im Gewässerraum wird damit der Schutz der Fliessgewässer weiter verbessert.

siehe Antwort auf die Frage 2

#### Siedlungsentwässerung

Gemäss übergeordneter Gesetzgebung und Verwaltungsorganisationsverordnung Art 45 Abs. 2 vollzieht die Abteilung Gemeindebetriebe die gesetzlichen Vorgaben betreffend Gewässerschutz, für die öffentlichen sowie die privaten Anlagen. Konkret werden folgende Massnahmen laufend umgesetzt:

#### Öffentliche Abwasseranlagen:

- Massnahmenprogramm gemäss dem genehmigten generellem Entwässerungsplan (GEP)
- Periodischen Inspektion von Abwasserleitungen mit Kanalfernsehen
- Massnahmen zur Reduktion von Fremdwasser im Schmutzabwasser
- Periodische Kontrolle von Regenentlastungen
- Periodische Dichtheitsprüfungen von Abwasserinfrastrukturen in Grundwasserschutz zonen

#### Private Abwasseranlagen:

- Erteilen von Gewässerschutzbewilligungen (Grossteils im Rahmen von Baubewilligungsverfahren)
- Durchführen von Baukontrollen
- Dichtheitsprüfung von neu erstellen Güllengruben
- Systematische Untersuchung der privaten Abwasseranlagen und Anordnung von Sanierungen
- Kontrolle und Dokumentation von Versickerungsanlagen

Köniz, 23. Oktober 2019

Der Gemeinderat

### Beilagen

- 1) Chemische Messdaten Scherlibach Sensematt

### Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.  
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

### Diskussion

**Erstunterzeichnerin Dominique Bühler, Grüne:** Als erstes möchte ich mich beim Departement Umwelt und Betriebe für die ausführliche Beantwortung der Interpellation bedanken. Die Antworten deuten darauf hin, dass sich die Verwaltung mit der Thematik, den entsprechenden Regulierungen und den Zuständigkeiten der Gemeinde, des Kantons und des Bundes sehr gut auskennt.

Die Gemeinde Köniz hat einen grossen Wasserreichtum: Gemäss der Webseite der Gemeinde fliesen 92km Gewässer in Köniz. Unseren Bächen, Flüssen, Quellen und Grundwasser, als wichtigste Trinkwasserressource, gilt es Sorge zu tragen. Wir brauchen und wir wollen sauberes Wasser, denn es geht um unsere Gesundheit und um die Gesundheit von Pflanzen und Tieren in und um Gewässer. Ich kopiere ein Zitat des Vorstehers des kantonalen Amtes für Wasser und Abfall: „Gut unterwegs, aber noch nicht am Ziel“.

Etwa in diesem Sinne habe ich nach der Antwort des Gemeinderats den jetzigen Stand der Gewässer in der Gemeinde Köniz eingeordnet. Wir sind gut unterwegs, aber es gibt noch einiges zu tun. Aus den Antworten des Gemeinderats möchte ich einige Punkte hervorheben.

Zum Grundwasser und Trinkwasser: Es ist begrüssenswert, dass die Wasserversorgung Köniz alle relevanten Spurenstoffe geprüft hat. Inklusive die berüchtigten Problemstoffe Glyphosat und Chlorothalonil. Glyphosat ist das meistverwendete Herbizid in der Schweiz. Es wird sowohl in der Landwirtschaft als auch in den Privatgärten angewendet. In unserem Trinkwasser stellen wir keine Grenzwertüberschreitungen fest. Das ist sehr positiv und auch im Trend, welcher sich in der ganzen Schweiz widerspiegelt. Es ist auch sehr positiv, dass die aufwendigen Zusatzuntersuchungen von Spurenstoffe zukünftig in regelmässigen Abständen durchgeführt werden. Der Zustand des Trinkwassers und der Gewässer allgemein ist von öffentlichem Interesse. Es ist darum wichtig und auch richtig, dass solche Untersuchungen durchgeführt werden und detailliert der Öffentlichkeit publiziert werden. Was leider nicht so erfreulich ist, ist die Verunreinigung in der Gummerslochquelle durch den Wirkstoff Chlorothalonil. Die Gemeinde hat Massnahmen ergriffen, damit die Verunreinigung nicht weiterhin in die Trinkwasserversorgung eingespiesen wird. Da die Verunreinigung vermutlich nicht aus der Gemeinde Köniz stammt, hoffe ich, dass eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit schnell in Angriff genommen wird, damit auch weitere Belastungen verhindert werden.

Aus der Antwort zu Punkt 2 ist zu entnehmen, dass die Gemeinde pro Jahr rund CHF 2 Mio. in den Unterhalt kommunaler und privater Abwasserinfrastruktur investiert, damit alte Anlagen nicht zu Verschmutzungen führen. Der Erhalt dieser Infrastruktur kostet die Gemeinde einen grossen Batzen Geld, aber Vorsorgemassnahmen sind immer günstiger, als nachträglich eine Verschmutzung beseitigen zu müssen.

Als Letztes ist es begrüßenswert, dass eine technische Nachrüstung der Kläranlagen mit einer zusätzlichen Reinigungsstufe gemacht wird. So können auch weitere Chemikalien herausgefiltert werden.

Zu den Fließgewässern und den Quellen: In der Gemeinde Köniz werden vom Kanton zwei Fließgewässerstandorte regelmässig untersucht. An beiden Standorten sind Verbesserungen der Gewässerqualität nachgewiesen worden. Beispielsweise ist der Phosphatgehalt – Phosphat kommt vom Dünger – im Scherligraben gesenkt worden. Allerdings wurde vergangenes Jahr ein erhöhter Anteil an Kohlenwasserstoff gemessen. Das zeigt, wie wichtig eine regelmässige Überwachung der Gewässer ist. Nur dank diesem Monitoring können wir allfällige Verunreinigungen entdecken und auch gemeinsam verhindern. Es wäre allerdings wünschenswert, dass mehr Standorte und mehr Spurenstoffe in unseren Fließgewässern überprüft werden. Die Gemeinde Köniz hat viele kleinere Gewässer, welche eine wichtige Bedeutung für die Artenvielfalt darstellen und als Rückzugsgebiet für eine Vielzahl von Lebewesen dienen. Es sind genau diese kleinen Fließgewässer, für welche in anderen Regionen eine hohe Belastung nachgewiesen wurde.

In Punkt 3 werden die Fließgewässer aufgelistet, welche bereits renaturiert worden sind. Ich begrüße die Erarbeitung des Aktionsplans Fließgewässer, welcher die Renaturierung von weiteren Gewässern prüfen wird. Es ist wichtig, dass eine Strategie für die ganze Gemeinde erarbeitet wird und dass auch Quellen, von denen leider viele beeinträchtigt oder zerstört sind, einbezogen werden. Hier würde ich mir allerdings einen gemeindeübergreifenden Aktionsplan wünschen, denn unsere Gewässer fließen über die Gemeindegrenze hinaus. Hier noch eine Anmerkung: Aus der Antwort war mir nicht ganz klar, ob Fließgewässer und Quellen auch im Biodiversitätskonzept enthalten sind oder wie das Biodiversitätskonzept hier genau enthalten ist.

Wie ich bereits erwähnt habe, sind wir mit dem Schutz unserer Fließgewässer, Quellen und Grundwasser noch nicht am Ziel. Ich bin aber zuversichtlich, dass der Gemeinderat mit seinem Aktionsplan „Fließgewässer“ einen Schritt vorwärts machen wird. Ich bin auf den Aktionsplan und auch auf das Biodiversitätskonzept gespannt und werde beides sehr sorgfältig durchlesen. Gespannt erwarte ich auch den nächsten Bericht des Amtes für Wasser und Abfall mit Schwerpunkt Sense und Schwarzwasser. Auch diesen werde ich sehr gründlich lesen.

Ich halte fest, dass ich mit den Antworten zur Interpellation befriedigt bin.

**Parlamentspräsident Mathias Rickli:** Ich begrüße an dieser Stelle Christian Burren, welcher zwischenzeitlich eingetroffen ist.

**Adrian Burren, SVP:** Zuerst muss ich mal meine Interessensbindung bekannt geben: Ich bin Bauer und da dieses Papier so geschrieben ist, wohl auch angesprochen.

Wir sprechen über das Wasser: Es ist sauber oder nicht. Untersucht wurden Pflanzenschutzmittel, Biozide und andere chemische Wirkstoffe.

Der Bericht aber zielt aus Sicht der SVP auf Glyphosat, auf Chlorothalonil und andere Wirkstoffe ab, welche offenbar aus der Landwirtschaft stammen. Man klammert in Frage 1 aus, ob sich zum Beispiel Hormone, Medikamente und andere für die Umwelt giftige Stoffe in den Fließgewässern befinden. Stoffe, welche der Mensch zu sich nimmt und auch wieder ausscheidet und welche nach einer Kläranlage wieder in unsere Gewässer fließen.

Es wird suggeriert, dass zum Beispiel Glyphosat – Dominique Bühler hat es angetönt – ein Problemstoff sei. Doch fragen wir zurück bei der Zulassungsbehörde, dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW): Dieses hat den Stoff geprüft und auch zugelassen, auch heute noch. Er ist nicht verboten und der Anwender, der Landwirt, macht bis heute nichts Illegales, wenn er diesen Stoff korrekt anwendet. Es wird vom Kanton sogar mit dem Bodenschutzprogramm gefördert, dass man Glyphosat vermehrt einsetzt.

Ihr müsst euch auch bewusst sein, dass dank verschiedener Stoffe, über welche wir heute Abend sprechen, euch oder euren Vorfahren viel Leid entgangen ist. Denn man brauchte solche Pflanzenschutzmittel, um Missernten, Hungersnöte zu verhindern, welche es früher gab. Und es ist ein Schutzmittel auch wenn es natürlich Nebenwirkungen hat. Zum Beispiel haben wir dank Antibiotika auch eine tiefe Sterberate, aber auch dieses hat Nebenwirkungen.

Doch kommen wir zurück zur Zulassungsbehörde: Auch Dominique Bühler arbeitet in einer solchen. Die Abteilung Chemikalien, in welcher sie die Zulassung von Schädlingsbekämpfungsprodukten prüft und absegnet. Sie ist auch der Absender dieser Interpellation. Doch wer ist jetzt bei einer allfälligen Überschreitung dieser Grenzwerte fehlbar? Der korrekte Anwender oder die Behörde, welche dieses Produkt zugelassen hat? Wer ist der Fehlbare, wenn die Zulassungsbehörde nach Jahrzehnten einen Grenzwert senkt, wie sie dies beim Chlorothalonil gemacht hat?

Und wo sind die Verantwortlichen bei dieser Behörde? Dominique Bühler, kannst Du zur Rechenschaft gezogen werden, wenn im Nachhinein herausgefunden wird, dass ein Stoff anders reagiert als angenommen?

Damit wären wir bereits bei der Frage 2: Hier ist die Frage, was vorsorglich gemacht werden kann. Und aus der Sicht der SVP ist die Antwort des Gemeinderats überhaupt nicht objektiv. Ja, die beschriebenen Grenzabstände zu Bachläufen sind korrekt und es braucht diese für eine korrekte Anwendung auch. Diese sind vom Bund vorgegeben, doch dort gibt es Spielraum. Die Gemeinde hat diese in der letzten Ortsplanungsrevision immer zu ihren Gunsten breit ausgelegt. Nehmen wir das Beispiel Schwarzwassergraben: Das Gewässer fliesst von der Gemeinde Schwarzenburg in die Gemeinde Köniz. Die Grenzabstände sind in der Gemeinde Köniz meines Wissens doppelt so gross, wie in Schwarzenburg. Aber zu suggerieren, dass durch Revitalisierungen, also durch künstliche Eingriffe, mehr Reinigungseffekt erzielt wird, ist mehr als fraglich. Dazu braucht es nämlich Humus, organisches Material und Mikroorganismen. Das ist aus meiner Sicht, aus der Luft gegriffen, doch vielleicht mit gewissen Augen betrachtet, sieht dies einfach gut aus. Zeigt mir doch bitte einmal den ökologischen Nutzen aus der geplanten Renaturierung, welche ihr im Traktandum 3 heute auf dem Tisch hattet. Ein Bach wird bis zu 2m Tiefe ausgegraben, man pumpt ihn an die Oberfläche und lässt ihn dann über 100m der Strasse entlang Dreck aufnehmen – Strassenabrieb oder Salz zum Beispiel – und lässt ihn dann wieder in den Boden plätschern. Dies geschieht vermutlich für einige CHF 100'000 und Und das läuft dann unter dem Deckmantel Renaturierung.

Die wirklichen Probleme liegen in der ARA. Das sage nicht ich, sondern das sagt das zuständige Amt des Bundes, welches gerade die Reinigungsstufe 4 erarbeitet, mit welcher sie Spurenstoffe reduzieren will. Damit sollen nicht primär Stoffe aus der Landwirtschaft, sondern Hormone, Kosmetika, Medikamente und Biozide – das sind nicht landwirtschaftliche Pestizide – herausgefiltert werden. Zum Beispiel an Fassaden hat es solche Biozide.

Investiert euer Geld besser in eine gute ARA, denn die wirklichen Probleme werden dort angegangen. Oder noch besser, schluckt keine Hormone, keine Schmerzmittel, keine Breitbandantibiotika, welche es unter Umständen nicht braucht. Damit ist den Gewässern wirklich geholfen.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi:** Vielen Dank für diese zwei sehr interessanten Voten. Die Interpellation fällt in eine brisante Zeit. Ich möchte an die Trinkwasserinitiative und auch die Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide erinnern. Dies ist die eine Seite, was politisch geschehen ist, auf der anderen Seite hatte man besonders diesen Sommer sehr viele Grenzwertüberschreitungen im Trinkwasser festgestellt. Vor allem Chlorothalonil, welches in verschiedenen Trinkwasserfassungen gerade im Seeland die Grenzwerte überschritten hat und weswegen Sanierungen gemacht werden müssen. Und auch bei uns in Köniz in der Gummerslochquelle hat man diese Überschreitung festgestellt und die Quelle mussten wir sofort vom Netz nehmen. Das verursacht für uns hohe Energiekosten, denn anstatt dass das Wasser nun von oben herunter in das Reservoir laufen kann, müssen wir das Wasser von unten hinauf pumpen.

Und gleichzeitig verursacht dies auch noch eine Veränderung des pH-Wertes in den Leitungssystemen, was auch wieder Probleme verursacht, so dass man die Leitungen jetzt zusätzlich noch spülen muss – wie ich gehört habe, mit 200m<sup>3</sup> Wasser pro Tag. Dies bedeutet, dass man Wasser in den Sulgenbach pumpen muss, damit diese Rückstände dort hinausgespült werden. Und auch das mit Wasser, welches hinaufgepumpt werden musste. Dies führt zu deutlich höheren Energiekosten. Die Quelle wäre zudem auch wichtig für die Versorgung in Notlagen. Denn so könnten die Reservoirs gefüllt werden, ohne dass man pumpen muss, falls man aus irgendeinem Grund keinen Strom mehr hätte und könnte so eine minimale Versorgung sicherstellen.

Zu Dominique Bühler: Vielen Dank für das Lob, aber es ist so, wir sind noch nicht am Ziel. Von diesen 92km Fliessgewässer sind noch ziemlich viele Kilometer eingedolt und ihr wisst, nach dem Gewässerschutzgesetz darf man seit einigen Jahren grundsätzlich keine Gewässer mehr eindolen. Und es gibt einen Plan des Kantons, mit welchem man schaut, wie man diese Gewässer wieder ausdolen kann.

Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit, ja, das ist wichtig, das versuchen wir zu realisieren, wo es nötig ist.

Vorsorge: Wir geben jährlich CHF 2 Mio. aus, damit unser Abwassersystem dicht ist und damit das Abwasser nicht ins Grundwasser läuft. Aber es ist auch wichtig zu wissen, dass dies nach dem Verursacherprinzip läuft. Mit eurer Wasserrechnung zahlt ihr auch einen Teil an diese Abwassersanierungen und zwar CHF 1.15/m<sup>3</sup>, wenn ich mich richtig erinnere.

Es wurde auch von Adrian Burren erwähnt, die vierte Reinigungsstufe in der ARA ist sehr wichtig, damit unser Abwasser wirklich sauber in die Aare oder in die Sense fliesst. Im Moment bezahlen wir noch CHF 9 pro Einwohner und Jahr, solange es diese vierte Reinigungsstufe noch nicht gibt.

Dieses Geld fliesst in einen Fonds um diese vierte Reinigungsstufe zu finanzieren. Das sind Millionenbeträge, welche hier wieder investiert werden, sowohl die ARA Sensetal wie auch die ARA Bern sind beide daran, die vierte Reinigungsstufe zu realisieren. In wenigen Jahren werden wir hier saubere Einleitungen haben.

Ich hätte es im Grunde gerne, dass unsere kleinen Gewässer genauer untersucht würden. Es gibt diese Untersuchungen schweizweit, doch leider ist keines aus Köniz mit dabei. Doch es ist die Problematik kleiner Gewässer, dass wenn dort Rückstände von Pflanzenschutzmittel oder anderen synthetischen Mittel reinlaufen, es kurzfristig zu einem Peak mit hohen Konzentrationen kommt, durch welchen die Wassermikroorganismen sterben. Doch schon einige Stunden später ist diese Konzentration wieder weg. Man muss dort sehr eng beproben, um die Verschmutzungen wirklich zu erwischen.

Inwiefern dass wir Quellfluren ins Biodiversitätskonzept aufnehmen werden, ist noch nicht definiert, aber was ich hier sagen kann ist, dass wir den Aktionsplan Fließgewässer separat vom Biodiversitätskonzept erstellen werden. Das ist auch als separater Punkt in der Legislaturplanung enthalten.

Zu Adrian Burren noch: Du hast kritisiert, dass wir den Schwerpunkt nur bei den landwirtschaftlichen Pestiziden legen würden. Ich möchte dich doch bitten, genau zu lesen: Unter Punkt 1 erwähnen wir alle jene Stoffe, welche aus der Industrie kommen und aus den Haushaltungen: Benzotriazol, Acesulfam, eines kommt sogar aus den Spülmitteln als Schutz, damit das Silber nicht anläuft. Diesen Vorwurf weise ich zurück. Wir haben wirklich alles erwähnt und sonst könnt ihr auf unsere Internetseite gehen, dort sind wir eine der ersten Trinkwasserversorgungen, welche sämtliche Spurenstoffe wirklich 1:1 publizieren.

Wer ist schuld? Wir machen keinerlei Schuldzuweisung in dieser Interpellationsantwort. Auch diesen Vorwurf will ich von mir weisen. Es ist absolut klar, dass man den Bauern, wenn ein Mittel erlaubt ist, keinen Vorwurf machen kann, wenn sie dieses auch brauchen. Ich sehe ganz klar die Verantwortung bei der Zulassungsbehörde.

Dann wurde noch gesagt, dass wir bei den Grenzabständen nicht objektiv gewesen seien. Der Gewässerabstand sei zum Teil grösser, als das absolute Minimum. Das ist korrekt. Doch ich würde sagen, dass wir in den meisten Fällen beim Minimum von 11m Gewässerabstand sind und nur in einigen wenigen Fällen, wie beim Gaselbach - dort sind wir auf 17m, wofür wir unsere Gründe hatten - und beim Schwarzwassergraben – dieser liegt unter anderem in einem Auenschutzperimeter – einen grösseren Abstand verfügt haben.

Dann wurde noch der ökologische Nutzen der Renaturierungen in Frage gestellt. Unter anderem beim geplanten Ziergewässer am Thomasweg. Da gebe ich Adrian Burren Recht, dieses Ziergewässer wird nicht aus ökologischen Gründen erstellt, sondern wegen der höheren Aufenthaltsqualität. Doch darüber können wir zu Beginn des nächsten Jahres im Parlament debattieren. Vielen Dank nochmals für die gute Aufnahme.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

PAR 2019/119

#### **V1927 Interpellation (Grüne, SP, Mitte-Fraktion (GLP, EVP, CVP, BDP)) „Kompetenzregelung Dossier Spez-Sek“**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

#### **Vorstosstext**

Gemäss Medienmitteilung vom 16.8.2019 hat der Gemeinderat die Zuständigkeit beim Dossier „Spez-Sek“ neu geregelt. Die Federführung wurde vom zuständigen DBS-Vorsteher Hans-Peter Kohler an den DSL-Vorsteher Thomas Brönnimann übertragen. Gemäss den Angaben der Gemeindepräsidentin gegenüber den Medien fehlt für ein solches Vorgehen die rechtliche Grundlage. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten.

1. Hat der Gemeinderat vor seinem Entscheid eine vertiefte rechtliche und politische Analyse vorgenommen? Was wurde geprüft und zu welchem Ergebnis ist diese gelangt?

2. Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation vor dem Hintergrund des Ausstandsrechts bzw. der Ausstandspflicht sowie des Kollegialitätsprinzips gemäss Gemeindeordnung und Geschäftsverordnung des Gemeinderates? Wie wird Art. 6 Abs. 1 der Geschäftsverordnung des Gemeinderats in der aktuellen Situation umgesetzt?
3. Welche Regeln wurden bezüglich Präsenz sowie Teilnahmen an Diskussion und Abstimmung zum Dossier Spez-Sek durch Gemeinderat Kohler abgemacht: a) im Gemeinderat, b) in der Schulkommission?
4. Da das Bildungsangebot Spez-Sek eng verzahnt ist mit anderen Bildungsgeschäften (z.B. Übertrittsregelungen, Klassengrössen, Zusatzlektionen für Spez-Sek-Unterricht u.a.), wo genau wurde die Abgrenzung für Geschäfte definiert, für welche die Abmachungen gelten?
5. Plant der Gemeinderat, eine rechtliche Grundlage für die künftige Handhabung derartiger Fälle zu schaffen?

### Eingereicht

26. August 2019

### Unterschrieben von 23 Parlamentsmitgliedern

Christina Aebischer, Iris Widmer, Casmir von Arx, Markus Willi, Simon Stocker, David Müller, Ruedi Lüthi, Tanja Bauer, Lydia Feller, Vanda Descombes, Christian Roth, Franziska Adam, Astrid Nusch, Andreas Lanz, Roland Akeret, Sandra Röthlisberger, Matthias Müller, Bernhard Zaugg, Dominique Bühler, Katja Niederhauser, Lucas Brönnimann, Cathrine Liechti, Mathias Rickli

### Antwort des Gemeinderates

#### 1. Hat der Gemeinderat vor seinem Entscheid eine vertiefte rechtliche und politische Analyse vorgenommen? Was wurde geprüft und zu welchem Ergebnis ist diese gelangt?

Der Gemeinderat hat von den Aussagen des Vorstehers der Direktion Bildung und Soziales, Gemeinderat Hans-Peter Kohler, an der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2019 Kenntnis genommen, wonach er beim Thema "Spez-Sek" das Dossier wegen Interessenskonflikten nicht mehr weiterführen werde. Die Gemeindepräsidentin und der Gemeinderat beauftragten deshalb die Fachstelle Recht, eine rechtliche Einschätzung zu verfassen. Diese datiert vom 26. Juni 2019 und lag dem gesamten Gemeinderat vor. Die politische Einschätzung erfolgte in Form ausführlicher Diskussion an mehreren Sitzungen des Gemeinderats. Sie mündete schliesslich in den kommunizierten Beschluss des Gemeinderats.

Die **rechtliche Einschätzung** kam zu folgenden Ergebnissen:

- Die Geschäftsverordnung des Gemeinderats macht Aussagen zum Thema **Stellvertretung**. Der Wortlaut und die bisherige konstante Praxis weisen allerdings darauf hin, dass die Stellvertretung für den Verhinderungsfall gedacht ist (z.B: Verhinderung infolge Ferien oder Krankheit).
- Das **Kollegialitätsprinzip** ist in der Gemeinde Köniz in der Geschäftsverordnung des Gemeinderats schriftlich verankert und näher umschrieben. Es verlangt, dass die Ratsmitglieder in der Öffentlichkeit keine Meinung vertreten, die einem Gemeinderatsbeschluss widerspricht. Will ein Ratsmitglied aus wichtigen Gründen einen Beschluss des Gemeinderats in der Öffentlichkeit nicht vertreten, so hat es das während der entsprechenden Sitzung zu Protokoll zu geben.  
Die rechtliche Einschätzung geht dahin, dass im vorliegenden Fall (Spez-Sek) wohl keine wichtigen Gründe vorliegen, die zu einer „Dispensation“ vom Kollegialitätsprinzip berechtigen. Selbstverständlich kann dieses Thema für eine politisch aktive Person ein Kernthema sein, für das sie sich stark und mit echter Überzeugung einsetzt. Aber von aussen betrachtet ist es nicht derart zentral und persönlichkeitsnah, dass man es als Ausnahmegrund sieht.

- Die **Ausstandsregeln** sind gesetzlich verankert, vorab in Artikel 47 des kantonalen Gemeindegesetzes. Verschiedene Umstände (sog. Ausstandsgründe) können dazu führen, dass jemand in den Ausstand treten muss. Im vorliegenden Fall sind die „unmittelbar persönlichen Interessen“ an diesem Geschäft zu prüfen. Es ist festzuhalten, dass wegen einer politischen Betätigung nicht „unmittelbar persönliche Interessen“ betroffen sind, und auch sonst sind im Fall von Gemeinderat Kohler und dem Geschäft „Umsetzung Motion Spez-Sek“ keine solchen unmittelbar persönlichen Interessen erkennbar. Somit besteht keine Ausstandspflicht, und ein Ausstandsrecht in dem Sinn, dass eine Person nach eigenem Gutdünken in den Ausstand treten kann, gibt es nicht.

Die **politische Einschätzung** des Gemeinderats wurde in aller Kürze in der Medienmitteilung der Gemeindepräsidentin wiedergegeben, die im Vorstoss angesprochen wird. Zentral ist, dass der Gemeinderat der Auffassung ist, es handle sich hier um eine ausserordentliche Situation, indem eines seiner Mitglieder erklärt hat, es werde – ungeachtet der rechtlichen Einschätzung – wegen Interessenskonflikten ein Geschäft nicht bearbeiten.

Dieses Geschäft – die Umsetzung der erheblich erklärten Motion – unbearbeitet zu lassen war für den Gemeinderat keine Option. Die Motion ist ein Auftrag des Parlaments, und dieser Auftrag ist zu bearbeiten. Der Gemeinderat entschied sich für die Lösung, diesen Fall als Verhinderungsfall zu betrachten und über die Stellvertretung zu lösen, die in der Geschäftsverordnung vorgesehen ist. Für den Gemeinderat ist keine andere Lösung ersichtlich, die zu einem vertretbaren Resultat führen würde.

**2. Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation vor dem Hintergrund des Ausstandsrechts bzw. der Ausstandspflicht sowie des Kollegialitätsprinzips gemäss Gemeindeordnung und Geschäftsverordnung des Gemeinderates? Wie wird Art. 6 Abs. 1 der Geschäftsverordnung des Gemeinderats in der aktuellen Situation umgesetzt?**

Wie aus den obenstehenden Ausführungen deutlich wird, geht der Gemeinderat davon aus, dass hier eine Ausnahmesituation vorliegt, die nicht in allen Punkten befriedigend eingeordnet werden kann, aber einer Lösung bedurfte, damit der Auftrag des Parlaments angegangen werden kann.

**3. Welche Regeln wurden bezüglich Präsenz sowie Teilnahmen an Diskussion und Abstimmung zum Dossier Spez-Sek durch Gemeinderat Kohler abgemacht: a) im Gemeinderat, b) in der Schulkommission?**

Es bestehen keine Abmachungen und Beschlüsse diesbezüglich. Der Gemeinderat ist zurzeit der Ansicht, dass die normalen Regeln genügen. Wenn ein solches Geschäft in den Gemeinderat kommt, so wird es von Gemeinderat Thomas Brönnimann vertreten, aber Gemeinderat Hans-Peter Kohler kann sich als Mitglied des Gremiums ebenfalls dazu äussern und auch seine Stimme abgeben.

Die Schulkommission wurde vom Gemeinderat aufgefordert, sich der Thematik anzunehmen. Die Schulkommission führte schon Diskussionen, fasste aber noch keinen Beschluss in der Sache.

**4. Da das Bildungsangebot Spez-Sek eng verzahnt ist mit anderen Bildungsgeschäften (z.B. Übertrittsregelungen, Klassengrössen, Zusatzlektionen für Spez-Sek-Unterricht u.a.), wo genau wurde die Abgrenzung für Geschäfte definiert, für welche die Abmachungen gelten?**

Die Motion V1912 wurde erst unlängst erheblich erklärt. Es besteht noch keine Umsetzungsplanung, und diese Frage kann deshalb noch nicht beantwortet werden. Der Gemeinderat teilt die Ansicht, dass eine enge Verzahnung besteht. Es wird ein wichtiger Punkt im Projektauftrag sein, alle Folgen der Motion V1912 abzuschätzen, betroffene Felder zu benennen und Teilgeschäfte zu bilden.

**5. Plant der Gemeinderat, eine rechtliche Grundlage für die künftige Handhabung derartiger Fälle zu schaffen?**

Die frühere Geschäftsverordnung wurde im Jahr 2010 total überarbeitet, und die neue Geschäftsverordnung wurde vom aktuellen Gemeinderat zu Beginn der Legislatur überprüft. Der Gemeinderat legt Wert auf die Feststellung, dass er basierend auf dieser Regelung (und den höherrangigen Bestimmungen) jedes Jahr mehrere hundert Beschlüsse fasst. Die Situation, mit der er sich im Frühjahr konfrontiert sah, ist auch über mehrere Legislaturen betrachtet eine absolute Ausnahmesituation.

Eine neue Regelung aufzustellen scheint dem Gemeinderat nicht erfolgversprechend zu sein. Es besteht vorliegend kein Manko an Regelungen, vielmehr sind die Mitglieder des Gemeinderats durch mehrere geltende Bestimmungen gehalten, die fachlich in ihre Direktion gehörenden Geschäfte zu bearbeiten und zu vertreten. Eine Ausnahmeregelung dazu wäre nach Auffassung des Gemeinderats kontraproduktiv, da sie das Signal aussenden würde, dass man bei Vorliegen bestimmter Gründe Geschäfte „abgeben“ kann.

Für den konkret vorliegenden Fall fand man eine Lösung in einer weiten Auslegung und Handhabung der Stellvertretungsregelung.

Köniz, 9. Oktober 2019

Der Gemeinderat

## Beschluss

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.  
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

## Diskussion

**Erstunterzeichnerin Christina Aebischer, Grüne:** In dieser Interpellation geht es nicht um Pro oder Kontra zur Motion Spez-Sek. Es geht nur darum, wie die Zuständigkeiten bei diesem Dossier geregelt werden, da das zuständige Gemeinderatsmitglied dies nicht bearbeiten möchte. Das muss man klar trennen: Die Motion und der Prozess der Regelung der Zuständigkeiten.

Ich bin bis dato immer davon ausgegangen, dass egal welche inhaltliche Meinung man zu einem Geschäft vertritt, wir sowohl im Parlament wie auch im Gemeinderat ausnahmslos alle dafür einstehen, dass demokratische Spielregeln und rechtliche Grundsätze in dieser Gemeinde gelten. Ich stehe heute da und habe das Gefühl, dies sei ein Irrtum gewesen.

Die vorliegende Interpellation wurde eingereicht, um etwas Licht ins Dunkel eines Gemeinderatsbeschlusses zu bringen, welchen es so nicht geben sollte. Nämlich, dass ein amtierender Gemeinderat, einen vom Parlament überwiesenen Arbeitsauftrag verweigert. Wir wissen alle wie die Politik ist: Manchmal gewinnt man, manchmal verliert man - das ist als Parlamentsmitglied nicht einfach. Und zu den Pflichten eines Exekutiv-Politikers gehört fraglos, dass er auch solche Beschlüsse umsetzen muss, welche ihm persönlich nicht passen. Dass auch dies nicht einfach ist, ist ebenfalls klar. Aber stellt euch vor, jeder unserer Gemeinderäte und Gemeinderätin macht nur noch das, was nach eigenem Gutdünken gerade passt.

Die Grüne-Fraktion hat schon damals, als die Neuaufteilung kommuniziert worden ist, gesagt, dass dies aus unserer Sicht an Arbeitsverweigerung grenzt. Und wir sehen dies immer noch so.

Es ist für uns nicht akzeptabel, dass ein Gemeinderatsmitglied die Umsetzung eines demokratisch beschlossenen Geschäfts verweigert und es ist noch viel weniger akzeptabel, dass der Gesamtgemeinderat dies ohne rechtliche Grundlage stützt.

Als ich die Antwort auf die Interpellation gelesen habe, wusste ich nicht recht, ob ich mich ärgern oder eher besorgt sein soll. Dies weil hier doch sehr viel Macht- anstelle von Sachpolitik durchschimmert. Ich habe auch versucht, externen Dritten zu erklären, was hier steht und ich habe das nicht geschafft, ohne mich ein bisschen zu genieren. Die Antwort auf diese Interpellation strotzt vor Inkonsistenzen und der Gemeinderat kratzt mit seiner Begründung schon an gewissen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und versucht uns dann das Ganze als pragmatische Lösung für eine aussergewöhnliche Situation zu verkaufen. Mit diesem Vorgehen schadet er aus unserer Sicht der Glaubwürdigkeit.

Die rechtliche Einschätzung ist klar: Es gibt diesen Fall rechtlich nicht. Diese Verweigerungshaltung des betroffenen Gemeinderatsmitglieds fällt weder unter die Ausstandspflicht noch gibt es ein Ausstandsrecht. Trotzdem sieht es der Gesamtgemeinderat als ausserordentliche Situation, was aber nicht weiter erläutert wird und betrachtet diese Situation als Verhinderungsfall. Bis hier könnte man mit viel Goodwill und mit einer ziemlich strapazierten Auslegung des Reglements sagen: „Okay, dem Frieden zuliebe - der Klügere gibt nach – betrachten wir das zuständige Gemeinderatsmitglied in diesem Geschäft aus persönlichen Gründen als verhindert.“ Doch danach fehlt jegliche Logik: Im Verhinderungsfall kommt normalerweise die Stellvertretung zum Zug, was hier nicht passiert. Diese Ausnahme wäre aber noch nachvollziehbar.

Das grosse Aha-Erlebnis kommt wenn man weiterliest und merkt, dass dann die Verhinderung plötzlich keine mehr ist, wenn es darum geht, mitzudiskutieren und mitzubestimmen. Sowohl im Gemeinderat als auch in der Schulkommission. Mitbestimmen ja, Mitarbeiten nein. Was ist dies anderes als Arbeitsverweigerung?

Die Interpellation fragt auch nach dem Kollegialitätsprinzip und was dieses bedeutet. Das Prinzip verlangt, dass, ich zitiere, „die Ratsmitglieder in der Öffentlichkeit keine Meinung vertreten, welche einem Gemeinderatsbeschluss widerspricht.“ Ich möchte hier daran erinnern, dass dies Parlamentsbeschlüsse miteinschliesst. Diese sind nämlich den Gemeinderatsbeschlüssen übergeordnet.

Im Weiteren gibt es die Möglichkeit, dass sich ein Gemeinderatsmitglied auf Anmeldung im Protokoll dispensieren lassen kann und öffentlich zu einem Geschäft nichts sagen muss, hinter welchem es nicht stehen kann. Gemäss rechtlicher Einschätzung des Rechtsdiensts kann die vorliegende persönliche Präferenz des betroffenen Gemeinderatsmitglieds aber nicht als einer dieser Gründe gelten. Aber dadurch, dass das betroffene Gemeinderatsmitglied hier nicht mitarbeiten und hier nichts dazu sagen möchte, darum geht es nicht einmal. Sondern es geht um das Gegenteil und das ist noch viel irritierender: Denn im Gemeinderat wird nicht einmal durchgesetzt, dass das betroffene Gemeinderatsmitglied mindestens öffentlich Stillschweigen bewahren muss.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist, dass hier im Parlament schon einmal kritisiert wurde, dass der amtierende Bildungsdirektor immer noch als Präsident und Mitglied der IG Spez-Sek auf einer öffentlichen Webseite zu finden ist. Der Gemeinderat wurde aufgefordert, dies zu unterbinden. Doch wir haben dies heute immer noch so im Internet. Auf der Titelseite der Webseite steht zwar noch nicht „Gemeinderat“, sondern „Mitglied Parlament Köniz“, was darauf schliessen lässt, dass der Eintrag von früher ist, doch in der Mitgliederliste steht es anders, so dass man davon ausgehen muss, dass dies nach der Wahl zum Gemeinderat gepostet worden ist. Und hier müssen wir den Gemeinderat wirklich scharf kritisieren: Dass er diese für ihn selber geltenden Regeln nicht durchsetzt, das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Die Situation in der Schulkommission ist gemäss der Interpellationsantwort auch noch nicht geregelt. Diese ist speziell kompliziert - wir wissen es - wegen der Zusammensetzung nach dem Parteienproporz. Und dies soll auch so sein. Aber auch hier können wir nicht nachvollziehen, dass aufgrund einer freiwilligen und mutwillig selber herbeigeführten Sondersituation andere Regeln dann plötzlich ausser Kraft gesetzt werden. Es ist für uns extrem irritierend, was uns der Gemeinderat hier als pragmatische Lösung vorsetzt und wir fragen uns, ob diese so umsetzbar ist.

Dass der Gemeinderat keine rechtlichen Grundlagen für zukünftige Handhabungen von solchen Fällen schaffen will, das ist der einzige Punkt, welchem wir voll zustimmen können. Denn tatsächlich: So wie es hier steht, wäre es ein Signal, dass man Geschäfte einfach abgeben kann, wenn diese einem nicht passen. Das Problem ist, dass auch die Interpellationsantworten und die Regelung des vorliegenden Sonderfalls so ein Signal sind. Und das zeigt die ganze Unausgereiftheit dieser Situation.

Zusammenfassend: Die Interpellationsantworten geben zwar tiefe Einblicke in den Gemeinderat, doch sie geben keine klaren Antworten auf die Reorganisation der Zuständigkeiten. Aus unserer Sicht ist diese Diskussion bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Ich bin darum absolut unbefriedigt mit dieser Antwort. Und die Grüne-Fraktion wird prüfen, ob dies Gegenstand einer Aufsichtsbeschwerde ist.

Weil hier geht es um mehr, als um die Organisation der Umsetzung einer Motion, welche emotional und kontrovers diskutiert wird, das wissen wir. Es geht hier aus unserer Sicht um demokratische und politische Grundregeln.

**Vanda Descombes, SP:** Die SP-Fraktion hat dieses Traktandum ausführlich diskutiert. Wir sind mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden. Vor allem kann die SP das Verhalten und das Vorgehen von Hans-Peter Kohler nicht akzeptieren, weil dieses das Kollegialitätsprinzip verletzt und ein Auftrag des Parlaments willentlich missachtet. Hans-Peter Kohler hat seine Befindlichkeiten oder seine persönliche politische Überzeugung höher gewertet, als die Pflicht, einen Parlamentsauftrag umzusetzen, welchem schliesslich eine Auseinandersetzung vorausgegangen ist und welcher demokratisch beschlossen worden ist. Das ist aus unserer Sicht ein politisches Signal. Doch wenn er schon einen Auftrag, welcher seinen Überzeugungen widerspricht, nicht umsetzen will – und das könnte man auf eine Art noch verstehen – dann wäre es konsequent, sich freiwillig zur Frage Spez-Sek und zur Umsetzung des Vorstosses nicht mehr zu äussern. Jetzt und auch in Zukunft nicht. Nur davon ist wohl nicht auszugehen, zumindest lassen dies die Aussagen auf der Webseite der IG Spez-Sek vermuten. Ihr könnt dort ja selber nachlesen.

Die SP kann die pragmatische Lösung des Gemeinderats akzeptieren, vermisst allerdings eine klare Haltung von genau diesem Gemeinderat gegenüber einem Gemeinderatsmitglied.

Er lässt letztlich ein Gemeinderatsmitglied, von welchem er in unzulässiger, ja überraschender Weise vor ein *Fait accompli* gestellt worden ist, gewähren und schont diesen, in dem er die Stellvertreterregelung verbiegt, um eine rechtliche Lösung zu finden, welche, wie er selber ausführt, im Grunde gar nicht existiert. Wir sind über den Gemeinderat enttäuscht, welcher sich irgendwie durchjongliert und durch das proaktive Verhalten eines seiner Mitglieder zum Entscheid gedrängt wird, ohne diesem Verhalten etwas entgegen zu setzen.

Unbefriedigt sind wir auch mit der Antwort auf die Frage 5: Wir sind mit der Überlegung des Gemeinderats einverstanden, dass das Abgeben von Geschäften durch ein Gemeinderatsmitglied nicht durch eine Ausnahmeregelung erleichtert werden soll. Bei der Frage 5 ging es aber im Grunde darum, eine Regelung zu erstellen, welche ein solches Gebaren in Zukunft erschwert, verhindert oder mit Nachteilen belegt, so dass ein Geschäft nicht einfach abgegeben werden kann und man trotzdem mitreden darf. Die SP ist der Ansicht, dass es Kontraproduktiv ist, diesbezüglich keine Regelung zu erlassen. Denn damit sendet der Gemeinderat die Botschaft aus, dass man ein Geschäft à la *Modus Hans-Peter Kohler* abgeben kann und nichts passiert.

**Casimir von Arx, glp:** Auch die Mitte-Fraktion hat die Antworten auf die Interpellation ausführlich diskutiert. Die Situation, dass ein Gemeinderatsmitglied es ablehnt, ein Dossier zu bearbeiten, ist neu, da sind wir uns alle einig. Der Gemeinderat legt in seiner Antwort dar, dass er im Moment über kein Instrument verfügt, um diese Situation gezielt zu regeln. Die Mitte-Fraktion anerkennt darum, dass der Gemeinderat versucht hat, im Rahmen des bestehenden Rechts eine akzeptable Lösung für die Bearbeitung der Motion 1912 für ein breites Spez-Sek-Angebot in der Gemeinde Köniz zu suchen.

Abgesehen davon, sehen wir vieles kritisch, was in der Interpellationsantwort steht: Schon der erste Satz sticht ins Auge: „Der Gemeinderat habe an der Parlamentssitzung vom 24. Juni von Hans-Peter Kohlers Entscheid Kenntnis genommen.“ Man könnte aufgrund dieser Formulierung meinen, der Gemeinderat sei überrascht gewesen. Wie wir aber in der Berner Zeitung vom 26. Juni lesen konnten, „war dem Gemeinderatskollegium nicht unbekannt, dass Hans-Peter Kohler das Dossier in dieser Situation abtreten wollte“. Dies möchte ich der Vollständigkeit halber noch festhalten.

Die Ausführungen des Gemeinderats wirken insgesamt unentschlossen. Wir lesen zwar, dass die Spez-Sek Lerbermatt aus rechtlicher Sicht nicht ein so zentrales und persönlichkeitsnahe Thema ist, dass man Ausnahmen machen müsste. Das sehe auch ich so, dass ist eher ein normales Sachgeschäft, aber ich habe natürlich kein Problem damit, wenn der zuständige Gemeinderat dies persönlich anders sieht. Der Gesamtgemeinderat macht aber entgegen seiner rechtlichen Einschätzung dann trotzdem eine Ausnahme. Und damit schafft er ein Präjudiz und er verleiht dem Thema, welches ja auch nach seiner Einschätzung einfach ein Sachgeschäft ist, zusätzliches Gewicht.

Für künftige Fälle - hier sind wir anderer Meinung, als der Gemeinderat – müsste man schon eine Regelung finden. Man kann zwar – wie auch die beiden Vorrednerinnen gesagt haben – das Argument durchaus nachvollziehen, dass man keine kontraproduktiven Anreize setzen möchte, indem man es gestattet, dass man Geschäfte einfach so abgeben kann. Aber solchen Anreizen könnte man sicherlich auch entgegenwirken, indem man dafür schaut, dass das Abgeben eines Dossiers eben auch mit spürbaren Nachteilen verbunden ist, damit dies nicht leichtfertig gemacht wird.

Und damit möchte ich übrigens auch nicht andeuten, dass Hans-Peter Kohler leichtfertig das Dossier abgegeben hat. Eine solche Regelung muss aus unserer Sicht zumindest eine konsequente Ausstandspflicht beinhalten. Wenn jemandem ein Geschäft so nahe geht oder wer so einen manifesten Interessenskonflikt hat, dass er oder sie das Dossier nicht bearbeiten kann, dann soll sich diese Person auch konsequent heraushalten. In Art. 47 des Gemeindegesetzes, welches der Gemeinderat erwähnt, steht nirgends, dass man nicht weitere Ausstandsgründe definieren kann, zum Beispiel im Gemeinderecht. Wichtig ist für uns, dass man nicht den Fünfer und das Weggli haben kann. Das heisst, das Dossier nicht bearbeiten, aber trotzdem überall mitentscheiden. Das ist auch unsere Haltung zum aktuellen Fall. Rechtlich gibt es vermutlich keine Instrumente, um einen konsequenten Ausstand herbei zu führen und wir appellieren darum an die Fairness. Das heisst, angesichts des Interessenskonflikts, freiwillig in den Ausstand gehen. Hans-Peter Kohler hat die Wörter „Interessenskonflikt“ und „Ausstand“ im Juni ja selber verwendet. Formalrechtlich gibt es die Möglichkeit in den Ausstand zu gehen vielleicht nicht, aber man kann immer freiwillig auf die Diskussion und auf die Stimmabgabe verzichten, was de facto dasselbe ist, wie ein Ausstand.

Die Schulkommission wurde erwähnt - wir haben hier noch eine Frage an den Gemeinderat: Wir wären interessiert zu erfahren, was für eine Lösung für die Behandlung dieses Geschäfts in der Schulkommission gefunden worden ist.

**Erica Kobel, FDP:** Ich will nicht sehr viel hierzu sagen. Ich begreife irgendwie die ganze Aufregung um diesen Ausstand nicht. Ich kann mir vorstellen, dass in einem anderen Geschäft – mir kommt nichts vergleichbares in den Sinn – ich auch froh wäre, wenn ein Gemeinderat, welcher dies behandeln müsste und irgendwie befangen wäre, sagen würde: „Wisst ihr was, ich bin befangen, ich gebe das jemand anderem ab, damit eine objektive und auch gegen aussen eine objektive Sachlage dargestellt werden kann.“

Uns ist allen bekannt: Hans-Peter Kohler ist ein vehementer Befürworter der Spez-Sek. Er unterstützt die Spez-Sek-Klassen. Er hat Volksabstimmungen durchgeführt. Hans-Peter Kohler ist schlicht und ergreifend befangen in dieser Sache. Und wenn wir diese Motion ausarbeiten, dann müssen dort Geldbeträge rein, dann muss rein, wie man es anders handhaben will, es müssen sehr viele Detailfragen geklärt werden und ich höre euch schon sagen, dass man auf diese Zahlen nicht vertrauen könne, da diese aus einer Direktion kommen, welche die Spez-Sek unterstützt und so weiter. Ihr habt dies im Vorfeld auch schon so gesagt und ihr habt ihm ja diese Befangenheit bereits zum Vorwurf gemacht. Und jetzt, wo er die Schlüsse daraus zieht und reagiert und sagt, nein, ich will diesem Geschäft die bestmögliche Grundlage geben, damit dieses objektiv diskutiert werden kann und damit das Papier möglichst objektiv daherkommt, jetzt gibt es ein solches Gestärm darum. Ich kann es nicht nachvollziehen.

Ich glaube wirklich nicht, dass es sachdienlich ist, wenn wir jetzt stundenlang über die ganze Rechtslage hier diskutieren - welche erklärermassen unklar ist, wie es das Papier sehr klar dargestellt hat. Schauen wir doch, was für ein Papier erarbeitet wird. Und sollte der Ausstand wirklich dazu dienen, dass wir etwas erhalten, worüber wir diskutieren können, ohne dass wieder Vorwürfe kommen, warum gebt ihr dem denn nicht einfach grünes Licht?

**Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger:** Ich kann mich kurz halten. Ich habe eine Frage erhalten, welche ich leider nicht beantworten kann. Und zwar, was für ein weiteres Vorgehen die Schulkommission beschlossen hat: Die Schulkommission ist eine selbständige Kommission. Diese muss selber kommunizieren, wie sie mit der Situation umgeht, sofern sie das will. Da ist der Gemeinderat bis heute nicht informiert worden.

Dann möchte ich unbedingt im Namen des Gemeinderats festhalten, dass wir nicht der Meinung sind, dass Hans-Peter Kohler das Kollegialitätsprinzip im Juni mit seinen Äusserungen verletzt hat. Es ist in der Antwort klar beschrieben, warum dass man das Kollegialitätsprinzip in der rechtlichen Auslegung herangezogen hat. Und bis jetzt hat Hans-Peter Kohler nie öffentlich eine andere Meinung als jene des Gemeinderats vertreten. Das wären meine zwei Anmerkungen in dieser Sache gewesen.

**Iris Widmer, Grüne:** Ich muss nochmals nachfragen: Mir ist nicht ganz klar, was der Gemeinderat jetzt genau macht. Hans-Peter Kohler ist immer noch als Mitglied *Grossrat und Gemeinderat Spiegel* in den Mitgliederverzeichnissen der IG Spez-Sek aufgeschaltet und ich finde, dies geht nicht, wenn man die Interpellationsantwort gelesen hat. Ich möchte gerne wissen, was der Gemeinderat hier macht.

**Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger:** Es tut mir leid, doch ich kann diese Frage hier so nicht beantworten. Im Rahmen von Interpellationen kann ich nicht zusätzliche Fragen aus dem Nichts beantworten.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als nicht befriedigt.

PAR 2019/120

## Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- 1934 Motion (Jugendparlament) „Finanzielle Absicherung des Projekts Midnightsports Köniz durch die Gemeinde Köniz“
- 1935 Dringliche Motion (Mitte-Fraktion, BDP-CVP-EVP-glp, Grüne und Junge Grüne) „Etapppierung des ÖV-Ausbauprojekts Kleinwabern“

1936 Interpellation (SP) „Was kostet Köniz der vom Grossen Rat beschlossene Selbstbehalt in der Sozialhilfe?“

**Parlamentspräsident Mathias Rickli:** Zur Motion 1934 ist zu sagen, dass das Jugendparlament gleichzeitig auch eine Petition mit gleichem Inhalt eingereicht hat. Das Parlamentsbüro hat heute entschieden, dass diese Petition als Beilage zur eingereichten Motion behandelt wird. Diese Motion wird durch den Gemeinderat beantwortet und kommt dann ins Parlament.

Zur Motion 1935 hat das Parlamentsbüro in der Pause die Dringlichkeit beraten und hat diese gewährt.

## Diskussion

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Ich schaue in die Vergangenheit zurück und zwar zum 19. September 2016: Einige von euch können sich erinnern. Damals hatten wir das Parlamentsgeschäft „Liebefeldpark: Abgabe von Land im Baurecht für den Bau eines Restaurants“ der Direktion Sicherheit und Liegenschaften und von meiner Direktion Umwelt und Betriebe behandelt. In diesem Geschäft ging es darum, ein Ganzjahresrestaurant im Park zu bauen. Dieses wäre von einem Investor finanziert worden plus zusätzliche Parkplätze – wir sprechen von 10 bis 12 Parkplätzen - welche die Gemeinde erstellt hätte. Diesem Geschäft hatte ein fertig ausgearbeiteter Baurechtsvertrag beigelegt, welcher bereits unterschriftsreif war. Das Geschäft wurde damals sehr kontrovers diskutiert. Es war von heller Begeisterung bis zur deutlichen Ablehnung alles vorhanden. Auch die 10 bis 12 Parkplätze haben zu reden gegeben. Die GPK hat dieses Geschäft vorgängig beraten und hat mit 4 zu 1 Stimme einen Rückweisungsantrag gestellt. Ich lese diesen rasch vor: „Vor der Beschlussfassung über dieses Geschäft ist eine Auslegeordnung über verschiedene Lösungsvarianten (Ganzjahres-/Saisonbetrieb, Ausgestaltung der Lösung mit Rahmenbedingungen etc.) vorzunehmen. In diesen Prozess ist eine angemessene Mitwirkung der betroffenen Anspruchsgruppen einzubeziehen.“ Das Parlament ist diesem Rückweisungsantrag damals grossmehrheitlich gefolgt.

Ich habe dies zwei Jahre später in der Begleitgruppe „Park“ diskutiert, welche breit zusammengesetzt ist und habe der GPK dann auch das Resultat dieser Diskussion gemeldet. Und zwar war man in dieser Begleitgruppe der Meinung, dass sich das Saisonkonzept des Bistros, wie wir es haben, bewährt hat und dass man daran festhalten solle. Die Gemeinde solle aber offen für Weiterentwicklungen dieses Gastrobetriebes, zusammen mit den Betreibern, sein. Weiter fand diese Begleitgruppe, dass das Bedürfnis nach einem ganzjährig offenen Vollrestaurant mittels Umfrage im Sommer 2019 vor Ort und beim Liebefeld Leist nochmals erfasst und abgeklärt werden soll.

Wir haben dann im August und September 2019 diese Umfrage durchgeführt. Befragt wurden die Besucher des Bistros, die Anwohner und die Mitglieder des Liebefeld Leist. Der eine oder andere von euch hat vielleicht auch an dieser Umfrage teilgenommen. Die Beteiligung war sehr gross. Es sind 340 Antworten mit extrem vielen Kommentaren und Anregungen eingegangen. Wir haben festgestellt, dass eine sehr hohe Identifikation der Bevölkerung mit dem Park besteht.

Die Begleitgruppe hat die Resultate Mitte Oktober diesen Jahres intensiv diskutiert und folgendes im Protokoll festgehalten: Die Auswertung der Umfrage hat ergeben, dass die ganz grosse Mehrheit keinen Ganzjahresbetrieb möchte, sondern dass der bisherige Sommerbetrieb beibehalten werden soll. Im Detail auf die Frage, ob das Bistro beibehalten werden soll, haben 95% der Befragten „Ja“ gesagt. Bei der Gegenüberstellung von Bistro und Ganzjahresbetrieb haben 60% gesagt, dass man den Saisonbetrieb beibehalten wolle. Ebenfalls herausgekommen ist, dass einzelne Events im Winter, wie Fondueplausch, Glühwein etc., sehr wünschenswert wären. Einen Wind- und Wetterschutz im Sinne einer festen Verglasung möchte man aber eher nicht, da das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu klein ist.

Diese Ergebnisse habe ich am 25. November der GPK vorgestellt. Fazit ist, dass wir bis auf weiteres den Saisonbetrieb im heutigen Umfang beibehalten, allenfalls mit zusätzlichen einzelnen Wintererevents. Von meiner Seite her wird es keinen weiteren Parlamentsantrag für die Abgabe im Baurecht für ein Ganzjahresrestaurant mehr geben. Ich hoffe, damit ist die Rückweisung und auch die Pendenz erledigt.

**Gemeinderat Christian Burren, SVP:** Ich habe noch eine Frage zu beantworten, welche an mich delegiert worden ist. Casimir von Arx hat diese am 4. November gestellt, betreffend dem Plakat der Berner Velo-Offensive, für welches ganz offensichtlich ein Foto auf Könizer Boden verwendet worden ist. Offenbar hat die Stadt Bern kein geeignetes Areal für Werbefotos für ihre Werbeoffensive zu machen.

Wir hatten keine Kenntnis davon, doch ich würde sagen, dass wir dies bei unserem finanziell engen Rahmen, welchen wir haben, gerne nehmen, wenn jemand anderer Werbung für unser Gebiet macht. Viel mehr kann ich dazu nicht sagen. Wir hatten keine Kenntnis davon, doch es ist so, das Foto wurde im Eichholz gemacht.

**Casimir von Arx, Präsident Finanzkommission:** Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 18. November einen Rückblick auf die Erarbeitung der Aufgabenüberprüfung vorgenommen. Zur Erinnerung: Der Gemeinderat hat die Finanzkommission früh über die geplanten Massnahmen informiert. Gemeinderat und Finanzkommission haben dann beschlossen, die Fraktionen für eine inhaltliche Rückmeldung zur Aufgabenüberprüfung zu konsultieren. Basierend auf der Konsultation hat die Finanzkommission 18 Änderungsanträge an den Gemeinderat gestellt, die er mehrheitlich nicht übernommen hat. Die Finanzkommission ist der Ansicht, dass es bei einer umfangreichen Aufgabenüberprüfung zielführend ist, die Finanzkommission und auch die Fraktionen einzubeziehen. Das Vorgehen ist grundsätzlich eine Verbesserung im Vergleich zu vergangenen Aufgabenüberprüfungen. Im Parlamentsplenum ist es schwierig, über eine Vielzahl von Einzelmassnahmen zu debattieren. Die Finanzkommission bewertet den Entscheid des Gemeinderates, die Finanzkommission frühzeitig einzubeziehen, und die damit gezeigte Absicht einer intensiveren Zusammenarbeit daher grundsätzlich positiv.

Wie ich schon in der Budgetdebatte erwähnt habe, wäre es auch nicht nützlich, wenn das Parlament die Aufgabenüberprüfung zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis nimmt, weil das letztlich nicht viel aussagt. Eine Möglichkeit, wie das Parlamentsplenum differenziert zur Aufgabenüberprüfung oder zu einzelnen Massnahmen Stellung nehmen kann, wäre die sog. Erklärung. Das ist etwas, was wir, seit ich dabei bin, noch nie gemacht haben. Aber in Art. 64 Abs. 2 unseres Geschäftsreglements ist die Möglichkeit enthalten: „[Das Parlament] kann in eigenen Erklärungen zu den Berichten Stellung nehmen und damit seine politische Bewertung zum Ausdruck bringen.“ Mit einer Erklärung kann das Parlament also einen Satz formulieren und darüber abstimmen, ob es mehrheitlich hinter diesem Satz steht. Zum Beispiel – ich nehme jetzt extra ein harmloses Beispiel: „Das Parlament ist einverstanden, dass die Pauschalspesen der Gemeinderatsmitglieder um CHF 2'000 reduziert werden.“ Die Finanzkommission prüft demnächst u.a., ob das Instrument der Erklärung ausgebaut werden soll, so dass der Inhalt der Erklärung ausdrücklich einen Auftrag an den Gemeinderat darstellt, wobei der Gemeinderat es begründen muss, wenn er dem Auftrag nicht nachkommt. Dieses ausgebaut Instrument würde dem Parlament für künftige Aufgabenüberprüfungen zur Verfügung stehen, aber auch für andere Geschäfte. Obwohl der Einbezug des Parlaments grundsätzlich besser war als in Vergangenheit, muss die Finanzkommission auch eine Rüge aussprechen. Der AÜP-Ausschuss des Gemeinderats hatte der Finanzkommission ursprünglich zugesichert, die Anträge, die sich aus der Konsultation der Fraktionen ergeben haben, mit bestimmten Ausnahmen zu befolgen. Daran hat sich der Gesamtgemeinderat anschliessend nicht gehalten. Die Anträge, die der Gemeinderat abgelehnt hat und die er gemäss der ursprünglichen Abmachung hätte annehmen müssen, betrafen durchaus nicht nur technische Details, sondern auch Massnahmen, die zu Diskussionen führten, zum Beispiel die Streichung von Midnight Sports, die von der Finanzkommission abgelehnt wurde. Abgesehen davon, dass es generell nicht gut ist, wenn Abmachungen nicht eingehalten werden, war das Vorgehen des Gemeinderats aus Sicht der Finanzkommission aus zwei Gründen problematisch:

- Erstens haben sowohl die Finanzkommission wie auch die Fraktionen einen beträchtlichen Aufwand betrieben, um dem Gemeinderat eine detaillierte Rückmeldung zu seinen AÜP-Massnahmen zu geben. Sie durften dabei davon ausgehen, dass die Rückmeldungen, die in der Finanzkommission eine Mehrheit finden – mit bestimmten Ausnahmen – umgesetzt werden. Dadurch rechtfertigte sich für einige der grosse Aufwand.
- Zweitens wurde in der Finanzkommission auch diskutiert, dass die vom Gemeinderat angekündigten Spielregeln einen Einfluss auf taktische Entscheide der Fraktionen hatten.

Für künftige Aufgabenüberprüfungen sind die Spielregeln also vorab verbindlich mit dem Gesamtgemeinderat zu vereinbaren. Die schriftliche und unwidersprochene Erwähnung dieser Spielregeln im Fiko-Protokoll reichte dazu offenbar nicht aus.

**Casimir von Arx, glp:** Dies ist ein kritisches Votum: Ich anerkenne, dass Christian Burren noch zur Sitzung gekommen ist, erstens um meine Frage zu beantworten und zweitens, vielleicht hat er es auch ein bisschen gehaut, was kommt: Am 19. November habe ich zum ersten Mal am Treffen mit den Grossrätinnen und Grossräten der Region Bern-Mittelland teilnehmen dürfen.

Es handelt sich dabei um eine Veranstaltung der Stadt Bern und der RKBM, jeweils vor den Grossratsessionen. Die Stadt Bern und die RKBM informieren dort über unmittelbar anstehende oder künftige Grossratsgeschäfte. Nach einigen Informationen seitens der Stadt und der RKBM hat der Direktor von Bernmobil ein Referat mit dem Titel „Herausforderungen des Berner Tramnetzes und Betriebs“ gehalten. Ich vermute, dass dieses Referat im Hinblick auf die Grossratsmotion „Umstellung des Berner Tramnetzes auf Zweirichtungsfahrzeuge“ gehalten worden ist, auch wenn dies nicht explizit erwähnt worden ist. Inhaltlich war es ähnlich, wenn auch etwas kürzer, wie das Referat „Herausforderungen im Berner Tramnetz“, zu welchem Bernmobil die Medien aus der Region am 13. August 2019 eingeladen haben. Also kurz vor der Behandlung unserer Interpellation in Köniz. Man erfährt darin zum Beispiel, dass Zweirichtungstrams weniger Sitzplätze haben, als Einrichtungstrams. Diese Aussage haben wir hier ja auch schon gewürdigt.

Warum erzähle ich euch das? Nach dem Referat von Bernmobil kam ein zweites Referat. Der Referent war der Vorsteher der DPV der Gemeinde Köniz, welcher explizit als Vertreter der Gemeinde Köniz aufgetreten ist. Auf der Folie war auch das Logo der Gemeinde Köniz zu sehen. Kurz auf den Punkt gebracht war der Inhalt ein Werbespot für die Wendeschlaufe in Kleinwabern.

Ich war etwas erstaunt: Nur zwei Wochen vor diesem Referat hat das Könizer Parlament eine Richtlinienmotion mit folgendem Auftrag erheblich erklärt: „Der Gemeinderat setzt sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln – insbesondere in den zuständigen Gremien der Regionalkonferenz Bern-Mittelland, durch Gespräche mit dem Kanton Bern und mit Bernmobil sowie durch Stellungnahmen zu ÖV-Planungsinstrumenten und -Strategien – dafür ein, dass auf der verlängerten Tramlinie nach Kleinwabern ausschliesslich Zweirichtungsfahrzeuge eingesetzt werden. In gleicher Weise setzt sich der Gemeinderat dafür ein, dass im Rahmen der Verlängerung der Tramlinie nach Kleinwabern auf die für den Betrieb mit Zweirichtungsfahrzeugen nicht notwendigen Wendeschlaufen“. Mir ist natürlich bekannt, was der Unterschied zwischen einer Motion und einer Richtlinienmotion ist. Trotzdem finde ich dieses Vorgehen ungewöhnlich. Ich habe daher zwei prozedurale Fragen an die Gemeindepräsidentin in ihrer Funktion als Vorsitzende des Gemeinderats:

1. Wer entscheidet, dass eine Richtlinienmotion ganz oder teilweise nicht befolgt wird? Ist dies der Gesamtgemeinderat oder kann dies auch das federführende Gemeinderatsmitglied alleine entscheiden?
2. Hat der Gemeinderat zwischen dem 4. November und 19. November oder früher den Beschluss gefasst, Punkt 2 der Richtlinienmotion 1926 nicht zu befolgen?

**Parlamentspräsident Mathias Rickli:** Ich habe noch zwei Mitteilungen zu machen: An seiner Sitzung im Vorfeld zur Parlamentssitzung hat das Parlamentsbüro das Kommunikationskonzept verabschiedet und hat dabei die Rückmeldungen der Fraktionen miteinbezogen. Ihr werdet dies in der Beantwortung der entsprechenden Motion noch sehen. Ich möchte an dieser Stelle den Fraktionen herzlich für diese Rückmeldungen danken, welche von allen fünf Fraktionen eingegangen sind.

Dann mein zweiter Punkt: Ihr habt auf euren Tischen eure Sitzungsgeldabrechnungen vorgefunden. Falls ihr das Gefühl habt, es stimme etwas nicht oder es gibt noch Ergänzungen, bitte ich euch, dies Verena Remund bis am 13. Dezember mitzuteilen.

Dies war mein letzter Punkt. Ich wünsche euch einen schönen Abend und schliesse diese Sitzung. Wir sehen uns heute in einer Woche wieder zur Sondersitzung zur Budgetdebatte.

## Im Namen des Parlaments

Mathias Rickli  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament